Nr. 49. 24. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungern 2 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Bebel — Bülow.

Die Intellektuellen mögen bei der Lektüre der heutigen Reichstagsverhandlungen einen Hochgenuß empfinden. Die Debatte bot ihnen einen Maßstab für die Intelligenz und die Sachlichkeit der Argumentation, mit denen das Bürgertum die Sozialdemokratie niederringen zu können glaubt. Bebel und Bülow maßen ihre Klingen. Niemals aber haben die Fechterkunststückchen eines bürgerlichen Wortführers trister versagt, als die Witzchen und Mätzchen, mit denen Bülow die wuchtigen Hiebe Bebels zu parieren suchte. Bebel holte in seiner Etatsrede weit aus. Er geißelte die jammervolle Heuchelei der bürgerlichen Parteien und die fadenscheinigen Redekünste des Repräsentanten der Regierung. Er brachte eine Ueberfülle von Beweismaterial vor, unter dem das Hohnlachen der Gegner allmählich verstummte. Er wies die klägliche Hohlheit des Theaterpathos nach, mit dem Bülow, der langjährige Intimus des Zentrums, gegen das Zentrum zu donnern die Stirn gehabt hatte. Er überschüttete die Nationalliberalen mit beißendem Spott wegen ihres Beifalljubels, den sie dem Fürsten Bülow gespendet hatten. Er nagelte die Heuchelei der Entrüstung der liberalen Wahlschacherer fest, die jetzt dem Zentrum aus der Praxis einen Vorwurf machen, die der Nationalliberalismus nicht nur bei früheren Wahlen ständig geübt, sondern auch bei der letzten Wahl — freilich vergebens — versucht hat. Er widerlegte das Ignorantenmärchen von der Unfruchtbarkeit der angeblich negierenden Politik der Sozialdemokratie. Er verbreitete sich über die sozialpolitische und allgemein kulturelle Arbeit der Sozialdemokratie auf Grund unanfechtbaren, dokumentarischen Materials. Er entrollte in wuchtigen Zügen ein Bild der sozialdemokratischen Kulturbestrebungen. Er geißelte die schmachvolle Rolle, die derselbe Bülow dem deutschen Proletariat zumutet, der die deutschen Arbeiter als die „intelligentesten Arbeiter der Welt" gefeiert hatte. Er brandmarkte die Klassenjustiz. Er stellte dem Märchen von dem Terrorismus der sozialistischen Arbeiter die Tatsachen der unerhörten Knechtung und Knebelung des Proletariats durch die Unternehmer entgegen. Er wies auf die mühevolle praktische Arbeit hin, die sozialdemokratische Kommissionsmitglieder allen bürgerlichen Parteien zuvor zum Wohle der Arbeiterklasse geleistet haben. Er proklamierte mit Feuerzungen das Recht der nichtbesitzenden Klasse, sich künftighin ihren Platz an der Sonne der materiellen und geistigen Kultur zu erobern.

Und was wußte Fürst Bülow, des Reiches Kanzler, all diesen Anklagen, all diesen zerschmetternden Feststellungen gegenüber ins Feld zu führen? Nichts als die armseligsten Tiraden, nichts als die jämmerlichsten Witzchen und Mätzchen, nichts als die kläglichsten reichsverbändlerischen Lese- und Lügefrüchtchen, die jeder 15 Mark-Diätar des Reichslügenverbandes sich nachgerade an den Schuhsohlen abgelaufen hat. Auf die Anklagen und Forderungen Bebels ging Bülow mit keinem Wort ein. Selbst über die Festnagelung seiner schmählichen Mauserung, die sich bei ihm seit der Verurteilung der 12 000 Mark-Affäre bis zu der skandalösen offiziösen Wahlmache vollzogen hat, verlor Fürst Bülow kein Wort. Derselbe Mann, den den 12 000 Mark-Bettel Posadowskys seinerzeit als unfair verleugnet hatte, nahm keinerlei Veranlassung, seine schmachvollen Handlangerdienste für den Flottenverein und seine Lugfabrikate auch nur zu verteidigen. Im Gegenteil, Fürst Bülow brüstete sich noch damit, daß diesmal die Regierung im Interesse der Panzerplattenpatrioten, der Kühnemänner und der Börsengründer ihre „Schuldigkeit" getan habe. Der Mann, der sich ehedem auf seine politische Integrität nicht wenig zugute getan, begeisterte nicht nur die Rechte, sondern auch den **Freisinn** durch die Erklärung zu enthusiastischem Applaus, daß die Regierung künftig niemals wieder die Rolle der „Schlafmütze" spielen werde!

Und welche Argumente führte der oberste Reichsbeamte für seine Begünstigung der schamlosesten offiziellen Wahlmache ins Feld? Er erklärte, so lange die Sozialdemokratie die Monarchie bekämpfe, habe jeder Minister die Pflicht, sie mit allen Mitteln — auch den Stipendien des rücksichtslosesten Scharfmachertums — zu bekämpfen. Wir haben seinerzeit nachgewiesen, daß es nach den Auffassungen selbst der **bürgerlichen Staatsrechtstheoretiker keine plumpere Beleidigung der Monarchie** geben kann, als die, ihre Interessen deshalb mit denen des herrschenden Klüngels zu verschweißen, weil nicht das Interesse der Nation, sondern das rein **persönliche und materielle Interesse der Dynastie** für die Stellungnahme des Monarchen entscheidend sei. Fürst Bülow, der erste Reichsbeamte, bekannte sich heute unverblümt zu dieser den Monarchismus herabsetzenden Auffassung. Die **Nation** hat es jetzt durch den Mund des obersten Reichsbeamten erfahren, daß **nicht ihre Wohlfahrt, ihre Rechte, ihre Freiheiten, ihre** Interessen das **oberste Gebot der ersten Staatsdiener sind,** sondern das **Interesse einer einzigen Familie!**

Aber Fürst Bülow hat auch ganz vergessen, daß von ihm selbst seinerzeit der Kampf nicht nur gegen die rote Demokratie, sondern auch gegen die schwarzen Monarchisten geführt worden ist. Wäre es nach seinem Plane gegangen, so hätte das Zentrum eine vernichtende Niederlage erlitten. Und nun spreizt sich derselbe Mann, der zuerst die Parole gegen das schwarzrote Kartell ausgegeben hat, damit, daß zwar nicht die Schwarzen, aber die Roten geschlagen worden seien. Wobei obendrein die Roten nur geschlagen werden konnten infolge **jener skandalösen, allen Verfassungsgrundsätzen hohnsprechenden Wahlkreisgeometrie,** die der Sozialdemokratie bei einer **dreifach größeren** Stimmenzahl **weniger** Mandate verschafft hat, als den **drei freisinnigen Parteien zusammengenommen!**

Was Bülow gegen die Sozialdemokratie vorbrachte, stand fast noch unter dem geistigen Niveau eines reichsverbändlerischen Durchschnittswanderredners. Der Reichskanzler verschmähte sogar nicht, mit allerhand **unwahren** Behauptungen gegen die Sozialdemokratie zu operieren. So ist beispielsweise der Angriff gegen die Frankfurter Parteigenossen **längst widerlegt** worden. So behauptete Fürst Bülow mit eiserner Stirn, der **„Vorwärts"** habe die starke militärische Besetzung Südwestafrikas als ein Mittel bezeichnet, England in der Kapkolonie in Schach zu halten. Nicht im **„Vorwärts"**, sondern in einem **bürgerlichen Unternehmerblatte**, der „Konfektion", hat eine derartige Auslassung gestanden, die der „Vorwärts" lediglich nachgedruckt hat. Die reichsverbändlerischen Söldlinge, die der Reichskanzler inzwischen in seinen Dienst genommen zu haben scheint, haben ihn also **frech belogen.**

Unsere Intellektuellen, die sich diesmal durch die Dernburgiaden und Kulturkampfpaukereien des Hottentottenblocks haben betören lassen, mögen die Reden Bebels und Bülows nachprüfen. Wenn sie nicht über eine derartige Vertretung des gebildeten Bürgertums aus Scham rot werden, so mögen sie auch fernerhin den Herren Bülow und Dernburg ihre Dienste leihen!

•

Ueber die Debatte wird uns noch geschrieben:

Eine Redeschlacht zwischen Bebel und Bülow, dem Reichskanzler, füllte den zweiten Tag der Etatsdebatte fast völlig aus. Elektrisierend wirkte es auf das Haus, als Bebel heute als erster Redner zum Worte kam und ohne Umschweife dem Reichskanzler ob seiner gestrigen Rede hart auf den Leib rückte.

Diese ganze Methode Bülows geißelte Bebel weidlich und stellte sie auf das gleiche Niveau mit der Tätigkeit des Reichsverbandes, dessen Absicht auf die Entreißung sozialdemokratischer Mandate gerichtet war, aber die Macht und Geschlossenheit der sozialdemokratischen Wählerschaft nicht erschüttern konnte. Welcher Unsinn sei es, zu sagen, die Sozialdemokratie stehe im Bündnis mit dem Zentrum, welcher Unsinn, der Sozialdemokratie eine zerschmetternde Niederlage anzudichten und doch zugestehen zu müssen, daß die „sozialdemokratische Gefahr" nicht überwunden, sondern nur gebannt werden könne, wenn das Bürgertum zusammenhalte, wie überhaupt die Bülowsche Politik im Zickzackkurse widersinniger Zufallsstimmung sich bewege.

Trefflich charakterisierte Bebel die moralische Entrüstung des Reichskanzlers über die „gestohlenen Briefe" des Flottenvereins und über die Stellung des Zentrums, das durch die Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten sich einer unmoralischen Handlung schuldig gemacht haben soll. Unter wütendem Gebelfer der Junker rückte Bebel die Stiebereien in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die von der „Kreuz-Zeitungs"-Partei veranlaßten Briefdiebstähle beim damaligen Prinzen von Preußen in helles Licht. Die politische Heuchelei der über die Enthüllungen des „Bayrischen Kurier" moralisch Entrüsteten zeichnet sich scharf ab an der Tatsache, daß die den Regierungen zur Verfügung gestellten Geheimfonds zur Spionage, zur Ermittelung von Geheimnissen und zur unrechtmäßigen Beschaffung von Dokumenten über die Handlungen befreundeter oder benachbarter Regierungen benutzt werden. Die ganze auswärtige Politik, die dergleichen Machenschaften entriert, bezeichnete Bebel als ein unsittliches Handwerk, wie er auch die Heuchelei des Hottentottenblocks zum Schweigen brachte mit dem Zuruf, daß die Moralfexe von heute morgen mit geschmatzten Händen gestohlene Briefe annehmen würden, in denen Sozialdemokraten kompromittiert würden.

All diese Schläge Bebels wurden aber übertroffen durch seine von tiefer Ueberzeugung getragenen Darlegungen über das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie, die wie ein Alp auf der Bourgeoisie der ganzen Welt laste, weshalb auch die Verringerung der sozialdemokratischen deutschen Reichstagsmandate den Jubel der internationalen Bourgeoisie hervorrief. Aber die deutsche Sozialdemokratie bleibt was sie war, ihr Vorrücken ist auch trotz der „Präfektenwahl" unbestreitbar. Munter, wie Bebel durch sein Auftreten selbst bekundete, wird sie den altgewohnten Kampf weiter führen und die Scharte bald auswetzen.

Das Streben der Partei, mit Hülfe der Gesetzgebung die Zustände in der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern, wie das Bebel aus den Annalen der sozialdemokratischen Sozialpolitik an zahlreichen Beispielen nachwies und damit die unwahre Behauptung Bülows und der Thronrede, die Sozialdemokratie wirke nur negierend, glänzend widerlegte, dieses Streben hindert die Partei nicht, den arbeitenden Klassen die Ursachen ihres Elends, ihrer Ausbeutung und Unterdrückung aus den wissenschaftlichen Grundlehren der Partei zu erklären und ihnen den Ausweg aus dem Labyrinth des bürgerlichen Elends in der Ersetzung der kapitalistischen Produktion durch eine sozialistische vorzuzeichnen.

Erdrückend und beschämend war das reiche Material, das Bebel zur Rechtfertigung der Partei gegen die verleumderischen Behauptungen des Reichslügenverbandes sowie gegen die gestrigen unwahren Behauptungen des Reichskanzlers ins Treffen führte. Mit ätzendem Spott übergoß er den Regierungsblock, dessen Kitt und Zusammenhalt die im Herbst zu erwartenden neuen Steuerforderungen kaum überdauern werde. Durchsichtig zeigte er durch finanzielle Zergliederung des Etats, daß jetzt schon ein Defizit von 100 Millionen neue Steuern erforderlich mache, wozu noch neue Flotten- und Kolonialforderungen treten. Dann werde das Zentrum Stellung nehmen müssen zu § 6 des Flottengesetzes, wie auch die Linksliberalen zu der Forderung direkter Steuern. Der zunehmende Reichtum der besitzenden Klassen zwinge zur Einführung direkter Steuern und zur Entlastung der „schwachen Schultern", die sozialdemokratische Fraktion werde in diesen Fragen, wie bisher, **positiv für direkte Steuern eintreten.** Köstlicher Humor quoll aus der Gegenüberstellung der Tätigkeit Dernburgs als Bankdirektor und als Kolonialdirektor. Die Robinsonaden des Kolonialdirektors erregten unter der Kritik Bebels schallende Heiterkeit.

Gegenüber diesen wohlbegründeten Anklagen Bebels und seinen Abweisungen der gestrigen Angriffe des Reichskanzlers wirkte es deprimierend auf den Regierungsblock, daß Fürst Bülow erklärte, er habe die heutigen Ausführungen Bebels durch seine gestrige Rede im Voraus widerlegt. Bankrott! — erschallte auf der äußersten Linken ein Ruf und wirklich wußte Bülow außer einigen Kleinigkeiten heute nicht mehr zu sagen als gestern. Nur bestritt er heute, daß aus Staatsmitteln auch nur ein roter Heller zu Wahlzwecken hergegeben worden sei. Breit, sehr breit erging er sich aber in selbstgefälligen Aeußerungen über die „Niederlage der Sozialdemokratie", der er mit seiner Wahlstrategie künftig alle Mandate in den Großstädten und Industriebezirken abzunehmen gedenkt.

Aus dem Sammelsurium unwahrer Nachrichten des Reichslügenverbandes und der ihm dienenden Presse zitierte der Reichskanzler einige Schauermärchen, um den „Terrorismus der Sozialdemokratie" zu beweisen; auch berief er sich auf Schippelsche Ansichten über den Ausfall der Wahl und bezeichnete nacheinander den Dresdener Parteitag, die „arrogante Großsprecherei", die „Vaterlandslosigkeit" und sonst noch allerlei als die Ursachen der „wohlverdienten" Niederlage der Partei. Seine Klage über den brutalen Ton sozialdemokratischer Aeußerungen in der Presse illustrierte er vortrefflich durch Worte, die keine parlamentarische Zensur vertragen.

Indessen, das Charakteristischste an den heutigen Ausführungen des Leiters der offiziellen deutschen Politik ist seine Auffassung über das Wesen der sozialdemokratischen Partei, sowie über die Klassenbewegung in der bürgerlichen Gesellschaft. Mit den Agitatoren des Reichsverbandes hält der Reichskanzler die Sozialdemokratie für eine „demokratische Partei mit autokratischer Spitze"; mit diesen Agitatoren gemeinsam spricht er die Unwahrheit aus, die Sozialdemokratie errege den Klassenkampf und betreibe die Klassenverhetzung. Darum erregt es auch sein tiefes Bedauern, daß der „Revisionismus" in der Partei auf dem Dresdener Parteitag „wie ein Taschenmesser zusammengeklappt" sei, denn von ihm hatte dieser große, weitsichtige Politiker eine Umformung der Partei zu einer quasi bürgerlichen Reformpartei erhofft. Nun diese Hoffnung zu Schanden geworden ist, behandelt er die „Revisionisten" verächtlich und tut sie selbst mit einer Handgeberde ab. Nun erhofft der Reichskanzler nur noch vom geeinten Bürgertum, daß es die Klassengegensätze, deren Verschärfung er leugnet, überwinden und die Kluft zwischen Reich und Arm überbrücken werde. Der selige Schultze-Delitzsch und Max Hirsch werden sich vor Entzücken im Grabe umdrehen, daß der deutsche Reichskanzler bei der Theorie dieser großen Sozialpolitiker angekommen ist.

Da ist es allerdings kein Wunder, wenn der Reichskanzler am Schlusse seiner heutigen Rede die Hoffnung aussprach, wenn die bürgerlichen Parteien die Kluft zwischen Reich und Arm überbrückt haben würden, werde die bürgerliche Gesellschaft auf die durch solch weisheitsvolle Politik vernichtete Sozialdemokratie zurückblicken, wie auf einen wüsten Traum oder wie die Chinesen auf eine böse Krankheit.

Von solch erleuchteten Geistern wird Deutschland regiert!

Die russische Revolution.

Vor dem Zusammentritt der Duma.

Die „Russische Korrespondenz" erhielt das nachstehende Telegramm:

„Petersburg, 25. Februar. Die hiesige zugespitzte Lage und die Befürchtungen besonnener Politiker charakterisiert ein Artikel Professor Maxim Kowalewskys, der großes Aufsehen erregt. Kowalewsky ... führt aus: „Kaum gewählte Deputierte bekommen vom Verbande des russischen Volkes Drohbriefe mit Hinweisen auf das Schicksal Herzensteins! Damit nicht genug. In der „Russkoje Znamja" publizierte der Priester Iliodor unbeanstandet einen Artikel, in dem er offen zu Pogromen aufruft, sie heiligt und den Mördern Dispens verspricht!! General Kaulbars aber, der schon während der Oktoberpogrome mit den Mörderbanden sympathisierte, erklärte jetzt, er könne gegen die Odessaer Ausschreitungen nichts tun. Da gerade in diesem Falle Pogrome hervorgerufen werden würden! „In einer Woche werden wir", sagt Kowalewsky, „von der Tribüne unseres Parlaments die Verteidigung modernster, fortschrittlichster europäischer Theorien hören. Unterdessen werden wir aber auf den Straßen überfallen, in den Gefängnissen gefoltert. Leben wir in einer Tatarengefangenschaft und kann wirklich die Regierung, für die keine Unantastbarkeit der Person, der Wohnung, der Korrespondenz existiert, uns nicht schützen, sobald die Angreifer Mitglieder des Verbandes der russischen Leute sind? Die Zukunft ist bei diesen Zuständen nicht nur für das Ausland, sondern auch für uns Russen ein Rätsel."

* * *

Hoffentlich gelingt es dem russischen Volke nun endlich, das russische „Rätsel" zu „lösen".

Wahlresultate.

Petersburg, 25. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nach den bis 11 Uhr abends festgestellten Ergebnissen sind 462 Abgeordnete zur Duma gewählt, darunter 89 den monarchistischen Parteien angehörend (31 Monarchisten und 58 Mitglieder der Rechten), 43 Gemäßigte (darunter 29 Oktobristen); 285 gehören der Linken an (darunter 29 Progressisten, 74 Kadetten, 30 Mitglieder der Arbeiterpartei, 90 Mitglieder der übrigen Parteien der Linken, sonst wie gestern). Nationalisten und Mitglieder unbekannter Parteistellung wie gestern.

Agrarunruhen in Sibirien.

In der letzten Zeit bringen die Zeitungen fortgesetzt Meldungen über ernste Agrarunruhen in Sibirien, die zeitweilig zu regulären Gefechten zwischen Bauern und Militär führen. Im „Telegraph" finden wir folgende Schilderung:

„Auf den Kabinettsländereien, welche die Bauernlandstücke im ganzen Altai-Gebiet in einem dichten Ring umgeben, wurden seit der Auflösung der Duma die Waldungen von den Bauern unaufhörlich stark abgeholzt, was zumal mit Beginn des Winters einen wahren Massencharakter annahm, insbesondere in dem Dorfe Sawjalowo (Wolost Pautowo). Die Behörden versuchten es erst mit Ermahnungen, dann gingen sie zu Drohungen über, aber nichts wollte fruchten. — Die Bauern behaupten konsequent, daß das Kabinett und seine Agenten, die Beamten des Altai-Bergbezirks, auf die Kabinettsländereien und -Wälder nicht das geringste Recht haben, sondern daß der wahre Herr derselben das ganze russische Volk in der Person seiner Dumavertreter sei. Im letzten Monat hatten sich die Gegensätze aufs schärfste zugespitzt. Nachdem eine sehr nachdrückliche Strafandrohung wieder einmal resultatlos geblieben war, wurde eine Strafexpedition, bestehend aus zwei Kompagnien unter Anführung des Kapitäns K. aus Bysk, nach Sawjalowo abgesandt. Die Bauern hatten sich bewaffnet und empfingen die ungebetenen Gäste so trefflich, daß diese schleunigst den Rückzug antreten mußten. Die Strafexpedition wäre verloren gewesen, wenn nicht der Forstbeamte Totemninow sie auf entlegenen Waldwegen in Sicherheit gebracht hätte. Kapitän K. und 2 Strafsniks wurden schwer, 25 Strafsniks leicht verwundet. — Etwa 9 Dörfer der Wolost Ust-Tarbsch haben sich mit den Sawjalower Bauern vereinigt und holzen die Kabinettswälder ab. Starke Militärabteilungen mit Maschinengewehren sind gegen die ungehorsamen Bauern abgesandt."

* * *

In der Stadt Barnaul fand am 3. Februar ein Zusammenstoß zwischen dem Militär und einer Volksmenge statt, welche gegen die Verhaftung des beliebten Volksredners Lehrer Simanin protestiert hatte. Das Militär ging in der rohesten Weise gegen die wehrlose Menge vor. Die Antwort war ein allgemeiner Ausstand. ... Alle Arbeiten sind eingestellt, die Läden geschlossen. ... Sind das vielleicht Anzeichen nahenden Sturmes? — —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar 1907.

Der Bergetat.

Am Dienstag fand im preußischen Abgeordnetenhause die sogenannte Generaldebatte zum Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung statt. Eigentlich war das Interesse an der Debatte schon erschöpft, bevor sie überhaupt eröffnet wurde: die Besprechung des Unglücks auf der Grube Reden vom letzten Sonnabend und die erste Beratung der Bergnovelle vom Montag hatten den Herren Abgeordneten genug Gelegenheit gegeben, sich über alle einschlägigen Fragen zu äußern. Daher kam es, daß die Diskussion sich bald in Einzelheiten verlor und jeden großen Gesichtspunkt vermissen ließ.

Hervorgehoben zu werden verdient nur die Anschauung der Regierung über die Lohnfrage. Es ist bekannt, daß die Löhne der Bergarbeiter auf den staatlichen Bergwerken in Saarbrücken und besonders in Ober- und Niederschlesien geringer sind als auf den privaten Bergwerken in Westfalen und daß die Arbeiter an den steigenden Erträgnissen der Verwaltung so gut wie gar keinen Anteil haben. Wir wiesen das erst vor kurzem an der Hand der amtlichen Denkschrift im einzelnen nach. Selbst die nationalliberalen Vertreter einseitiger kapitalistischer Interessen fanden, daß die Löhne — namentlich mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse — zu gering sind, was sie jedoch nicht hinderte, sich mit der Lohnpolitik der Bergverwaltung einverstanden zu erklären! Und worin besteht diese Lohnpolitik? Die Verwaltung hält, wie Minister Dr. Delbrück erklärte, vor allem auf die Stabilität der Löhne und darauf, daß Schwankungen möglichst vermieden werden. Deshalb achtet sie streng darauf, daß die Löhne in Zeiten einer guten Konjunktur nur ganz allmählich steigen und daß sie bei sinkender Konjunktur nicht fallen. Das erstere glauben wir ihm gern, mit der letzten Behauptung jedoch stehen die Tatsachen nicht im Einklang; denn in Wirklichkeit ist der Verdienst der Bergarbeiter in schlechten Jahren ganz erheblich gesunken.

Die Lohnpolitik, wie sie der Bergfiskus betreibt, war vielleicht zur Zeit der patriarchalischen Zustände am Platze, ist es aber nicht mehr in unserem Zeitalter. Die Bergarbeiter verzichten gern auf die Bevormundung durch den Vater Staat.

Am Mittwoch wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Koburg-Gotha einst und jetzt.

Gotha, 24. Februar.

Die vorgestern begonnenen Debatten des gemeinschaftlichen Landtags der Herzogtümer Koburg und Gotha stehen im Zeichen der heftigen Angriffe, welche die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten unter Führung unseres Genossen Bock gegen das ausgesprochen antisozialistische Ministerium Richter zu unternehmen genötigt sind.

Mit dem agrarischen Herrn Kuno von Wangenheim, dem früheren militärischen Begleiter, jetzigem Hausmarschall des jungen Herzogs Karl Eduard, ist auch Geheimrat Richter aus Preußen hierher nach Gotha gesandt, um an die liberalen Traditionen unseres Herzogtums und insbesondere an die politische Hinterlassenschaft der Aera Hohenlohe-Hentig die bessernde Hand zu legen. Da Herr Richter sich als einer der gelehrigsten Schüler der Bethmann-Hollwegschen Schule erwiesen hat, so war er für die ihm hier zugedachte Aufgabe durchaus der geeignete Mann. Er unterscheidet sich von seinem Vorgänger Hentig, der vor dem Gesetz keinen Unterschied zwischen sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen Staatsbürgern kannte und unter dessen Regierung Genosse Bock unangefochten als Mitglied des Verwaltungsgerichtshofs fungierte, durch die bekannte politische Engherzigkeit, die ihm die Bestätigung von Sozialdemokraten als Gemeindebeamten verbietet. Genosse Bock unterzog im Landtag die gesamte Amtstätigkeit des Ministers Richter einer umfassenden Kritik und warf ihm vor, daß mit seiner Person der preußisch-reaktionäre Geist in unser Land seinen Einzug gehalten habe. Das preußische Regierungssystem kennzeichne sich durch Unduldsamkeit, Unfreiheit, Verketzerung Andersdenkender und Andersgläubiger. In Sachen der Nichtbestätigungen arbeite Herr Richter nach dem Schema F: „X ist Sozialdemokrat, kann also nicht bestätigt werden." Genosse Bock war in der Lage, ein hektographiertes Exemplar des bezüglichen Schemas vorzuzeigen. Auch für die agitatorischen Maßlosigkeiten der in Gotha erscheinenden Regierungszeitung, die die Verschärfung der Klassengegensätze in unserem Herzogtum geflissentlich auf die Spitze treibt und streikende Bauarbeiter als „herumlungernde Tagediebe" bezeichnete, schob Genosse Bock dem Staatsminister die moralische Verantwortung zu, desgleichen für die Hetze, die in Waltershausen gegen den jungliberalen Bürgermeister Hartmann von Bourgeoisie und Beamtenschaft betrieben werde, weil er sich nicht zu ihrem Agenten im Kampf gegen die Sozialdemokratie hergebe.

Staatsminister Richter fühlte sich durch den Vorwurf, ein preußischer Reaktionär zu sein, angeblich nicht getroffen. Er spielte sich auf den empfindlichen Staatsmann hinaus und machte dem Genossen Bock den heiteren Vorwurf, daß er durch seinen Angriff auf Preußen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesstaaten störe. Er verschanzte sich in der Frage der Nichtbestätigungen hinter dem Verwaltungsgerichtshof, obwohl dieser eigenartig zusammengesetzte Gerichtshof — drei von den sieben Mitgliedern sind dem Minister dienstlich untergeordnet — sich schwerlich jemals in Widerspruch zu den politischen Grundsätzen des leitenden Staatsministers setzen wird. Im übrigen half sich der Minister, indem er die Argumente Bocks „kümmerlich" und dessen Ausführungen „olle Kamellen" nannte. Ueberhaupt liebt es der Staatsminister, den Sozialdemokraten gegenüber den Ton selbstbewußter Ueberlegenheit und brüsker Ironie anzuschlagen.

Seine Verwahrung gegen den Vorwurf preußischer Reaktion stieß der Herr Staatsminister in eigener Person wieder um, indem er am Schlusse der Generaldebatte des Etats die Mitteilung machte, daß gegen unser hiesiges „Volksblatt" der Grobe Unfugparagraph zur Anwendung gelangen solle, weil es zum Boykott nichtsozialdemokratischer Geschäftsleute aufgefordert habe. Das ist der Gipfel dessen, was wir bisher unter dem Ministerium Richter an preußischer Regierungskunst erlebt haben. Das Lied: „Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an!" war bis zur Stunde in koburg-gothaischen Landen nicht gehört. Das Vertrauen in unsere Justiz ist unter der Aera Richter bereits vielfach erschüttert worden. Im Gegensatz zu früheren Zeiten kam die Aufgabe der Justiz, ein Instrument zur Niederhaltung der politischen Opposition zu sein, in einer Reihe von befremdenden Urteilen zum Ausdruck. Der Streikbrecherparagraph 153 der Gewerbeordnung kam zur rigorosen Anwendung, ein regierungsfreundlicher Redakteur wurde wegen Beleidigung der sozialdemokratischen Gemeindebehörden in Waltershausen zu 60 M. Geldstrafe verurteilt, der Redakteur Walter des bis zur Kandidatur Hohenlohe demokratisch redigierten „Gothaischen Tageblatts" erhielt wegen Beleidigung der Gothaer Stadtverwaltung einen Monat Gefängnis — ein Urteil, das sogar dem Reichsgericht unfaßbar erschien und aufgehoben wurde —, Genosse Joos, Redakteur des „Volksblatts", erhielt 200 M. Geldstrafe, weil er in dem bekannten Prozeß der Waltershauser Pädagogen ein Titelchen des Wahrheitsbeweises schuldig blieb uff.

Die Debatte über diese volksfeindliche Politik setzte auch am gestrigen Tage wieder ein, als das Gehalt des Staatsministers (12000 M.) zur Bewilligung stand. Genosse Denner, unterstützt von den Genossen Wolf, Joos, Bock, Seehofer sprach gegen die Bewilligung des Gehalts. Staatsminister Richter sang in langer Rede wiederum das Lied von dem revolutionären Charakter der Sozialdemokratie.

Die Gegensätze spitzen sich zu, auch in Gotha! —

* * *

Deutsches Reich.

Die Taktik des Flottenvereins.

Der Generalmajor Keim veröffentlicht abermals einen fulminanten Artikel im „Tag", in dem er seinen Kampf gegen das „schwarz-rote Kartell" verteidigt. Der jetzt vom Zentrum denunzierte angegriffene Flottenverein sei dem „demagogischen Teile des Zentrums" ohnehin schon lange verhaßt gewesen. Eine Satzungsverletzung habe der Flottenverein nicht begangen, sonst hätten auch die Kriegervereine, die Gewerkschaften, die zahllosen katholischen Vereine nicht in den Wahlkampf eintreten dürfen. Im Flottenverein dürfe die Richtung der „Nuraufklärer" nicht siegen, sonst gehe er einer unrühmlichen Zukunft entgegen, sonst nehme man ihm seine „Seele". Fehlt diese Seele, die selbst die Nationalliberalen zu feurigerem Flottenenthusiasmus aufpeitschte, so werde er bald zu einem Anhängsel des Reichsmarineamts werden und schließlich der „öden Vereinsmeierei" verfallen.

Während so Flotten-Keim noch auf stolzen Rossen sitzt, liest ihm bereits die „Kreuz-Zeitung" die Leviten. Sie schreibt:

„Das alles ließe sich hören, wenn die Vertreter des Flottenvereins sich auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie beschränkt und nicht das Zentrum als eine noch größere Gefahr bezeichnet, den furor protestanticus gegen diese Partei zu Hülfe gerufen hätten. Aber so wenig man verständigerweise in die Post-, Eisenbahn-, Krieger- und Kolonialvereine den konfessionalen Hader hineinzutragen versucht, so wenig sollte man auch im Flottenverein dieses im schlimmsten Sinne antinational wirkende Gift verbreiten. Herr Viktor Schweinburg beleidigt jene nationalen Vereine ohne jeden Anlaß, wenn er ihnen vorwirft, sie ließen sich durch Sozialdemokraten und Juden von der Erfüllung ihrer nationalen Pflicht abschrecken. Da sehr viele ihrer Mitglieder der Zentrumspartei angehören, andere den liberalen und konservativen Parteien, so verbietet sich ihnen eine Agitation von Vereinswegen gegen eine von diesen Parteien von selbst, und Gott bewahre sie vor dem Eindringen irgend eines konfessionellen furor, des furor protestanticus sowohl wie des furor catholicus! Daß sie bei den Wahlen geschlossen gegen die Sozialdemokratie vorgehen, wird Herr Viktor Schweinburg nicht bezweifeln können. Jede andere Agitationstätigkeit aber dürften und sollten sie nur als Mitglieder politischer Parteien ausüben und es ist Sache der organisierten Parteien, nicht des Flottenvereins, sie dafür zu gewinnen."

Die Konservativen möchten also nicht, daß es der Flottenverein mit dem Zentrum verdirbt. Weitschauender als Herr Keim sehen sie bereits die Zeit kommen, wo das Zentrum gemeinsam mit den Marinefexen eine einzige reaktionäre Masse bildet, deren Ehrgeiz nur noch darin besteht, die Sozialdemokratie „niederzureiten"! —

Auch ein Wahlprotest.

Die Konservativen des Wahlkreises Teltow-Beeskow haben Protest gegen die Wahl des Genossen Zubeil eingelegt.

Begründet wird der Protest nach dem „Teltower Kreisblatt" mit der Tatsache, „daß in einem Teil der Umschläge, welche die Regierung in Potsdam für die Stimmzettel geliefert hat, Stimmzettel vorhanden waren, welche von der letzten Reichstagswahl zu stammen scheinen, da sie die Namen Hammer, v. Winterfeldt und meistens Zubeil trugen."

Das Blatt schreibt dazu weiter:

„Das unglaubliche Vorkommnis wurde in Rixdorf entdeckt und dort in vier Wahlbureaus festgestellt. Auch in Britz sind Umschläge mit Stimmzetteln angetroffen. Die Wahlbureaus haben nun wohl festgestellt, wieviele Stimmzettel doppelt vorhanden, also ungültig waren; es konnte aber nicht festgestellt werden, wieviele Wähler sich durch den schon vorhandenen Stimmzettel davon abhalten ließen, von ihrem Wahlrecht überhaupt Gebrauch zu machen. Manche haben sicherlich gedacht, der vorhandene Zettel wäre für den Regierungskandidaten.

Außerdem aber verbreitete sich die Nachricht durch Rixdorf und auch durch Charlottenburg, Schöneberg und Steglitz, wohin sie durch Vermittelung des Oberbürgermeisteramtes Rixdorf gekommen war, um festzustellen, ob dort auch die gleichen Unregelmäßigkeiten vorgekommen wären. Das hat sicherlich viele Wähler von der Ausübung ihrer Wahlpflicht abgehalten, da allgemein geglaubt wurde, die Wahl sei auf jeden Fall ungültig. Es hat daraufhin sogar der Schlepperdienst stellenweise versagt.

Der Fall ist ganz neu, und es ist nicht abzusehen, wie die Wahlprüfungskommission sich dazu stellen wird. Jedenfalls ist die Aussicht, daß die Wahl ungültig erklärt wird, größer, als bei sonstigen Wahlprotesten. Auch die Nationalliberale Partei hat, wie wir hören, aus gleichem Grunde Wahlprotest erhoben.

Für unsere politischen Parteien ist der Protest jedenfalls ein Mahnruf, die Lehren der letzten Wahl zu beherzigen und die vorhandenen Fehler der Organisation zu beseitigen, damit eine Neuwahl sie besser gerüstet findet."

„Das unglaubliche Vorkommnis" ist allerdings schlimm genug und stellt den für die Vorbereitung der Wahlgeschäfte verantwortlichen Behörden ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Daß die Unregelmäßigkeiten aber so groß gewesen wären, daß sie die Majorität des Genossen Zubeil umstoßen könnten, ist lediglich ein frommer Wunsch der Unterlegenen. Sollte indes die Wahlprüfungskommission sich etwa auf den Standpunkt stellen, daß wegen solcher Nachlässigkeit der Behörden der Wahlakt ohne weiteres ungültig werde, so würde auch die Wahl verschiedener bürgerlichen Kandidaten für ungültig erklärt werden müssen, denn solche unglaublichen Vorkommnisse sind nicht bloß in Teltow-Beeskow und nicht bloß in Kreisen vorgekommen, in denen Sozialdemokraten gewählt wurden.

Im übrigen werden die Genossen von Teltow-Beeskow aus der Veröffentlichung des Kreisblattes sehen, wie die Gegner eifrig an der Verbesserung ihrer Organisation arbeiten. Es wird für sie des Anstoßes nicht mehr bedürfen, um die Arbeit für die Partei mit allem Eifer aufzunehmen.

Auf „Würde" haltende Stadtväter.

In der niederrheinischen Industriestadt Duisburg, wo der protzigste Kapitalismus das Szepter führt, gilt für die Wahlen zum Stadtverordnetenkollegium die Bestimmung, daß nur diejenigen Zensiten wahlberechtigt sind, die mindestens die unterste Stufe der Staatseinkommensteuer zahlen, also zu einem steuerpflichtigen Einkommen von mindestens 900 M. veranlagt sind. Infolge dieser Bestimmung sind viele Arbeiter von der Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen ausgeschlossen. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, hatten unsere Duisburger Genossen im Herbst 1905 an das dortige Stadtverordnetenkollegium den Antrag gestellt, den bisherigen Wahlzensus von 6 M. auf 4 M. herabzusetzen, so daß auch diejenigen Arbeiter wählen können, die ein Einkommen von 660 bis 900 M. versteuern oder zu dem fingierten Normalsteuersatze von 4 M. veranlagt sind. Zur Begründung ihres Antrages hatten unsere Duisburger Genossen auf die Rheinische Städteordnung verwiesen, die Ungerechtigkeit des Ausschlusses weiter Arbeiterkreise von dem Wahlrecht bemängelt und nebenbei mit bemerkt, daß in 2 Nachbargemeinden, Dümpten und Alstaden, das beantragte Wahlrecht ebenfalls bestehe. Der Antrag fand am 19. Dezember 1905 im Duisburger Stadtparlamente zunächst insofern seine Erledigung, als das gesamte Kollegium sich auf den Standpunkt stellte: „Der Antrag sei gesetzlich unzulässig!!" Diese von geradezu frappanter Unkenntnis der elementarsten Grundlagen des Wahlrechts Zeugnis ablegende Abweisung wurde dann noch weiter damit zu stützen versucht, daß der damalige Beigeordnete Lehwald (jetzt Bürgermeister von Rheidt) erklärte: „Es sei nicht richtig — wie eine Anfrage bei den Kommunalverwaltungen in Dümpten und Alstaden ergeben habe —, daß dort nach dem 4 M.-Zensus gewählt werde! —

Auch der durch seine unfreiwillig-komische Reichstagskandidatur in weiteren Kreisen bekannt gewordene Renommierarbeiter Jung stimmte natürlich pflichtgemäß mit den Vertretern des Geldsacks gegen die Ausdehnung des Wahlrechts.

Weil nun aber unsere Genossen bestimmt wußten, daß in Dümpten und Alstaden trotz der Erklärung des Beigeordneten Lehwald nach dem 4 M.-Zensus gewählt wird — inzwischen ist dies ja auch in der rheinischen Metropole Köln beschlossen —, so ließen sie durch unsere Vertreter in den Kommunalverwaltungen Dümpten und Alstaden nochmals dienstlich anfragen, wie es dort mit dem Kommunalwahlrecht bestellt sei, worauf in der bestimmtesten Form amtlich versichert wurde, daß unsere Genossen richtig berichtet hätten und daß von Duisburg keine Anfragen an die Gemeindeverwaltungen eingelaufen seien! Nunmehr richteten unsere Duisburger Genossen eine zweite Eingabe an die Stadtverwaltung, in welcher der Antrag auf Herabsetzung des Wahlzensus wiederholt und betont wurde, daß trotz der Erklärung des Beigeordneten Lehwald in den beiden benannten Kommunen der 4 M.-Zensus bestehe, daß die entgegengesetzte Behauptung „haltlos" sei und „irreführend" wirken müsse. So lächerlich es auch scheinen mag, diese beiden Ausdrücke mußten nun als Prellbock dienen, den Antrag auf Erweiterung des Wahlrechts zum zweiten Male abzulehnen.

Nachdem der wiederholte Antrag längere Zeit im Schoße der Stadtverwaltung geruht, tauchte er plötzlich vor einigen Tagen in der Tagesordnung des Stadtparlaments auf. Unverbesserliche Optimisten glaubten schon, der Ausfall der Reichstagswahl wirke auf die Stadtverwaltung ein in dem Sinne, daß man suchen werde, feurige Kohlen auf die Häupter der „Nörgler" zu sammeln. Nur zu bald sollten jedoch die Hoffnungen vernichtet werden. Das Kollegium hatte es „unter seiner Würde", sich mit dem

sozialdemokratischen Antrage nochmals zu befassen (!) — so erklärte unter lauten Bravorufen Oberbürgermeister Lehr, weil — die Form des Antrages „unpassend" und „unsachlich" sei!!

Läßt sich eine nichtssagendere Ausrede denken? Und doch genügte sie, um das ganze Stadtverordnetenkolleg in eine Art Verzückung zu versetzen! —

Die Mordgeschichte,

die der Staatsminister von Dallwitz im Anhaltischen Landtage den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben suchte, fordert zu einem Vergleich heraus mit folgendem Bericht des freisinnigen „Berliner Beobachter", den wir gerade zur rechten Zeit in unserem Saalfelder Bruderblatt ausgegraben finden. In dem Bericht, der nicht gleich dem anhaltischen Minister leere Vermutungen, sondern Tatsachen erzählt, heißt es:

„Der Spott versagt und ein Gefühl des Schreckens, des Grauens von den entsittlichenden Wirkungen jenes Geistes, der heute in gewissen Teilen der Studentenschaft sein Wesen treibt, und zugleich schwere Sorge um die Zukunft überkommt den ernsten Vaterlandsfreund, wenn der Vaterlandsfreund hat sehen müssen, bis zu welcher Bestialität der stupide Antisemitismus, der unter dem Banner eines Grafen Pückler seine Fahrten macht, unreife Burschen zu treiben vermochte. Ein Vorkommnis an der Berliner Universität vor einigen Jahren in einer Vorlesung des Professors der Rechtswissenschaft Kohler liefert ganze Bände zur Naturgeschichte des deutschen Geistes in unseren Tagen der „Dekadence". Als Kohler den von den ausgezeichneten Fachmännern Wilmowski und Levy herausgegebenen Kommentar zum Reichszivilprozeß empfahl, da gaben bekanntlich die jungen Rechtsbeflissenen bei dem Anhören des Namens Levy ihrem Mißfallen durch allgemeines Scharren Ausdruck. Und als Professor Kohler dann hervorhob, daß dieser Justizrat Levy vor nicht langer Zeit ermordet worden sei, gaben die idealistischen Musensöhne, Deutschlands Zukunftsstolz und Zukunftshoffnung, durch ohrenbetäubendes Trampeln ihren lebhaften Beifall für Mord und Mörder zu erkennen. Nicht wie zu Fausts Zeiten beim Zaufelstrunk in Auerbachs Keller, sondern am hellichten Tage, inmitten des Lehrens und Lernens, offenbart sich in diesen Studenten die Bestialität. Diese Burschen, welche frenetisch jubeln, weil ein hervorragender Rechtsgelehrter, der nach ihrer Ansicht durch den Namen Levy bemakelt ist, seigen Mördern zum Opfer gefallen ist — das sind dieselben Elemente, welch stolz darauf waren, sich an keiner Ehrung Virchows, des berühmten Professors der Berliner Universität, beteiligt zu haben, da derselbe der Hofgunst entbehrte. Das sind **dieselben Leute, die dereinst berufen sind, im Gerichtssaale das Verbrechen zu brandmarken und zu ahnden,** und die voraussichtlich alsdann überfließen werden von brünstigen Bekenntnissen für Religion, Sitte und Ordnung."

Die Zeugniszwangsfolter in Halle.

Ueber die Verhandlung des Preßprozesses gegen den Genossen Thiele vom „Volksblatt für Halle" am Montag vor dem Schöffengericht zu Halle, die, wie wir bereits telegraphisch meldeten, zur Verhängung der Zeugniszwangshaft über den Genossen Däumig führte, wird uns noch aus Halle geschrieben:

Die Zeugen Redakteur Fröhlich, Metteur Kochansky und Berichterstatter Ebeling, die nichts Bestimmtes darüber sagen konnten, wer der Verfasser des inkriminierten Artikels ist, wurden vereidigt. Redakteur Däumig, der gegenwärtig 3 Monate Gefängnis verbüßt und am kommenden Freitag entlassen werden muß, sagte aus, daß er bei dem inkriminierten Artikel eventuell als Mittäter in Frage kommen könne und sich auch verpflichtet fühle, das Redaktionsgeheimnis zu wahren. Er wurde dann wegen Eidesverweigerung mit 100 Mark bestraft und bis zum nächsten Termin in Zwangshaft genommen. Mehr als eigentümlich erschien das Verhalten des klagenden Rechtsanwalts Suchsland, der auch gegen den beklagten Genossen Redakteur Thiele einen Zivilprozeß wegen des Artikels auf Schadenersatz angestrengt hat. Der Herr sagte nämlich vor Gericht, daß der Verteidiger Thieles, Rechtsanwalt Herzfeld ihm privatim gesagt habe, daß Thiele in dem Zivilprozeß einen ihm zugeschobenen Eid nicht leisten würde. Rechtsanwalt Herzfeld fand es selbstverständlich nicht schön, daß sein Herr Kollege von Privatgesprächen vor Gericht Gebrauch mache. Er sei dadurch gezwungen, mitzuteilen, daß sein Kollege Suchsland ihm ebenfalls privatim gesagt habe, er habe den Zivilprozeß gegen Thiele nur angestrengt, um Material für den Beleidigungsprozeß zu bekommen. Die Verhandlung wurde schließlich wieder vertagt. —

Die Politik der verzweifelten Mittel gegen die Polen soll, wie wir schon kürzlich meldeten, durch ein Enteignungsgesetz gegen die polnischen Grundbesitzer fortgesetzt werden. Selbst den nationalliberalen Hakatisten scheint es vor dieser beispiellosen Rechtsvergewaltigung leise zu grauen. Die „National-Zeitung" bringt heute ein halbes Dementi der von einigen Blättern gebrachten Meldung, daß sich die Nationalliberalen für eine solche Vorlage erklärt hätten. Allerdings habe sich die nationalliberale Fraktion mit der Sache befaßt, aber Beschlüsse seien wohl noch nicht gefaßt, die Polenpolitik biete überhaupt eine solche Fülle von Schwierigkeiten, daß es wünschenswert wäre, wenn die Regierung ihre Vorlage erst einbrächte, wenn sie sich versichert habe, daß sie für ihre Pläne im Abgeordnetenhause eine Mehrheit finde. — Die Nationalliberalen scheinen nach diesen gewundenen Ausführungen zu urteilen, allmählich Angst zu kriegen vor den Konsequenzen der Polenverfolgungen, ohne doch den Mut zu haben, dem von ihnen selbst großgezogenen Polenfressertum entgegenzutreten.

Nach polnischen Blättern wurde der Abgeordnete Prälat Dr. v. Jazdzewski beim Kultusminister wegen Entlassungen von Gymnasiasten, deren die Volksschule besuchende Geschwister am Schulstreik teilnehmen, vorstellig. Minister Studt soll erklärt haben, daß er die vom Schulkollegium angeordnete Maßregel erst dann zurückziehen könne, wenn der Schulstreik aufhöre. — Etwas anderes war von Herrn Studt nicht zu erwarten. Daß seine Maßregel nicht nur politisch dumm, sondern auch ungesetzlich ist, erkennt der Herr nimmermehr. —

Eine Verfassungsreform soll in Mecklenburg von der Regierung ernstlich in Vorbereitung genommen sein. Natürlich eine mecklenburgische — ein Teil der Landtagsabgeordneten soll danach künftig von den Großherzögen, ein anderer von den Junkern (der Ritterschaft) ernannt werden, der Rest würde dem gemeinen Volk zum Wählen überlassen werden. Trotz dieser echt obotritischen Rückständigkeit der sogenannten Reform soll aber die Regierung noch zu befürchten haben, daß die treuen Junker sich sperren, ihr Vorrecht aufzugeben als „Landstand" geboren zu werden. Indes ist die mecklenburgische Regierung entschlossen, den Junkertrotz eventuell durch Hülfe des Bundesrates zu brechen. Wäre der Mühe wert! —

Die „wohlanständige" Ordnungspresse.

Auch heute haben „Nordd. Allgem. Zeitung" und „Vossische Zeitung" die Entgegnung des Genossen Peus auf die „furchtbare Anklage" des anhaltischen Staatsministers v. Dallwitz nicht gebracht!

Ebensowenig hat die „Nordd. Allgem. Zeitung" von der Widerlegung der von ihr verbreiteten Terrorismuslüge aus Chemnitz durch die Chemnitzer „Volksstimme" Notiz genommen!

Dagegen bringt sie heute eine neue Gruselgeschichte in der von ihr besonders eingerichteten Rubrik „Vom sozialdemokratischen Terrorismus".

Wir registrieren diese moralische Verlumpung der „wohlanständigen" Ordnungspresse lediglich. —

Ein gerüffelter Fabrikinspektor.

In der badischen Fabrikinspektion sind unheilbare Zerwürfnisse eingetreten. Die Schuld liegt an dem Leiter der Fabrikinspektoren Dr. Bittmann. Der frühere Fabrikinspektor Wörishoffer, der die badische Fabrikinspektion zu außerordentlichem Ansehen gebracht hat, verstand es, sich ein vortrefflich geschultes Personal heranzuziehen und ließ seinen Mitarbeitern, soweit möglich, volle Selbständigkeit. Als aber Wörishoffer kurz vor seinem Tode vom Amte zurücktrat, nahm man nicht etwa den Nachfolger aus den Mitarbeitern Wörishoffers, man griff nach Preußen und wählte den ehemaligen Fabrikdirektor Dr. Bittmann. Es war nicht zu verwundern, daß sich die selbständigen Kräfte nicht unter den kleinen bureaukratischen Geist Bittmanns beugen wollten. So verließ zunächst Dr. Fuchs die Fabrikinspektion und die Inspektorin Frl. Dr. v. Richthofen heiratete. Mit der jetzigen Fabrikinspektorin Frl. Dr. Baum ist nun aber der Konflikt ausgebrochen. Frl. Baum ist eine selbständige und durchaus tüchtige Kraft, sie hat sich sehr rasch eingearbeitet und man konnte von ihr mit Recht noch viel erwarten. Das paßte Herrn Bittmann nicht und so wollte er die Selbständigkeit der Inspektorin im Schraubstock bureaukratischer Maßnahmen brechen. Das führte zum Bruch; Frl. Baum ist aus der Fabrikinspektion ausgeschieden, dem Dr. Bittmann aber sprach das Ministerium des Innern mündlich und schriftlich seine Mißbilligung über sein Verhalten aus. — Natürlich ist damit gar nichts getan, es wird weiter so gewirtschaftet werden.

Dernburg wird seine Afrikareise Mitte Mai, nach Schluß der Reichstagssession antreten. Er will vier Monate fortbleiben und nur Ostafrika besuchen. —

Sachsen gegen die Schiffahrtsabgaben. Der sächsische Finanzminister Dr. Rüger hat einer Abordnung des sächsischen Schiffervereins gegenüber erklärt, daß Sachsen im Bundesrate gegen die Einführung der Schiffahrtsabgaben stimmen werde. —

Im Wahlkreise Mülhausen-Langensalza hat das Zentrum, das ursprünglich die konservative Kandidatur unterstützen wollte, jetzt seinen Anhängern die Abstimmung freigegeben. —

Wahlproteste sind weiter von der Sozialdemokratie eingelegt worden gegen die Wahl des Antisemiten Graef in Weimar-Apolda, des Antisemiten Schack in Eisenach-Dermbach und des Wildliberalen Enders in Sonneberg-Saalfeld. —

Zwei „Anständige".

Der Konkurrenzkampf unter den für den nationalen Idealismus fechtenden „anständigen" Blättern treibt seltsame Blüten. Die „Staatsbürgerzeitung" hat, wie wir berichteten, mit dem Deutschen Verlag einen Druckvertrag abgeschlossen. Diesen Anlaß benutzte die ehrsame „Post", sich mit einem Zirkular an die Abonnenten der „Staatsbürgerzeitung" zu wenden und sie zum Abonnement auf die „Post" aufzufordern. Darauf antwortet in ihrer heutigen Morgenausgabe die „Staatsbürgerzeitung" mit folgender Notiz:

In eigener Sache.

Die Zeitung „Die Post" versendet ein Zirkular mit der Erklärung, daß die „Staatsbürgerzeitung" in einen anderen hiesigen Verlag übergehe und mit einem unpolitischen Blatte verschmolzen werde, und fordert im Anschluß hieran die konservativen Vereine und Kreise auf, „Die Post" zu abonnieren, da die „Staatsbürgerzeitung" „ihren bisherigen antisemitischen und konservativen Charakter vollständig verlieren wird".

Wir erklären dem gegenüber, daß die Behauptungen der Zeitung „Die Post" in allen Teilen unwahr sind und behalten uns weitere Schritte gegen genanntes Blatt vor.

Verlag der „Staatsbürgerzeitung".
Das Reich G. m. b. H.

Der Streit zwischen den beiden scharfmacherischen, gleichmäßig an Abonnentenschwindsucht leidenden Blättern ist höchst amüsant. —

Ausland.

Schweiz.

Die Protestbewegung der Arbeiterschaft des Kantons Bern gegen das reaktionäre Antistreikgesetz hat an den zwei letzten Sonntagen durch 26 öffentliche imposante Protestversammlungen ihren Höhepunkt erreicht. In der vom Parteivorstand vorgeschlagenen einheitlichen Protestresolution wird entschieden Stellung genommen gegen den Versuch, den Erfolg von Streiks durch eine Gelegenheits- und Gewaltgesetzgebung zu verunmöglichen und die Lebenshaltung der Arbeiter durch Polizeimaßregeln herabzudrücken. In der Resolution heißt es: „. . . Die Versammlung erklärt die Bestimmungen des Gesetzentwurfs für unklar und als geeignet, das Publikum der Willkür der Polizei auszuliefern und die persönliche Freiheit auch unbeteiligter Personen aufs schwerste zu gefährden. Die Anwesenden erklären es als des Staates unwürdig, charakterlose Subjekte, die ihre Mitarbeiter verraten, in speziellen behördlichen Schutz zu nehmen. Die Arbeiter sind überzeugt, daß das Streikgesetz die Arbeitseinstellungen keineswegs aufzuhalten vermöchte, wohl aber geeignet wäre, die Kämpfe zu vergiften, die Verhetzung von Arbeitern, Polizei und Bürgertum und den Klassenhaß zu schüren und zu verschärfen. Die Versammlung verlangt vom Großen Rat, daß er die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter achte und die Unumgänglichkeit und die kulturelle Berechtigung des Streiks anerkenne. Sie bezeichnet die unselbständige Kopierung ausländischer reaktionärer Knebelgesetze und der Zürcherischen Ausnahmeerlasse als eine Schmach für den Kanton Bern und eine Entehrung des Schweizernamens."

Frankreich.

Vatikanischer Roßhandel.

Paris, 24. Februar. (Eig. Ber.)

Die Kirchenpolitik ist eine Rutschbahn: Wieder einmal scheint der Abschluß des Friedens zwischen der Republik und der Kirche, der scheinbar vor der Tür stand, erheblich gefährdet. Die Regierung hat das Angebot des Erzbischofs von Paris als unannehmbar zurückgewiesen. Schuld an der neuerlichen Stockung trägt die Kirche, die angesichts der Nachgiebigkeit Briands ihre Ansprüche überspannt. In der Verhandlung zwischen dem Pariser Erzbischof und dem Seinepräfekten über die Kirchenmiete war man übereingekommen, den Pfarrern die unentgeltliche Benutzung der Kirchengebäude und ihrer Mobiliare zur Ausübung des katholischen Gottesdienstes gegen die Uebernahme der Erhaltungskosten zu überlassen. Eine Klausel, nach welcher der Vertrag erlöschen sollte, sobald das Gebäude seiner Bestimmung entzogen werden würde, gab der Kirche hinlängliche Bürgschaft gegen schismatische Unternehmungen. Aber der Erzbischof stellte weitere Forderungen: Vor allem sollte das Nutzungsrecht des Pfarrers im Falle seines Todes oder seiner Versetzung oder Absetzung durch den Erzbischof an den von diesem ernannten Nachfolger übergehen, unter der Bedingung der Namhaftmachung des neuen Titulars in einer neuen Deklaration an den Präfekten und seiner schriftlichen Verpflichtung, die Lasten des Vertrages auf sich zu nehmen! Weiter sollte der Seinepräfekt ausdrücklich auf jede Einflußnahme auf die Pfarrverwaltung verzichten und nur die Instandhaltung des Gebäudes überwachen. — Schließlich sollte der Pfarrer für die Erfüllung der Vertragspflichten nicht mit seinem persönlichen Vermögen haften! Diese Bedingungen waren schon vor Briands Rede gestellt. Der Präfekt hat sie nicht beantwortet. Nun aber wird die Differenz noch verschärft durch die Erklärung Briands, daß die Republik in den Verträgen weder Ausländer noch ehemalige Kongreganisten als Pfarrer zulassen werde, was der Vatikan als einen Eingriff in seine kirchliche Autorität ansieht. Auch will die Kirche von den Pfarrern die Verpflichtung für die laufenden Reparaturen nur vom Tage der Uebergabe der Kirchengebäude übernommen wissen, so daß die Pfarrer sie in gutem Zustande, nötigenfalls also nach vorheriger Rekonstruktion, erhalten müßten!

Es ist klar, daß unter diesen Bedingungen die Gemeinden kein Interesse daran haben, den Vertrag abzuschließen. Andererseits hat die Kirche, wenn sie die Kirchengebäude lediglich auf Grund des Gesetzes von 1907 in Anspruch nimmt, nur die rechtliche Stellung eines tatsächlichen Inhabers und kein Recht, den Besuchern der Gotteshäuser Abgaben abzuverlangen. Sie kann sich auch nicht wehren, wenn die Gemeinden die Kirchengebäude bis zur Unbenutzbarkeit verfallen lassen. Für die Regierung aber gilt besonders die Aufnahme der Formel über den Uebergang der Nutzungsrechte an den vom Bischof ernannten Nachfolger des Pfarrers als unannehmbar, weil darin eine unverhüllte Anerkennung der katholischen Hierarchie läge, die im Trennungsgesetz immerhin an die Konstituierung der Kultusassoziationen geknüpft war. Die Verträge können, sofern sie den Geist dieses Gesetzes nicht verletzen sollen, nur individuell sein, und dem unbeschränkten Recht des Bischofs, einen anderen Pfarrer zu ernennen, kann nicht die Pflicht der Gemeinde entgegengestellt werden, diesen ohne Rücksicht auf seine Person und auf die Bürgschaften, die sie für die Erfüllung der Vertragspflichten bietet, als Rechtsnachfolger seines Vorgängers anzuerkennen. Allerdings muß billigerweise auch gesagt werden, daß sich die Aufnahme einer auf den Ausschluß der fremden Staatsbürger und Exkongreganisten bezüglichen Bestimmung in den Vertrag mit dem Prinzip des Trennungsgesetzes ebensowenig vereinbaren läßt. Die Regierung könnte vielleicht den Gemeinden auf administrativem Wege — wenn nicht durch ein Gesetz — verbieten, solche Personen zuzulassen, aber gerade das Prinzip der Individualisierung der Verträge und der, wenn auch nicht vollkommen durchführbaren, so doch so weit als möglich zu verwirklichenden Ignorierung der Einheit des kirchlichen Organismus spricht gegen eine solche Formel.

Zu guterletzt wird es wohl trotz alledem doch zu einer Einigung kommen, wenn die Kirche begriffen haben wird, daß die Nachgiebigkeit der Regierung eine feste Grenze hat. Denn die größeren Nachteile im Falle der Nichteinigung sind unzweifelhaft auf ihrer Seite. Freilich hat sie ihre besten Chancen schon preisgegeben, als sie das Trennungsgesetz selbst trotzig zurückwies.

Italien.

Pius der Starke.

Wie aus Rom berichtet wird, empfing der Papst am Montag drei französische Bischöfe und teilte ihnen amtlich mit, daß die Verhandlungen mit der französischen Regierung abgebrochen seien und keine Hoffnung mehr auf Erzielung eines Einvernehmens vorhanden sei. Der Papst fügte einige Weisungen hinzu, welche folgendermaßen lauten: Der französische Episkopat möge den status quo aufrechterhalten, die Priester mögen nach wie vor in den Kirchen bleiben, welche Entscheidungen auch immer die französische Regierung treffen möge. —

Die Eisenbahn-Misere.

Mailand, 26. Februar. (B. H.) Die Fabrikbesitzer in der ganzen Provinz Novara beschlossen, ab 11. März den Betrieb auf ihren Fabriken einzustellen als Protest gegen die haltlosen Zustände und den dauernden Kohlenmangel auf der Eisenbahn.

Spanien.

Der Fall Acevedo.

Wir meldeten vor einiger Zeit, daß unser spanischer Genosse Acevedo wegen „Majestätsbeleidigung" zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Das höchste Gericht (Obertribunal) hat die barbarische Strafe nunmehr bestätigt! Die spanische Arbeiterschaft leitete sofort eine energische Protestaktion gegen das schändliche Klassenurteil ein.

Acevedo hätte der „Segnungen" des vor einigen Wochen in Kraft getretenen Amnestie-Gesetzes teilhaftig werden können. Indessen wäre er gezwungen gewesen, die „Gnade" des Königs anzurufen. Daran ist aber bei einem Mann wie Acevedo nicht zu denken; er geht lieber 8 Jahre ins Gefängnis, ehe er den Monarchen um Gnade anwinselt.

Die republikanischen, ja sogar die monarchischen Blätter — „Heraldo de Madrid", „El Imparcial" u. a. m. — rühmen das Verhalten Acevedos und legen der Regierung nahe, ihn freizulassen.

Schweden.

Gegen den Wahlrechtsentwurf der Regierung.

Letzten Donnerstag hatte die Arbeiterkommune in Stockholm in vier großen Lokalen Massenversammlungen veranstaltet, um die Meinung der Arbeiterschaft über die von der Regierung vorgeschlagene Wahlrechtsreform zum Ausdruck zu bringen. Die Lokale waren alle überfüllt, und tausende konnten keinen Einlaß mehr finden. Die Versammlungen nahmen einstimmig eine Resolution an, in welcher der Regierungsentwurf als durchaus unannehmbar sowohl für die Arbeiterschaft Schwedens wie für alle, die eine ehrliche Lösung der Wahlrechtsfrage wollen, erklärt wird. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, sich für den Fall, daß alle anderen Mittel fehlschlagen sollten, zum Massenstreik zu rüsten, um ein wirklich allgemeines Wahlrecht zu erringen.

Auch in anderen Städten Schwedens haben sich bereits Massenversammlungen mit der Wahlrechtsfrage befaßt, und zwar überall mit dem gleichen Ergebnis. —

Afrika.

Die Ergebnisse der Wahlen in Transvaal.

Wie vorauszusehen war, erhielt „Het Volk" (die Burenpartei) die Mehrheit: Von den 69 Abgeordneten, aus denen die legislative Kammer besteht, sind 37 „Het Volk"-Mitglieder, 21 Progressisten, 6 Nationalisten, 3 Arbeiter, 2 Parteilose. Die Buren haben also eine feste Mehrheit erhalten und sind von den übrigen parlamentarischen Parteien unabhängig.

Die englische Regierung zog die verfassungsmäßigen Konsequenzen und forderte Botha auf, ein Ministerium zu bilden. Der Burenführer hatte keine Schwierigkeiten, sich seiner Aufgabe zu entledigen. Als Führer seiner Partei wurde Botha Premierminister und Minister für die Angelegenheiten der Eingeborenen; Rechtsanwalt Smuts wurde zum Kolonialminister ernannt; Mr. Hull Finanzminister; de Villiers Justizminister; Mr. J. Rissak Bergwerksminister.

Sir Richard Salomon, der tüchtigste Kopf Transvaals, wurde nicht gewählt; er unterlag seinem progressistischen Gegenkandidaten Sir Percy Fitzpatrick.

Die Verfassung und die Wahlergebnisse und ihre Folgen sind eine große politische Lehre für alle, die politisch denken können. Unter preußisch-deutscher Herrschaft hätten die Buren derartige Freiheiten nie erhalten. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Wiederholt wiesen wir auf eine Lüge hin, welche die von Unternehmerseite inspirierte „Voss. Ztg." am 5. Februar in die Welt gesetzt hatte, nämlich die, der Holzarbeiterverband habe den gegenwärtigen Kampf gewollt, obgleich die Arbeitgeber von Anfang an eine Lohnerhöhung von 5 Proz. und mehr in Aussicht gestellt hätten. Die „Voss. Ztg." als „anständiges Blatt" hat das natürlich längst widerrufen. Schade, daß wir — vermutlich infolge „unaufmerksamer Lektüre" — diesen Widerruf nie zu Gesicht bekommen haben. Die „Fachzeitung" der Tischlermeister usw., die zwei Wochen lang über diesen Punkt beharrlich schwieg, bricht jetzt endlich das Schweigen; aber es ist nur eine sehr faule Ausrede, mit der sie sich aus der für sie allerdings sehr unangenehmen Situation

zu ziehen sucht. Die dreiste Behauptung, den Arbeitern sei eine Lohnerhöhung von 5 Proz. und mehr in Aussicht gestellt, will die „Fachzeitung" durch die Tatsache beweisen, daß das Einigungsamt am 29. Dezember v. J. den Parteien den Vorschlag machte, den Vertrag auf drei Jahre zu verlängern, ihn im ersten Jahre unverändert zu lassen, im zweiten Jahre die Abschlagszahlung von 24 auf 25,50 M. und im dritten Jahre auf 27 M. zu erhöhen. — Um zu beweisen, daß diese Ausrede völlig haltlos ist, müssen wir wieder die schon so oft von uns und vom Holzarbeiterverband angeführten Tatsachen sprechen lassen. Es ist das um so mehr notwendig, als in der bürgerlichen Presse immer von neuem die Behauptung verbreitet wird, der Holzarbeiterverband sei es, der den Kampf verschuldet, ja trotz alles Entgegenkommens der Unternehmer den Kampf absichtlich herbeigeführt habe. Diese Behauptung ist eine Lüge. Wahr ist dagegen folgendes:

Der Holzarbeiterverband hatte den bis zum 15. Januar 1907 laufenden Vertrag am 15. Oktober gekündigt, sich aber zum Abschluß eines neuen Vertrages bereit erklärt, falls den Arbeitern einige Verbesserungen zugestanden würden. In der Hauptsache wurde gefordert eine Erhöhung des Akkordabschlages von 24 auf 27 M. und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 auf 50 Stunden. Von Mitte Oktober bis kurz vor Weihnachten verhandelten die Vertreter der Parteien unter dem Vorsitz des Gewerberichters, Magistratsrat v. Schulz über die Erneuerung des Vertrages. Die Verhandlungen hatten nicht das geringste Ergebnis, denn die Unternehmer lehnten alle Forderungen der Arbeiter ab. Sie zeigten keine Spur von Entgegenkommen, und die Frage der Arbeiter, was man ihnen denn zugestehen wolle, beantwortete Obermeister Rahardt im Einverständnis mit den Vertretern der Arbeitgeber so: „Wir verhandeln nicht, um Ihnen etwas zu bewilligen, sondern um Sie zu überzeugen, daß wir nichts bewilligen können." — Infolge dieser entschiedenen Ablehnung der Arbeitgeber verliefen die Verhandlungen resultatlos. Aber dieser Ausgang der Verhandlungen hätte den Holzarbeiterverband nicht veranlaßt, seine Forderungen nunmehr durch das Mittel des Streiks durchzusetzen. Es wäre vielmehr ruhig weiter gearbeitet worden, nur mit dem Unterschiede, daß kein Vertrag mehr bestand. Das paßte aber den Arbeitgebern nicht, sie verlangten den Abschluß eines Vertrages ohne Verbesserung und stellten die Parole auf: Ohne Vertrag keine Arbeit. — Während die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Parteien noch schwebten und die Arbeiter auch nicht entfernt an die Führung eines Kampfes dachten, hatte man auf seiten der Unternehmer schon alle Vorbereitungen für die Aussperrung getroffen, deren Beginn auf den 12. Januar, also noch vor Ablauf des Vertrages, angesetzt war. In diesem Vorgehen der Unternehmer erblickten die Arbeiter einen Tarifbruch, sie riefen deshalb die Entscheidung des Einigungsamtes an. Am 29. Dezember sollte, nachdem schon eine Sitzung des Einigungsamtes vorausgegangen war, die Entscheidung verkündet werden. Es waren hier nur zwei oder drei Vertreter jeder Partei erschienen. Beisitzer des Einigungsamtes benutzten diese Gelegenheit, um einen Verständigungsversuch in der Tariffrage zu machen und schließlich kam es zu dem oben angeführten Vorschlage, den das Einigungsamt machte. Dieser Vorschlag ist nicht von den Arbeitgebern ausgegangen, er kam sogar gegen das Erwarten der Parteien. Die damals anwesenden Vertreter der Arbeitgeber haben nicht einmal eine Erklärung zu diesem Vorschlage abgegeben, jedenfalls waren sie auch nicht dazu ermächtigt. Ebensowenig konnten sich unter diesen Umständen die Vertreter der Arbeiter dazu erklären. Weitere Verhandlungen fanden nicht mehr statt, sind auch wohl von den Unternehmern nicht gewünscht worden, denn sie hatten ja den Kampf längst vorbereitet und begannen ihn denn auch zur festgesetzten Zeit.

Das sind feststehende Tatsachen, die unwiderleglich beweisen, daß es eine lügenhafte Verdrehung ist, wenn in Unternehmerorganen fort und fort behauptet wird, der Holzarbeiterverband habe den Kampf verursacht und die friedfertigen Arbeitgeber seien in den Kampf getrieben worden. Insbesondere erhellt aus den angeführten Tatsachen auch, daß es eine Lüge ist, wenn die „Voss. Ztg." behauptete, die Arbeitgeber hätten von Anfang an eine Lohnerhöhung von 5 Proz. und mehr in Aussicht gestellt. Wenn sich die „Fachzeitung" nun, um den Vorwurf lügenhafter Darstellung zu entkräften, an den Vorschlag des Einigungsamtes klammert, so kann sie damit ihren Zweck nicht erreichen. Dieser Vorschlag wurde ja erst zu einer Zeit gemacht, als die Vertragsverhandlungen infolge des völlig ablehnenden Verhaltens der Arbeitgeber bereits gescheitert waren. Der Vorschlag ging nicht von den Arbeitgebern aus, er ist auch nicht von ihnen angenommen worden. Es steht fest, daß die Arbeitgeber den Arbeitern in keinem Stadium der Verhandlungen irgend welche Zugeständnisse gemacht haben.

Wenn nun, im Widerspruch mit den feststehenden Tatsachen, in Unternehmerorganen fortgesetzt das Gegenteil der Wahrheit behauptet wird, wenn man der Oeffentlichkeit immer und immer wieder vorlügt, die Arbeiter hätten den gegenwärtigen Kampf in der Holzindustrie heraufbeschworen, so läßt das darauf schließen, daß die Führer der Unternehmer kein gutes Gewissen haben. Ist die Sache der Unternehmer so gerecht, wie sie es hinzustellen suchen, dann brauchen sie doch nicht mit Unwahrheiten zu operieren. Es scheint in der Tat, daß die aussperrenden Arbeitgeber nur noch dadurch zusammengehalten werden können, daß man die so oft widerlegten Lügen, die bestimmt sind, den Holzarbeiterverband ins Unrecht zu setzen, immer wieder von neuem auftischt. Helfen wird es allerdings nicht.

Lohnbewegung der Bäcker.

Am Dienstag tagte in Kellers Saal eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung von Bäckergesellen Berlins und der Vororte. Das einleitende Referat hielt Hetzschold. Eingehend besprach er die Vorgänge, welche mit Recht den Unwillen der Arbeitnehmer im Bäckergewerbe gegen das Treiben der Innungen erregt haben. Schon beim Abschluß des gegenwärtig bestehenden Tarifvertrages seien die Führer der Innungen von der Absicht beseelt gewesen, die ihnen unbequemen Bestimmungen des Vertrages, wo irgend möglich, nicht innezuhalten. Habe doch der Obermeister Schmidt auf einem Innungsverbandstag erklärt, die Meister hätten nur deshalb den Tarif abgeschlossen, weil sie zu jener Zeit noch nicht wußten, ob die Organisation der Arbeitgeber stark genug sei, um ihren Willen den Gesellen gegenüber durchzusetzen. Was man hiernach erwarten konnte, das sei eingetreten. Die Innungen hätten den Tarif nicht gehalten. Besonders die Bestimmung, daß den Gesellen nur auf Wunsch, das heißt auf ihren Wunsch, Kost und Logis gegeben werden darf, sei durch die Arbeitsnachweise der Innungen gar nicht beachtet worden. Die Meister hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß ihr Wunsch für die Gewährung von Kost und Logis maßgebend sei. Demzufolge hätten dann auch nur die Hälfte der Bäckereien in der Kost- und Logisfrage den Vertrag befolgt. Unter denen, welche fortgesetzt gegen den Vertrag verstießen, befänden sich alle Innungsgrößen. Weiter erinnerte der Redner an den Konflikt wegen des Arbeitsnachweises. Dem Vertrage zufolge soll ein paritätischer Arbeitsnachweis eingerichtet werden. Die Meister wollen jedoch von wirklicher Parität nichts wissen, sondern einen Arbeitsnachweis haben, der in den Händen der Innungen bleibt, so daß alle die zahlreichen, oft beklagten Mißstände, welche den jetzigen Innungsnachweisen anhaften, für immer fortbestehen würden. Die Frage des Arbeitsnachweises sei für die Arbeitnehmer von so großer Wichtigkeit, daß sie sich dem Willen der Innungen auf keinen Fall beugen können. Die Vertreter der Gesellen wollten diese Streitfrage der unparteiischen Entscheidung des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichtes unterbreiten. Auch das lehnten die Innungen ab. Nur das von ihnen abhängige Innungs-Schiedsgericht wollen sie mit der Entscheidung betrauen. Diese Instanz, die nicht unparteiisch sein könne, könnten die Arbeiter nicht anerkennen. Angesichts dieser Sachlage bleibe leider nichts anderes übrig, als mit dem heutigen Tage in eine Lohnbewegung einzutreten, um den Tarif, der durch die Meister gebrochen worden sei, in allen Punkten zur Anerkennung zu bringen. Gern hätten die Arbeiter diesen Kampf vermieden, aber leider sei das nicht möglich. Durch das tarifbrüchige Verhalten der Innungen sei den Arbeitern der Kampf aufgezwungen worden, er werde nun mit aller Kraft geführt werden. Es gelte in der Hauptsache, einen unabhängigen Arbeitsnachweis zu erhalten, das Kost- und Logiswesen zu beseitigen und den Bäckergesellen einen freien Tag für jede Woche zu erringen. — Die speziellen Forderungen dieses Lohnkampfes würden durch die Vertrauensmänner in Verbindung mit dem Vorstande aufgestellt und dann einer Versammlung, die über drei Wochen stattfinden soll, zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Zu den Mitteln, die in diesem Kampfe angewandt werden sollen, gehöre auch die Errichtung eigener Bäckereien in Arbeitervierteln. Ein Fonds für diesen Zweck sei bereits vorhanden. Jetzt gelte es, alle Vorbereitungen zu treffen, damit der den Arbeitern aufgezwungene Kampf mit einem Siege der Berliner Bäcker ende. — Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall und allgemeine Zustimmung in der Diskussion. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von der äußerst sonderbaren Innungs-Kundgebung, indem sie erklären, daß sie das Gewerbegericht als Einigungsamt ablehnen.

Demgegenüber erklären die Versammelten, daß sie vor wie nach bereit sind, die bestehenden Differenzen einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten, niemals aber dem Innungs-Schiedsgericht, das mit seinen von den Innungen abhängigen Vorsitzenden überhaupt nicht unparteiisch sein kann. Angesichts dieser Sachlage beschließt die Versammlung: Im Hinblick auf die ununterbrochene Kette der zuerst versteckten, dann offenen Tarifbrüche der Berliner Bäcker-Innungen, bleibt der Gesellenschaft nichts weiter übrig, als mit dem heutigen Tage in die

Lohnbewegung einzutreten.

Sieben Monate lang haben die Gesellenvertreter in der Schlichtungskommission unter den eifrigsten Bemühungen und Beweisen größter Geduld die Innungen zur Einhaltung und Durchführung des Tarifes nach seinem klaren Wortlaut zu bewegen versucht. Die Innungen blieben, ihrer Vergangenheit getreu, hartnäckig. Sie wollten nichts bewilligen, sie

wollten den Kampf!!

Auch die Gesellen-Ausschüsse haben in ihrer Konferenz vom 16. Dezember 1906 einmütig den Tarifbruch in der schärfsten Weise verurteilt. So stehen die Innungen mit den von ihnen gegründeten und ausgehaltenen gelben Vereinchen allein, und vor der Oeffentlichkeit als Tarifbrecher gebrandmarkt. Die unabhängige Gesellenschaft ist es ihrer Ehre und ihrem Ansehen schuldig, diesem neuen Innungs-Wortbruch gegenüber in den Lohnkampf einzutreten. Sie weiß sich frei vom Schuld an einem frivol von den Innungsführern heraufbeschworenen Kampfe, den alle Gesellen so gern vermieden hätten, und überläßt getrost der Oeffentlichkeit und allen Gerechtdenkenden das Urteil über die Handlungsweise der Innungen."

Terrorismus der Unternehmer.

In der Vereinigung der Autodroschkenbesitzer sind die Großen in Wut entflammt über den Wankelmut der Kleinen. Die Verständigung der Fahrer mit der Firma Lennert u. Barkowsky und der beabsichtigte Abfall anderer Firmen war die Ursache, daß zum Montagabend eiligst eine Versammlung einberufen wurde. Am liebsten hätte man dafür gestimmt, daß die Abtrünnigen bei lebendigem Leibe langsam gebraten werden und die Verdächtigen bei Wasser und Brot einzusperren seien, aber nach Lage der Dinge mußte man sich mit Drohungen und Geldstrafen begnügen, die auf Sichtwechsel eingetrieben werden sollen. Nach dem Abstimmungsmodus im Unternehmerverein haben 4 Direktoren größerer Gesellschaften soviel zu sagen wie etwa 20 Besitzer kleiner Betriebe, und somit geht alles nach dem Willen der Großen. Zu spät erkennen die Kleinen, daß der Verein für sie nur eine Falle ist, in der sie gefangen wurden. Allerdings machen jetzt viele der kleinen Besitzer Anstrengungen, sich wieder zu befreien und den meistens ungültigen — weil nicht gesetzlich einklagbaren — Verpflichtungen zu entgehen. Die nächste Zeit wird lehren, wie weit die Einschüchterungsversuche der großen Unternehmer Erfolg gehabt haben.

* Diese Taktik der großen Unternehmer, die auf bedingungslose Unterwerfung der Fahrer abzielt, hat unter den letzteren eine große Erbitterung hervorgerufen. Wer etwa noch an eine Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer glaubte, den muß die höhnische Zurückweisung aller Friedensbestrebungen der Fahrer eines Besseren belehren. Wiederholt schon haben die Fahrer nachgegeben, so auch bei den letzten Verhandlungen wieder in bezug auf das Waschgeld für den Wagen, aber ihre Hoffnung, damit eine breitere Basis für den Frieden geschaffen zu haben, wird durch neue feindliche Maßnahmen der großen Unternehmer gestört.

*

Wie uns versichert wird, wäre die Mehrzahl der kleinen Firmen und auch eine Anzahl größerer bereit, sich mit ihren Fahrern wieder zu verständigen, die Lohnreduktion zurückzuziehen und sich mit dem Gewinn zu begnügen, den ihnen die Erhöhung der Taxe bringt. Sie fühlen sich jedoch durch die ausgestellten Sichtwechsel gezwungen, dem Terrorismus der paar Scharfmacher in der Unternehmer-Organisation nachzugeben. Ihnen allen ist nicht bekannt, daß sie zur Teilnahme an der Aussperrung, auch durch Wechsel, in keiner Weise gezwungen werden können. Der § 152 der Gewerbe-Ordnung sagt in seinem zweiten Teile ausdrücklich:

„Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzterem weder Klage noch Einrede statt."

Wer also den Scharfmachern seinen Rücktritt erklärt und seinen Wechsel zurückverlangt, ist aller Verpflichtungen gegen den Unternehmer-Verband ledig. Kein Vertrag kann ihn zum Bleiben in der Organisation oder zur Zahlung einer Konventionalstrafe zwingen. Abmachungen, die den Absatz 2 des § 152 zuwiderlaufen, sind ungültig und ihre Einhaltung kann auch durch Klage nicht erzwungen werden. Die ausgestellten Wechsel sind Makulatur.

Achtung, Kleber, Bauarbeiter!

Die Firma Müller, Rochowstraße, ist wegen Lohndifferenzen für Kleber gesperrt. In Betracht kommen folgende Bauten: Wilmersdorf, Mainzerstr. 23; Tempelhof, Borussiastraße 7—9; Westend, Häselerstr. 1—4 und 10; Charlottenburg, Steinplatz 4, Ecke Uhlandstraße.

Die Verbandsleitung der Tapezierer.

Deutsches Reich.

Im Bremer Braugewerbe ist wieder Frieden. Am letzten Sonnabend hatte es noch den Anschein, als ob im Bremer Braugewerbe ein erbitterter Kampf ausgefochten werden sollte. Die Bremer „Brauer-Sozietät" hatte am Sonnabend morgen bereits 100 Bierfahrer und solche Arbeiter aufs Straßenpflaster gesetzt, die sich entweder weigerten, einen Revers zu unterzeichnen, nach dem sie auf die Verbandszugehörigkeit verzichteten, oder das Ansinnen der Unternehmer zurückwiesen, den Platz der gemaßregelten Bierfahrer einzunehmen. Den Anlaß zu diesem Konflikt gab eine in der „Bremer Bürgerzeitung" veröffentlichte und an die organisierte Arbeiterschaft gerichtete Aufforderung, die Bierfahrer auf ihre Verbandszugehörigkeit zu kontrollieren, ein Verfahren, das in anderen Städten bisher keinerlei Aufsehen erregt hat. Die Bremer Brauherren erfaßten diese Gelegenheit, um ihren Machtkitzel an dem verhaßten Brauereiarbeiterverband zu kühlen. Wäre die Arbeiterschaft mit derselben Rücksichtslosigkeit gegen die Unternehmer vorgegangen, in diesem Augenblick wäre der schärfste Kampf im Bremer Braugewerbe entbrannt. Daß der Kampf nicht tobt, ist nur auf die Besonnenheit und das hohe Maß Verantwortlichkeitsgefühl der Verbandsleitung zurückzuführen, die im letzten Augenblick noch den Versuch machte, eine Verständigung zu erzielen. So ist es denn gelungen, auf der Basis eine Einigung zu schaffen, „daß in Zukunft in der Zeitung darauf hingewiesen werden kann, daß sämtliche Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes mit roten Kontrollkarten versehen sind." Die Unternehmer gaben ihrerseits die Erklärung ab, „daß die Reverse zurückgezogen und die erfolgten Unterschriften als ungültig erklärt werden. Alle Entlassenen treten auf ihren bisher innegehabten Posten. Wegen des Beitritts oder der Zugehörigkeit zum Brauereiarbeiterverband werden den Arbeitern seitens der Bremer „Brauer-Sozietät" keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Montag, den 25. Februar. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Bremer Brauereiarbeiter, die am Sonntagmorgen in der „Neustädter Tonhalle" tagte, gab diesem Einigungsvorschlag ihre Zustimmung.

Ausland.

Der Schiffbauerstreik in Außig a. d. Elbe ist siegreich beendet. Die Werftdirektoren haben die verlangten Lohnerhöhungen bewilligt.

Die Arbeiterbörse den Lehrern verschlossen.

Paris, 22. Februar. (Eig. Ber. — Wegen Raummangels verspätet.) Die Regierung hat es also auf den Konflikt ankommen lassen. Als gestern eine sechsgliedrige Delegation der Lehrergewerkschaft, begleitet vom Abgeordneten Genossen Blanc, nach Empfang der von der Verwaltungskommission ausgestellten Mitgliedskarten, die ihr von dieser angewiesenen Bureauräume übernehmen wollte, wurde ihr der Schlüssel verweigert und der vom Seinepräfekten ernannte Hausverwalter erklärte, er habe den Auftrag, die Lehrer nicht zuzulassen. Die Vertreter der Lehrergewerkschaften beschlossen hierauf einen Protest, worin sie darauf hinweisen, daß tatsächlich schon eine große Zahl von öffentlichen Angestellten, wie Gemeindearbeiter, Post- und Telegraphenbedienstete, Marinearbeiter usw. und auch schon eine „Gewerkschaft der Mitglieder des Lehrberufs", die Lehrer und Lehrerinnen umfaßt, im Gebäude ihren Sitz haben. Die zurückgewiesenen Lehrer appellieren an alle Gewerkschaften der Arbeitsbörse, sich diesem Protest anzuschließen. Der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes des Seine-Departements hat den um ihr Recht kämpfenden Lehrern seine Sympathien ausgesprochen und ihnen seine Bureaus zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig fordert er sie auf, der Arbeitskonföderation beizutreten.

Heute vormittag sprach eine Delegation, bestehend aus dem Sekretär der Arbeitsbörse und einer Vertreterin der Gewerkschaft der freien Lehrer beim Minister des Innern vor, um gegen die Maßregel des Präfekten zu protestieren. Clemenceau antwortete ziemlich ausweichend. Einerseits berief er sich auf das Gesetz von 1884, das sich auf die Lehrer nicht ausdehnen lasse, andererseits erkannte er an, daß manche Beamtenkategorien eine über den Buchstaben des Gesetzes hinausgehende Toleranz genossen hätten. Die den Lehrern von Lyon angedrohte Verfolgung sei bis zur bevorstehenden Vorlage eines Gewerkschaftsgesetzes für die Staatsbeamten vertagt worden. Die Zulassung der Lehrer in die Arbeitsbörse scheine ihm jedoch unmöglich, da diese lediglich für Lohnarbeiter, nicht für Beamte bestimmt sei.

Diese Antwort konnte natürlich die Lehrer nicht befriedigen. Sie sind entschlossen, ihr Koalitionsrecht durchzusetzen. Daß sie dabei die Unterstützung der sozialistischen Abgeordneten finden werden, ist selbstverständlich. —

Eine Illustration zur heutigen Bülow-Rede.

Wir erhalten aus Frankfurt a. M. folgende Privatdepesche:

Frankfurt a. M., 26. Februar. Zur Bülow-Rede bitte zu veröffentlichen, daß ich bereits am **Stichwahlabend nachts 1 Uhr der „Frankfurter Zeitung" folgende Berichtigung übergeben habe:**

Frankfurt a. M., den 5. Februar 1907. An die Redaktion der „Frankf. Ztg." hier. Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, in die nächste Nummer Ihres Blattes an der gesetzlich vorgeschriebenen Stelle die nachstehende Berichtigung aufzunehmen: Im 1. Morgenblatte der „Frankf. Ztg." vom 6. d. M. findet sich ein Artikel „Halunkenmoral", in welchem die schwersten Beleidigungen gegen das sozialdemokratische Wahlkomitee und speziell gegen meine Person enthalten sind. Es heißt dort, das von mir unterzeichnete Flugblatt mit der Nachricht von dem versuchten Stimmenkaufe für Oefer charakterisiere sich als „Fälschungsprodukt" und „Schurkerei". Ferner ist dabei von „Frechheit", „Lüge" und „Verleumdung" die Rede, und schließlich erbieten Sie sich, „jederzeit den Nachweis dafür zu erbringen, daß dieses Flugblatt bereits gestern abend gedruckt und zur Verteilung bereitgelegt war". Diese letztere Behauptung ist unwahr. Die fragliche Mitteilung ist mir erst heute morgen kurz nach 10 Uhr von dem betreffenden Wähler in Gegenwart des Arbeitersekretärs Heiden und anderer Zeugen gemacht worden. Daraufhin habe ich das fragliche Flugblatt geschrieben und gegen 11 Uhr morgens in die Uniondruckerei in Druck gegeben; dafür sind Dutzende von Zeugen zu erbringen, u. a. auch mein Parteigenosse Max Cohen. Wegen der gegen mich ausgesprochenen Injurien behalte ich mir gerichtliche Schritte vor. Wilhelm Dittmann.

Diese Berichtigung ist im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 6. Februar abgedruckt. Am 7. Februar habe eine zweite Berichtigung geschickt, ist auch abgedruckt. Die Klage gegen die „Frankfurter Zeitung" ist eingeleitet. Morgen früh ist obligater Sühnetermin. Parteisekretär Dittmann.

Eingegangene Druckschriften.

Wie erlernt man fremde Sprachen? Winke für den Selbstunterricht von W. Heims. Selbstverlag in Leipzig. —

Jahrbuch der Wohnungsreform 1905/06 von O. Weißgerber. Preis 1 M. Verlag Vandenhoeck und Ruprecht in Göttingen.

Unser praktischer Mutterschutz von Maria Lischnewska. Schriften des Bundes für Mutterschutz Nr. III. Preis 30 Pf. Selbstverlag des Bundes, Berlin W., Rosbergerstr. 8.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eisenbahnunglück.

Budapest, 26. Februar. In der Nähe der Station Csap karambolierte ein Personenzug mit einem Lastzuge. **Vier Personen wurden getötet, zahlreiche verwundet.**

Kesselexplosionen.

Toulon, 26. Februar. An Bord des Torpedobootes Kabyle, das Uebungen bei den Hyeriachan-Inseln vornahm, fand eine **Kesselexplosion statt, durch die 9 Mann gefährlich verletzt wurden.**

London, 26. Februar. (W. T. B.) Lloyds Institut meldet aus Korfu: Gestern abend ereignete sich auf dem Kriegsschiffe Dragon ein Dampfkesselunfall. **Zwei Heizer wurden getötet und vier gefährlich verbrüht.**

In den Flammen umgekommen.

London, 26. Februar. (W. H.) Bei einer Feuersbrunst, welche in der letzten Nacht in Bristol ausbrach, **sind 5 Kinder einer Arbeiterfamilie in den Flammen umgekommen.** Vater, Mutter und eine 18jährige Tochter konnten rechtzeitig gerettet werden.

Durch Einsturz getötet.

Constantine, 26. Februar. (W. H.) In Perigotville sind eine **Anzahl Gebäude infolge der auf ihnen lagernden Schneemassen eingestürzt.** Trotz den sofort angestellten Rettungsversuchen gelang es nicht, **die zehn verschütteten Personen zu retten, dieselben konnten erst später als Leichen geborgen werden.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

6. Sitzung. Dienstag, den 26. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Rheinbaben, Dernburg.

Es ist eine Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) eingegangen bezüglich der **Wahlagitation des Flottenvereins, des Reichspostamtes, der Reichskanzlei** usw. Sie wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Präsident Graf **Stolberg**: Wie mir gestern nach der Sitzung mitgeteilt ist, haben einige Mitglieder des Hauses in der gestrigen Sitzung ihren Beifall nicht nur durch Bravorufen, sondern Händeklatschen kundgegeben. (Schallende Heiterkeit.) Bei dem sehr starken Bravorufen in dem vollbesetzten Hause war das von hier aus nicht zu hören (Erneute große Heiterkeit), und ich will deshalb heute daran erinnern, daß das Händeklatschen hier im Hause nicht zulässig ist. (Rufe: Tribüne!) Bei dieser Gelegenheit will ich auch daran erinnern, daß nach § 63 der Geschäftsordnung von den Tribünen aus Beifalls- und Mißfallsbezeugungen durchaus nicht zulässig sind.

Das Haus tritt in die Tagesordnung (Fortsetzung der Etatsberatung) ein.

Abg. **Bebel** (Soz.):

Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, bin ich genötigt, auf die Auseinandersetzungen zurückzugreifen, die gestern der Reichskanzler und der Abg. Bassermann gegen meine Partei und gegen das Zentrum hier zum Ausdruck gebracht haben. Nach ihren Aeußerungen erscheint es als das größte politische Verbrechen, das denkbar ist, wenn ein Mann einer bürgerlichen Partei einem Sozialdemokraten seine Stimme gibt. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) In ganz besonderem Maße erscheint es als ein Verbrechen des Zentrums, daß es in einer Reihe von Wahlkreisen durch die Unterstützung der Sozialdemokraten gesiegt habe. Es ist daran zu erinnern, daß in der **stärksten Hitze des Sozialistengesetzes im Jahre 1884**, als es sich in Frankfurt a. M. um eine Stichwahl eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Partei, Sabor, und dem bürgerlichen Demokraten Sonnemann handelte, und als von Frankfurt aus beim **Fürsten Bismarck** angefragt wurde, wem die Konservativen und Nationalliberalen ihre Stimme geben sollten, daß damals nach Frankfurt das Telegramm gesandt wurde:

Fürst wünscht Sabor.

Fürst Bülow würde das dem Fürsten Bismarck nicht nachmachen. Bei allem Haß und aller Feindschaft, die Fürst Bismarck gegen die Sozialdemokratie gehegt hat, war er doch so objektiv, daß er die Stellung, welche die Sozialdemokratie hier im Reichstage eingenommen hat, stets anerkannt hat. (Lebhafter Widerspruch und Lärm rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich werde Beweise dafür erbringen. Ganz anders ist die Stellung des heutigen Reichskanzlers. Wenn er auf die Sozialdemokratie zu sprechen kommt, dann wird er im höchsten Grade nervös und gerät er in eine solche Aufregung, daß es ihm unmöglich ist, auch nur einen objektiven Gedanken auszusprechen, und er tut gerade so, als ob die Sozialdemokratie aus **persönlicher Feindschaft** gegen ihn handelt. Wir haben nichts dagegen, daß er das denkt, aber von einem **Staatsmann** verlange ich, daß er doch den Schein der **Objektivität** zu wahren sucht und so tut, als ob er **über** den Parteien steht. **Das tut Fürst Bülow nicht.** Im Wahlkampf ist er als Parteimann aufgetreten in einer Weise, wie es in Deutschland ein Staatsmann noch nicht getan hat. Wir werden darüber noch bei anderer Gelegenheit sprechen. Sie haben gehört, daß eine Interpellation eingebracht ist, bei welcher die offiziellen Wahlbeeinflussungen, die vom Reichskanzler bis zum letzten Polizeidiener verübt wurden, besprochen werden sollen. Wir wünschen, **daß der Wahlkampf hier im Reichstage in voller Breite, in seinem vollen Umfange erörtert wird.** (Lärm rechts und bei den Nationalliberalen. Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz besonders hat sich gestern auch der Abg. Bassermann über das Zentrum entrüstet. Wenn ich einen Nationalliberalen höre, der sittlich entrüstet ist, kommt mir immer ein Lächeln. (Große Heiterkeit.)

Die Bassermänner als rote Wähler.

Weiß denn Herr Bassermann nicht, daß im Jahre 1905 für die badischen Landtagswahlen zwischen der **badischen Leitung seiner Partei** und der **Sozialdemokratie ein Abkommen getroffen worden ist, um sich gegenseitig zu unterstützen?** (Hört! hört! im Zentrum.) Die Nationalliberalen wollten meine Parteigenossen gegen sämtliche andere Parteien unterstützen. Ich bin der Ansicht, daß diese Tatsache Herrn Abg. Bassermann absolut nicht unbekannt sein kann; ob er damit einverstanden war, weiß ich nicht. (Aha! bei den Nationalliberalen.) Dazu kommt, daß damals die Reserveoffiziere, hohe Staatsbeamte, Lehrer, Pfarrer, Kriegervereinler ohne Ausnahme für die sozialdemokratische Partei stimmten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Und jetzt haben Sie einen wahren Horror dagegen, daß bürgerliche Wähler einen Sozialdemokraten wählen. Meine Partei hat ihrerseits bei den badischen Landtagswahlen die nationalliberalen Kandidaten in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen gewählt, und dadurch ist verhindert worden, daß das Zentrum die Majorität im Landtage behielt. Denken Sie doch an die letzte Wahl, die wir jetzt gehabt haben. Ich kann den Nachweis liefern, daß ein **nationalliberaler Führer zu meinem Parteigenossen**, dem Leiter der sozialdemokratischen Partei in Freiburg, Engler, gekommen ist und ihm **angeboten** hat, **wenn er es fertig bringe, daß die sozialdemokratische Partei sich in Freiburg i. Br. bei der Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Zentrum der Stimme enthalte, dann würde er bereit sein, dahin zu wirken, daß die Nationalliberalen in Mainz und Köln für die Sozialdemokraten stimmen.** (Hört! hört! Stürmische Heiterkeit.) Auch mein Parteigenosse Ulrich in Offenbach ist in diesem Wahlkreise gebeten worden, für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten gegen den antisemitischen. (Hört! hört!)

Die **Nationalliberalen** in Hildesheim haben die **politische Unmoral** soweit getrieben, daß sie, als unsere Partei dort erklärte, bei den Stichwahlen sich der Stimme enthalten zu wollen, durch

gefälschte Aufrufe

im Namen der sozialdemokratischen Partei die Wähler der Sozialdemokratie aufgefordert haben, für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen. Es wird mir weiter gesagt, ich weiß nicht, mit welchem Recht, daß Herr Bassermann, als er zwischen Haupt- und Stichwahl in Osnabrück war, den Versuch gemacht habe, meine Parteigenossen zu bewegen, nicht für den Zentrumskandidaten, sondern für den Nationalliberalen Wamhoff zu stimmen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Ob das nun wahr ist oder nicht (Große Heiterkeit bei den Nationalliberalen), jedenfalls hat auch im **Jahre 1904**, als auch die Sozialdemokratie in der Stichwahl den Ausschlag gab, das **nationalliberale Organ**, die **„Osnabrücker Zeitung"**, geschrieben:

„Welchen Wert die Sozialdemokratie als Partei der **unabhängigen, unerschrockenen Kritik** besitzt, **darüber ist sich niemand im Zweifel.** Was speziell ihre **Anregungen auf sozialpolitischem Gebiet** betrifft, so müßte derjenige **blind** sein, der nicht bemerkte, daß sie **befruchtend nach mehr wie einer Seite hin gewirkt haben.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch auf anderen Gebieten sind wir in der glücklichen Lage, den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht entgegentreten zu müssen." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wer Gelegenheit hat, im Reichstag zuzusehen, wie die Sozialdemokraten sich um die Unterstützung ihrer Anträge bei den Liberalen, und diese umgekehrt bei den Sozialdemokraten bemühen, wird bemerken, wie höflich und zuvorkommend die Unterhändler beider Parteien miteinander verkehren (Heiterkeit bei den Nationalliberalen), der weiß auch, wie oft sozialdemokratische und liberale Abgeordnete bei der Abstimmung für ein und dieselbe Sache eintreten." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das beweist denn doch, wie die Herren anders denken, sobald sie sozialdemokratische Stimmen bekommen können. **Ein Nationalliberaler mag keinen Sozialdemokraten leiden, aber seine Stimme nimmt er immer gern.** (Große Heiterkeit.) Sind doch in dieser Wahl meine Parteigenossen an einzelnen Orten sogar veranlaßt worden, für die konservativen Vertreter einzutreten. (Lebhafter Widerspruch rechts. Rufe: Wo?) Z. B. in Jericho I. (Andauernde Unruhe rechts. Abgeordneter Pauli-Potsdam: Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!) Ein Agitator für den Flottenverein, Amtsgerichtsrat Stern, hat ja auch die Anschauung vertreten, daß es sich bei der engeren Wahl darum handele, **selbst zu der Sozialdemokratie zu gehen**, damit das Zentrum unter allen Umständen unter den Tisch gebracht werde. (Zuruf rechts: Das ist kein konservativer Stern! Heiterkeit.) Dieser Herr schreibt: „Nach den furchtbaren Schlägen, die die Sozialdemokratie bekommen, wird sie wohl **zu Verhandlungen bereit sein.**" So schreibt ein einflußreiches Mitglied des Flottenvereins, und Herr Generalmajor Keim weist das nicht zurück. Solange Stichwahlen im Deutschen Reiche bestehen, wird es notwendigerweise vorkommen, daß Parteien, die sonst auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehen, unter Umständen gezwungen werden, gemeinsame Sache gegen den Gegner zu machen. (Zuruf rechts: Na also!) Der Reichskanzler ist gestern im höchsten Grade entrüstet gewesen über die Haltung des Zentrums bei den engeren Wahlen. (Sehr richtig! rechts.) Zentrum und Sozialdemokraten, Polen und Welfen waren doch aber die **Gegner des Reichskanzlers am 13. Dezember; gegen sie hat er seinen sogenannten**

Silvesterbrief

veröffentlicht. Dadurch kamen die vier Parteien wider Willen in die gleiche Schlachtordnung. Das Zentrum wird zugeben, daß wir uns im Hauptwahlkampf nichts geschenkt haben, wir sind losgegangen, wie nur zwei Todfeinde aufeinander losgehen können, aber sobald die engeren Wahlen herankamen, war es ganz naturgemäß, daß jetzt die Parteien, gegen die sich der ganze Wahlkampf richtete, zu retten suchen, was zu retten war. Es war also ganz naturgemäß, daß das Zentrum seine eigene Position im Reichstag dadurch nach Möglichkeit zu stärken suchte, daß es eine Oppositionspartei, wie die Sozialdemokratie, unterstützte, wie es auch naturgemäß war, daß wir bereit waren, einen Teil der Zentrumskandidaten zu unterstützen. **Dabei haben wir nicht das allergeringste miteinander gemein.** Das Zentrum steht Ihnen (nach rechts) tausendmal näher, wie uns. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe daher nicht die maßlosen Angriffe, die der Herr Reichskanzler gestern gegen das Zentrum richtete, gegen eine Partei, mit der er in der ganzen Dauer seiner Kanzlerschaft **aufs freundschaftlichste Hand in Hand gegangen ist, der er die ganzen Erfolge seiner Politik zu verdanken hat.** Das Zentrum hat drei Flottenvorlagen bewilligt, zwei Militärvorlagen, hat den Zolltarif durchgebracht, die Handelsverträge gutgeheißen, alle möglichen neuen Steuervorlagen, mehrere hundert Millionen Steuern bewilligt. Es konnte mit Recht sagen: Ich hab' für Dich soviel getan, daß mir zu tun bald nichts mehr übrig bleibt. (Heiterkeit.) Daher ist mir die gestrige Haltung des Reichskanzlers ganz unbegreiflich. Seine Anklagen gegen diese Partei sind **einfach absurd.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben nichts mit den Zielen des Zentrums gemein. Wir sind in sozialpolitischen Dingen häufig gezwungen gewesen, seine Anträge zu unterstützen, um nur etwas zu retten, aber mehr als einmal ist auch die äußerste Linke sowie die äußerste Rechte allein gegangen.

Wenn ein Parlament, wie der deutsche Reichstag, aus einer großen Anzahl von Parteien zusammengesetzt ist, dann versteht es sich ganz von selbst, daß je nach den Vorlagen, die zur Beratung stehen, Kompromisse geschlossen werden. Wir haben im Deutschen Reiche, solange es einen Deutschen Reichstag gibt, mit einem derartigen Zustande zu rechnen gehabt. Herr Abgeordneter Bassermann hat gestern davon gesprochen, daß die **bayrischen Bischöfe die Katholiken in Bayern aufgefordert haben, gegen die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen;** zu meiner Genugtuung haben sich die bayrischen Zentrumsleute von den Bischöfen nicht einschüchtern lassen. Woher rührte überhaupt die Entrüstung der bayrischen Bischöfe? Sie haben vor drei Jahren in Bayern doch auch nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß Katholiken für unsere Kandidaten stimmten! In Bayern haben damals meine Parteigenossen mit dem Zentrum gemeinsame Sache gemacht und die Liberalen im Landtage dezimiert. Das Kompromiß ist damals zustande gekommen zu dem Zwecke, **das Landtagswahlrecht zu reformieren.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Bei dem nächsten bayrischen Wahlkampfe gibt es weder mit den Liberalen noch mit dem Zentrum ein Zusammengehen. Meine Parteifreunde gehen ganz selbständig vor, weil sie selbständig vorgehen können auf Grund des neuen Wahlrechtes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nein, meine Herren, diese ganze Entrüstung ist für Kenner unserer Verhältnisse ohne weiteres als gemacht zu erkennen. Sogar in der Frage, die den Reichstag zur Auflösung brachte, haben wir im Grunde nicht mit dem Zentrum, sondern gegen das Zentrum gestimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben im Reichstage genau nach derselben Taktik verfahren, wie in der Budgetkommission, während das Zentrum einen der Regierung entgegenkommenderen Antrag vertrat. Herr Abg. Bassermann glaubte, gegen meine Partei einen Artikel aus den „Sozialistischen Monatsheften" hier vorbringen zu können. (Zurufe: Es ist das dritte Heft des März.) Herr Abg. Bassermann hat es aber ganz unterlassen, auch auf denjenigen Teil des Artikels hinzuweisen, in dem mein Parteigenosse Calwer seine abweichende Stellung von der im Deutschen Reiche betriebenen Kolonialpolitik klipp und klar darlegt. Die Ausgaben für die Kolonien müssen aus dem **Kapitaleinkommen** gedeckt werden, heißt es in eben diesem Artikel Calwers. Das ist derselbe Standpunkt, den wir haben. Wenn die deutsche Kaufmannschaft das tun will, — sie wird das wohl tun, solange der frühere Direktor der Darmstädter Bank Kolonialdirektor ist (Stürmische Heiterkeit), dann kann es uns ja recht sein.

Der Märchenerzähler Dernburg.

Es heißt in einem Sprichwort: Wem Gott ein Amt gibt, gibt er auch Verstand. Dem Kolonialdirektor Dernburg hat Gott nicht nur Verstand gegeben, sondern auch die nötige Kolonialphantasie. Ich erinnere an die bekannte Geschichte von der verlorenen Dattelkiste, aus der nach Jahren ein ganzer Palmenhain gewachsen ist. (Große Heiterkeit.) Man sollte mit solchen Phantasien doch eigentlich nicht vor ernsthafte Leute treten. Es waren damals lauter ernsthafte, schwerreiche sachverständige Herren, denen Herr Dernburg diese Geschichte erzählt hat. Wer solche Sachen macht, **hat keinen Anspruch mehr darauf, ernstgenommen zu werden.** (Widerspruch rechts und bei den Liberalen, schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich komme nun wieder auf die „Sozialistischen Monatshefte" mit dem von Herrn Bassermann zitierten Artikel Calwers. Alles, was Herr Bassermann vorgelesen hat, wird widerlegt durch die weiteren Ausführungen Calwers, von denen ich eben gesprochen habe, die Herr Bassermann aber nicht vorgelesen hat. Wenn Bernstein und Calwer einen Ihrer Kolonial- und Weltpolitik, wie Sie meinen, so freundlich gegenüberstehenden Standpunkt einnehmen, warum haben Sie denn alles aufgeboten, diese Parteigenossen aus dem Reichstage hinauszuwählen? (Große Heiterkeit.) Es hätte Ihnen doch nichts angenehmeres passieren können, als daß Calwer und Bernstein im Reichstage geblieben wären. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, wenn diese Parteigenossen Sprengpulver für die Partei sein könnten, dann war es im höchsten Grade unklug von Ihnen, daß Sie nicht Ihrerseits diese Männer in den Reichstag wählten, um uns zu ärgern. (Große Heiterkeit. Zurufe.) Natürlich, um uns zu ärgern! Denn warum halten Sie uns ihre Ansichten vor, Sie bilden sich doch ein, daß wir uns darüber ärgern. Ich denke, wenn jemand solche Artikel schreiben kann, ganz ungehindert und das seit Jahren, daß dann am allerwenigsten Grund vorliegt, über den Mangel an Toleranz in der Sozialdemokratie zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bernstein und Calwer sind übrigens wirtschaftspolitisch die schärfsten Gegner, die innerhalb unserer Partei existieren. **Wir** können das aber ruhig vertragen, das hindert uns gar nicht. (Rufe rechts: Na! Na!) Nein, das schadet uns gar nichts, dafür sind Sie selbst ja Zeugen. So gibt es in diesem Hause doch keinen stärkeren Gegensatz, als die Nationalliberalen und das Zentrum. **Wem hat denn das Zentrum den Kulturkampf zu danken, als gerade Ihnen.** (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Es gibt heute noch unter Ihnen eine ganze Anzahl Leute, die sofort wieder bereit wären, in einen Kulturkampf einzutreten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Diese Leute müssen mit aller Gewalt von der Parteileitung bei der Kandare gehalten werden. Wie haben nicht die Herren schiedlich friedlich die ganzen Jahre miteinander gehandelt! **Wenn man Herrn Spahn und Herrn Bassermann sah, so waren sie wie ein Herz und eine Seele.** (Heiterkeit.) Wenn ich diese gegenseitigen Liebenswürdigkeiten bemerkte, so wurde mir immer ganz schwummrig zumute. (Stürmische Heiterkeit.) Denn ich dachte mir, das Ende vom Liede wird sein, **daß unsere Haut geteilt wird.** (Erneute Heiterkeit.) Und das war auch der Plan. Man wollte bei den nächsten Hauptwahlen unsere Haut teilen. Der Abg. Gröber nickt mir zu, man wollte eben den Bären gründlich erlegen, und deswegen haben Sie sich über die Auflösung gefreut, weil der Wahlkampf im Jahre 1907 für Sie noch ein wenig günstiger war. (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Um uns in der Weise, wie es geschehen ist, Mandate abzudrücken, haben Sie

Mandatsschacher

miteinander getrieben. Freilich zeigt sich alles in allem doch wieder, daß Ihre Liebe und Freundschaft (zu Zentrum und Nationalliberalen) nur die **Liebe und Freundschaft von Katze und Hund war.** Innerlich war man noch der alte Feind, und die Feindschaft ist im Wahlkampfe ja auch zum Ausdruck gekommen. Aber doch nicht so sehr, daß man nicht auch Versuche zur Annäherung gemacht hat. So ist mir bekannt, daß in Karlsruhe der **Blockkandidat**, unser ehemaliger Parteigenosse Rechtsanwalt Weill, mit dem Amtmann von Ort zu Ort in den katholischen Dörfern herumgefahren ist und die **katholischen Pfarrer aufgesucht hat, um zu erreichen, daß die Katholiken für ihn stimmten.** Man sieht eben, wenn es sich darum handelt, ein Mandat zu erhaschen, genieren sich die Nationalliberalen vor gar nichts. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Karlchen Mießnickpolitiker.

Und wenn man dem Zentrum Hintertreppenpolitik vorwirft, haben denn die Nationalliberalen nicht auch Hintertreppenpolitik getrieben? Der Abgeordnete Bassermann schüttelt den Kopf. Nun, er denke an jene Zeiten, von denen uns Fürst Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten erzählt, in welchen die **Nationalliberalen für ihre Dienste Ministersessel als Belohnung verlangten,** worauf Fürst Bismarck freilich nur meinte: Ach, die **Karlchen Mießnickpolitiker!** (Lebhafte Heiterkeit.) Wie die Konservativen Hintertreppenpolitik treiben, dafür hat ja Herr v. Kröcher im Wahlkampfe so prächtige Beispiele beigebracht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ueber den **Diebstahl von Briefen** hat man sich gestern so stark entrüstet. Das machte insbesondere der Reichskanzler in einer so unnachahmlichen Weise — ich kann das gar nicht nachmachen. (Lebhafte Heiterkeit.) Nun, ich erinnere daran, daß die **konservative „Kreuzzeitungs"partei** die **Zuchthäusler Lindenberg und Genossen angestiftet hatte, dem künftigen Kaiser von Deutschland Briefe zu stehlen.** (Hört! hört! links.) Haben Sie auch keine Kenntnis davon, daß Bismarck von Petersburg aus, wo er Gesandter war, an seine Verwandten schrieb, er wolle dies und das einem Briefe nicht anvertrauen, denn das Briefgeheimnis sei keineswegs sicher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja auch eine allbekannte Tatsache, daß keine Regierung der Welt ihre Staatsgeheimnisse der Post anvertraut, sondern ihre eigenen Kuriere absendet. Sie haben im vorigen Jahre die

geheimen Fonds

von **500 000 M. auf 1 Million erhöht,** doch nicht, damit unsere Regierung fremden Regierungen damit Komplimente macht, sondern damit sie in die Lage kommt, zu **spionieren** und **Staatsgeheimnisse herauszubekommen mit Hülfe von Leuten, die für Geld das Gefängnis und Zuchthaus riskieren.** (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Diplomatie ist das unsittlichste Handwerk, und am allerunsittlichsten ist die auswärtige Politik. Ich mußte darüber lachen, als Fürst Bülow sich gar so sittlich entrüstete. Sie würden Briefe benutzen, und wenn Sie zehnmal gestohlen wären. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Entrüstung ist nur politische Heuchelei, von der Fürst Bismarck erklärte, daß sie selbstverständlich und notwendig sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter hat der Abg. Bassermann erklärt, das Ausland habe sich über den Ausfall der deutschen Reichstagswahl nicht gefreut. Ich habe einen anderen Eindruck gehabt. Der internationale Geist, der notwendigerweise die Bourgeoisie aller Länder beherrscht, ist zum Ausdruck gekommen, als sie über die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie gejubelt hat. **Die deutsche Sozialdemokratie lastet wie ein Alpdruck auf der Bourgeoisie auch aller anderen Länder.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Neben dem Kaiser von Rußland und dem Kaiser von Oesterreich hat ja auch der König von England, dem man ja wahrhaftig nicht Freundschaft für Deutschland nachsagen kann, seine Freude zum Ausdruck gebracht. Die Interessen der Krone und des Kapitals sind eben international wie andererseits auch die Interessen der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Bassermann hat weiter von dem nationalen Zorn des Volkes gesprochen, der gegenüber der Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen ist. Wenn es einen Redner irgend einer Partei hier im Hause gibt, der in bezug auf Wahlniederlagen **bescheiden** im Angriff sein müßte, dann ist es der Redner der **nationalliberalen Partei.** (Lebhaftes Sehr richtig! und große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. Rufe bei den Nationalliberalen: Wir kommen immer vorwärts!) Nun, **im Jahre 1874 hatten Sie 152 Abgeordnete,** im Jahre 1884 nur 51, 1887 stieg Ihre Zahl auf 99, 1890 sank sie wieder auf 41, also auf weniger als die Hälfte. (Rufe bei den Nationalliberalen: Seitdem aber geht es vorwärts!) Nun, 1893 erhielten Sie 45, 1898 50, 1903 52 Mandate und 1907, nachdem Sie die **konservative Partei und die Agrarier** für sich **eingespannt** haben und nachdem Ihr **Liberalismus vollständig zum Teufel gegangen ist** (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), haben Sie im ganzen **56 Mandate** erhalten. Und der Führer derselben Partei mußte in ganz Deutschland herumwandern, bis er seine Stätte fand, wo er sein Haupt zur Ruhe niederlegen konnte. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) **Das ist eine** so blamable Tatsache, wie sie blamabler nicht gedacht **werden kann.** (Zuruf bei den Nationalliberalen: Wenn es wahr ist!) Wenn Sie das nicht wissen, müssen Sie ja ein **politisches Kind sein.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Betrachten wir uns nun die

„Niederlage der Sozialdemokratie"

einmal etwas näher. Wir hatten 1903 3 010 000 **Stimmen und 81 Mandate, und 1907 haben wir** 3 260 000 **Stimmen und nur 43 Mandate.** Das ist zwar bedauerlich für eine Partei, wenn sie Mandate verliert, **Aber wir sind trotzdem jetzt so munter wie noch nie.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Rufe rechts: Na, na!) Was uns diesmal mit allen Mitteln abgejagt worden ist, das holen wir das nächste Mal wieder. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Rufe rechts: Abwarten!) **Die Tatsache steht fest, daß von den 13 Millionen Wählern Deutschlands jeder vierte Mann ein Sozialdemokrat ist.** (Lachen rechts.) Wenn Ihnen das Vergnügen macht, uns kann es recht sein. Wenn ein gerechtes Wahlsystem bestünde, dann hätten wir 117 Mandate und mit dem Zentrum zusammen die Mehrheit im Reichstag. Man sagt, wir seien **„niedergeritten"** worden. Man habe unserer Partei ein Halt geboten. Darauf antworte ich: Man hat uns weder niedergeritten, uns ist kein Halt geboten! Wir sind noch der stärksten bürgerlichen Partei, dem Zentrum, um 1 Million Stimmen voraus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und die deutsche Sozialdemokratie hat nahezu 400 000 Stimmen mehr, wie der ganze Liberalismus, die Nationalliberalen eingegriffen. Was ist nun in Wirklichkeit das Resultat der Wahlen, wenn man sich die Wahlziffern ansieht? Die Opposition hat nahezu 1 Million Stimmen mehr als der gesamte Hottentottenblock. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen, Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und für meine Partei kann ich sagen: Wir sind mehr als bisher, alle bis zum Letzten entschlossen, unsere ganze Kraft für den Kampf daran zu setzen. (Zurufe rechts: Nur zu!) Wollen Sie den Kampf bald haben, dann nehmen Sie unseren Antrag an, die fünfjährigen Legislaturperioden wieder in dreijährige umzuwandeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 1887 haben Nationalliberale und Konservative gegen Zentrum und Sozialdemokratie die Legislaturperioden verlängert und zwar, weil sie die allgemeinen Wahlen fürchteten. (Lachen rechts.) Der diesmalige Wahlkampf war ein **offizieller Wahlkampf** (Lachen rechts), wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat. Das Reichskanzleramt, das Reichskolonialamt, das Oberkommando der Schutztruppen, alles bis zum letzten Nachtwächter und Polizeidiener beteiligte sich offiziell am Wahlkampf und zwar gegen die Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) **Der Reichskanzler** mag einmal **seine Rede** nachlesen, die er am **24. November 1900** aus Anlaß **der damaligen 12 000 M.-Affäre** gehalten hat. Diese Rede ist der

moralische Totschlag des Bülow von 1907.

Er mag die Rede nachlesen und ein Gefühl der Beschämung bekommen über den Wandel, den er in den sieben Jahren durchgemacht hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das **alles** wahr ist, was der „Bayerische Kurier" behauptet hat, dann muß die **Hälfte** des jetzigen Reichstags wegen **ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen nach Hause geschickt werden.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm und Unterbrechung rechts und bei den Liberalen.)

Wenn in der **Thronrede** gesagt ist, meine Partei verneine **alles** bestehende Gute und Lebenskräftige, so ist es eine **objektive Unwahrheit.** Wir bekämpfen nur das Schlechte und Verderbliche. (Lachen rechts.) Aber derjenige, der in Deutschland das Schlechte und nicht Lebensfähige aufrecht erhält, das ist der Reichskanzler, der Ministerpräsident von Preußen. Noch heute besteht **das Dreiklassenwahlrecht** im preußischen Landtag, noch heute besteht **ein veraltetes Vereins- und Versammlungsrecht,** das allen modernen Ideen Hohn spricht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der **Studtsche Bremserlaß** ist ein Faustschlag ins Gesicht der modernen Kultur. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So etwas ist in einem modernen Staate bisher noch niemals dagewesen; aber Fürst Bülow hat den Erlaß bis auf den heutigen Tag **aufrecht erhalten.** Fürst Bülow hat bei Eröffnung des Herrenhauses eine schöne Rede gehalten, in der er sagte: Deutschland in der Welt voran! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch eine Behauptung, die jeder Wahrheit Hohn spricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Das offizielle Preußen mit dem Ministerpräsidenten Fürsten Bülow an der Spitze ist die Inkarnation alles kulturellen Stillstandes! (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.)

„Schandflecke der deutschen Kultur."

Im Jahre 1905 hat ein französisches Blatt, der „Courrier Européen", eine Enquete veranstaltet bei einer großen Anzahl bekannter europäischer Männer über ihr Urteil bezüglich Deutschlands. Darauf hat u. a. geantwortet der Professor Lombroso, der sich etwa dahin ausdrückte, daß Absolutismus, Antisemitismus, Marinismus und Militarismus **Schandflecke** in dem Charakterbilde des so hochstehenden deutschen Volkes seien, und daher könne ein weiteres Wachsen des deutschen Einflusses im Interesse des menschlichen Fortschritts nicht gewünscht werden. Ein ähnliches Urteil wird gefällt von dem Vizepräsidenten der Royal Society. Und ein Ihnen (zu der Rechten gewandt) sehr nahestehender Mann, ein Oesterreicher, stellt Betrachtungen darüber an, was sich für eine Reform des Verfassungslebens in Oesterreich ermöglichen ließe. Er **warnt** eindringlich davor, sich hierbei Deutschland zum **Vorbild** zu nehmen; das **deutsche Muster in der Gegenwart sei das schlechteste, das es geben könne.** Redner zitiert dann weiter einen Artikel des Professor Harnack im „März". Harnack kommt darin auch auf den „Hauptmann von Köpenick (Stürmische Heiterkeit) zu sprechen und äußert sich hierbei dahin, daß zu dem, was der Verbrecher in der preußischen Hauptmannsuniform fertig gebracht habe, in Rußland schon eine Oberstuniform gehöre. (Große Heiterkeit.)

Die kulturellen Verdienste der Sozialdemokratie.

Unsere Tätigkeit besteht darin, daß wir die bestehende Gesellschaft untergraben und was neues besseres an ihre Stelle setzen wollen. Aber üben Sie (nach rechts) nicht eine solche untergrabende Tätigkeit ebenfalls aus mit Ihren Anträgen, die darauf gerichtet sind, die bestehende Gesetzgebung zugunsten des Mittelstandes oder der Bauern usw. zu ändern. In diesem Sinne ist es vom ersten Augenblick, wo die Sozialdemokratie im Reichstage tätig gewesen ist, unsere Aufgabe gewesen, das Abgestorbene zu beseitigen und Lebensfähiges an dessen Stelle zu setzen. In den ganzen 40 Jahren, in denen die Sozialdemokratie im Reichstage vertreten war, ist von ihr nie ein Antrag eingebracht worden, von dem man behaupten könne, er richte sich gegen das Bestehen der Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern alle unsere Anträge sind darauf gerichtet gewesen, die bestehende Ordnung zu **verbessern.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Marx betont in der Vorrede zur ersten Ausgabe seines berühmten Werkes das „Kapital", daß es darauf ankomme, die ökonomischen Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft zu enthüllen und die Geburtswehen **einer neuen Gesellschaftsordnung abzukürzen.** Die Furcht vor dieser **reformierenden, organisierenden Kulturarbeit** der Sozialdemokratie ist es gewesen, die zu den Wahlrechtsverschlechterungen in Sachsen, Lübeck usw. geführt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Sozialismus ist in Wahrheit der Sauerteig in der bürgerlichen Gesellschaft geworden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Berggesetznovelle!) Ja, die Berggesetznovelle beweist es auch. Es war ein Glück für die Herren, daß sie vor dem preußischen Landtag gemacht wurde, wo es keine Sozialdemokraten gibt. Vor 30, 40 Jahren stand die ganze deutsche Wissenschaft noch auf dem manchesterlichen Standpunkt, und erst das Auftreten Lassalles hat neuen Gedanken zum Durchbruch verholfen. Woher kommt denn der Name: Katheder-sozialisten? Als zum Anfang der siebziger Jahre jene Zusammenkunft der Herren Schmoller, Wagner, Brentano usw. stattfand, da waren es die Herren Bamberger und Eugen Richter, die alten Manchestermänner, die die neue Richtung mit diesem Namen belegten, die da erklärte: **soweit hat die Sozialdemokratie recht, bisher hat sich der Staat nicht um die Arbeiter gekümmert, das muß anders werden.** Seit jenen Tagen hat sich eine völlige Umwandlung in der gesamten deutschen Wissenschaft in bezug auf die Stellung des Staates und der Gesellschaft zu den arbeitenden Klassen vollzogen.

Sozialdemokratie und soziale Gesetzgebung.

Wenn weiter in der Thronrede gesagt wird, die **grundlegenden Gesetze der Arbeiterversicherung** seien gegen den Widerstand der Sozialdemokratie zustande gekommen, so ist auch das eine **historische Unwahrheit.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben keinen Widerstand geleistet, sondern wir haben im Gegenteil diese Gesetze nach Kräften verbessern wollen. Als 1881 das erste Unfallversicherungs-Gesetz vorgelegt wurde, wurde von einem Gegner der Vorlage hervorgehoben, daß das Gesetz auf dem Boden des Sozialismus stehe. Fürst **Bismarck** gab selbst zu, daß damit in die Gesetzgebung ein sozialistisches Element eingeführt sei. Herr **Bamberger** erklärte damals: „Herr Bebel hat im Jahre 1878 bei Gelegenheit eines Antrages auf Reform der Unfallversicherungen eine Rede gehalten, in der er genau die Grundsätze des jetzigen Gesetzentwurfes dargelegt hat. **Die Oekonomie des Gesetzes ist nach den damaligen Ausführungen des Herrn Bebel gestaltet,** und ich weiß wirklich nicht, warum Herr Bebel nicht vortragender Rat in der volkswirtschaftlichen Abteilung des Reichs-Justizamtes ist." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So urteilte damals Herr Bamberger über den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Sozialpolitik des Reiches. Wir haben bereits 1868/69 zahlreiche Anträge zum Wahlgesetz, zur Freizügigkeit, zur Gewerbeordnung eingebracht. Der Reichskanzler erklärte mit Emphase, wir hätten gegen das Krankenversicherungs-Gesetz, gegen das Invaliden- und Altersversicherungs-Gesetz gestimmt. **Widerstand** gegen diese Gesetze hat aber in erster Linie die **deutschfreisinnige Partei** geleistet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) **Sie hat gegen alle drei Gesetze gestimmt,** weil sie mit ihren Grundgedanken nicht einverstanden war. Bei uns war es umgekehrt, wir waren damit einverstanden, aber die Forderungen gingen uns nicht weit genug. Die anderen Parteien können heute auf sozialpolitischem Gebiete auch nicht einen einzigen Antrag einbringen, der nicht von der Sozialdemokratie vorweggenommen ist. Noch in diesen Tagen habe ich mir angesichts der großen Menge von Initiativanträgen gesagt: Jetzt kommen die Herren nach 25, 20 und 10 Jahren und beantragen dasselbe, was sie damals, als es von uns beantragt war, für undurchführbar bezeichnet haben. Fürst Bülow hätte sich, wenn er ein objektives Urteil in die Thronrede hineinbringen wollte, mit den Geheimräten im Reichsamt des Innern in Verbindung setzen müssen. Ich fordere die Herren vom Bundesrat auf, zu sagen, ob es nicht wahr ist, **daß bei der Beratung all dieser Gesetze in den Kommissionen die sozialdemokratischen Abgeordneten die fleißigsten und sachkundigsten gewesen sind.** (Lachen rechts.) Jawohl, die fleißigsten und sachkundigsten! Wir haben alles mögliche aufgeboten, um die Gesetze möglichst brauchbar zu machen. Im Jahre 1886/87 hat der Reichstag auf Antrag des Sozialdemokraten Harm-Elberfeld einen Gesetzentwurf angenommen, welcher die Unterstützung der Familien von Reservisten und Landwehrleuten verlangt. In den Motiven zur Seemannsordnung ist ausdrücklich auf einen Antrag Schwartz Bezug genommen, durch den die Novelle angeregt wird. Das war nicht ein Schwarz aus dem Zentrum, sondern der Schwartz aus der Sozialdemokratie. (Heiterkeit. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von 1903 hat mein Parteigenosse Molkenbuhr, der leider nicht mehr im Reichstage ist, gegenüber dem Herrn Reichskanzler eine ganze Liste von sozialdemokratischen Anträgen aufgeführt, die alle als Grundlage zu Gesetzen gedient haben.

Von dem ersten Arbeiterschutzgesetzentwurf, den wir im Jahre 1884 vorgelegt haben, der ein Reichsarbeitsamt, Arbeitskammern, Einigungsämter usw. verlangte, von dem zehren Sie ja noch heute. Ein ganzer Teil Ihrer Anträge beruht auf diesem Entwurf. Wir haben ihn 1893, 1898 und 1903 wieder eingebracht, ohne daß er jemals ihre Zustimmung gefunden hat, und jetzt nehmen Sie ihn stückweise auseinander und drängeln ihn als Initiativanträge ein. Schon 1898 hat Herr Naumann in seiner „Hilfe" erklärt, der neue Reichstag könne gar nichts besseres tun, als diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben. **Das ist die sogenannte regierende Tätigkeit der Sozialdemokratie!** Weiß etwa der Herr Reichskanzler nicht, daß die Sozialdemokratie für die **Handelsverträge** mit Oesterreich, Rumänien, der Schweiz, Belgien und Rußland gestimmt hat? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiß er nicht, daß, wenn damals nicht die Stimmen der Sozialdemokraten für den **russischen Handelsvertrag** abgegeben worden wären, dieser Handelsvertrag **abgelehnt** worden wäre? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Hört! hört!) **Ist das eine regierende Tätigkeit?** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Weitere positive Arbeit.

Wir haben im vorigen Frühjahre hier einen Antrag eingebracht, der bezwecken sollte, den Frieden in Südwestafrika wiederherzustellen. Die große Mehrheit des Reichstags hat damals dafür gestimmt. Wenn dem Antrage Rechnung getragen worden wäre, so bin ich überzeugt, daß der Aufstand in Südwestafrika **längst beendet** wäre. Wir haben dem Gesetzentwurfe betreffend die **Pensionen im Landheere** und in der **Marine unsere Zustimmung** gegeben. Wir haben ausnahmsweise sogar einem Steuergesetzentwurf zugestimmt, der **Erbschaftssteuer,** weil sie der Anfang einer direkten Reichseinkommensteuer war. So haben wir nach **allen Richtungen hin positive Arbeit** geleistet, und eine **Schuld** an negativem Verhalten trifft nur die **Mehrheit** des Reichstags. Wir haben eben über die Kulturentwickelung und die Aufgaben des Staates ganz andere und höhere Anschauungen als Sie. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Tätigkeit der Sozialdemokratie will ich eine große Reihe von Zeugnissen beibringen. Ich berufe mich zunächst auf das Urteil des Fürsten Bismarck, der 1884, als zwischen der Zentrumspartei und uns ein Streit entstanden war, wer der moralische Urheber der Arbeitergesetzgebung wäre, sagte: Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und keine Furcht vor der Sozialdemokratie, so würden auch die geringen Fortschritte, die wir in der sozialen Gesetzgebung gemacht haben, nicht existieren. Nun, meine Herren, einen urteilsfähigeren Mann in dieser Frage als Fürst Bismarck gibt es nicht! (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Auch die kaiserlichen Erlasse von 1890 beginnen mit der einleitenden Erklärung: Nachdem die Arbeiter der Welt auf ihren internationalen Kongressen die und die Forderungen aufgestellt haben, sehe ich mich genötigt . . . Hier wird also die Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie als die **Ursache** zum Vorgehen in der sozialen Gesetzgebung direkt anerkannt. Von weiteren Ausführungen von Gegnern erwähne ich die des Professors Forel in Genf, man solle sich immer vor Augen halten, welche gewaltigen Kräfte das deutsche Proletariat aufwendet, um seinen Anteil an der Wahrheit und Schönheit der Welt zu erringen. Die Sache der Kultur in allen ihren Formen, in allen ihren Bestrebungen, sei die Sache des Staates. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch Professor Schmoller, ein sehr entschiedener Gegner der Partei, sagt, so sehr er den Sozialdemokraten innerlich feindlich gegenüberstehe, so müsse er doch **ihre Tätigkeit anerkennen und habe vor den sozialdemokratischen Führern große persönliche Hochachtung.** Auch ein dem Zentrum angehöriger Professor sagt, er betrachte die Sozialdemokratie schon lange nach dem, was sie leiste, und sie leiste etwas, indem sie hinter den anderen Parteien her sei und sie zur sozialen Gesetzgebung antreibe. Er leugne auch nicht, daß sie in dieser Richtung energisch auf das Zentrum eingewirkt habe. Weiter führe ich auch einen deutschen Mann an, den badischen Minister Freiherrn v. Schenkel, der 1904 im badischen Landtage ausführte, die sozialdemokratische Partei vertrete eine **durchaus berechtigte Bewegung** und er möchte ihre Vertreter im Hause nicht missen. Die Partei und namentlich eine Anzahl ihrer hervorragenden Führer hätte zum großen Teile Reformen auf sozialem Gebiete erzielt. Die Partei erfülle die wichtige Aufgabe, die unteren Schichten des Volkes nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in **kultureller Hinsicht** zu heben. Weiter führe ich ein Attest politischer Gegner, der sächsischen Lederfabrikanten an, **welches im Jahre 1902 an unseren Parteigenossen Wurm gerichtet war und worin sie ihm für seine Tätigkeit im Reichstage bei den Beratungen des Zolltarifs ausdrücklich gedankt haben.** Aehnliche Zeugnisse haben wir aus den intelligentesten Kreisen Deutschlands. Ich erwähne hier noch das Urteil eines Nationalliberalen, das in der Münchener „Freistatt" im Jahre 1903 erschienen ist. Er spricht davon, daß die unverbrauchten Kräfte der Leute in der Werkstätte dem Vaterlande zu Nutz und Frommen gedeihen werden, und fährt dann wörtlich fort: „Wir sehen nur die Bitterkeit und den Haß und nicht das Große und Gewaltige, das in ihnen schlummert, und doch muß ich sagen, wir haben aus dem Hohnlachen der erbittertsten sozialdemokratischen Abgeordneten **mehr deutsche Kraft und deutschen Mut herausgehört als aus allen Reden der sämtlichen Redner der Ordnungsparteien.** Aehnlich urteilt der Professor Kindermann in Heidelberg. So sprachen eben Leute, welche objektiv über die Sozialdemokratie urteilen, während der Reichskanzler uns als unverständige Toren hinstellt. Professor Gutfleisch in Gießen, der als Abgeordneter Seite an Seite mit uns gekämpft hat, der genau gesehen und gehört hat, was wir gesagt und getan haben, führte am 29. November 1906 in der hessischen Kammer aus, die bürgerliche Gesellschaft leide wohl schwer unter den Angriffen der Sozialdemokratie, aber sie dürfe doch darüber nicht vergessen, was sie ihr verdanke. Vor allem sei die soziale Gesetzgebung in erster Linie der fortgesetzten Tätigkeit der Sozialdemokratie zu danken; die ganze Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invalidenversicherung, die unter dem lebhaften Widerstande eines großen Teiles der bürgerlichen Gesellschaft zustande gekommen sei. Gewiß haben auch die Sozialdemokraten gegen einen größeren Teil der Gesetze gestimmt; aber es ist etwas anderes, ob man bei der Schlußabstimmung gegen ein Gesetz stimmt, weil man nicht so viel erreicht hat, als man will, oder ob man von vornherein gegen das Gesetz ist. Das sind die Urteile von Männern, die mit uns gearbeitet haben, und die von größerem Werte sind als das Urteil des Kanzlers, der nur beweist, daß ihm die ganze sozialdemokratische Gesetzgebung eine terra incognita (unbekanntes Land) ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm bei den Nationalliberalen und den Konservativen.)

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Sie dürfen dem Herrn Reichskanzler nicht vorwerfen, daß er einen wichtigen Teil der Gesetzgebung nicht kennt. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend):

Die soziale Gesetzgebung ist ihm völlig unbekannt, sonst wäre der Passus in der Thronrede über die sozialdemokratische Partei ganz unverständlich. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Und welches Urteil hat Professor Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" nach dem Kampfe gegen die Lex Heinze über die Sozialdemokratie gefällt? Er nennt es eine Niederlage für den deutschen Liberalismus, daß er diesen Sieg nicht aus eigener Kraft habe erringen können, sondern, daß er nur der **Entschlossenheit und taktischen Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken gewesen wäre.** „Kunst, Wissenschaft und Bildung", so schließt Professor Delbrück, „haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie geflüchtet". Dieses Urteil aus dem Munde eines Gegners ist mir tausendmal wertvoller als das Urteil des Reichskanzlers über uns. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Gelächter rechts.)

Ich wende mich nun zu den kurzen Andeutungen der Thronrede über die

auswärtige Politik.

In ihr werden die Beziehungen zu den nicht mit uns verbündeten Staaten gute und korrekte genannt. Das klingt ja ein wenig besser als in der vorigen Thronrede, wo diese Beziehungen nur als korrekt bezeichnet wurden. Im November 1906 fällte Herr Bassermann hier im Reichstage über unsere auswärtige Politik ein geradezu vernichtendes Urteil, das sich vollkommen mit dem deckt, was wir seit Jahren gesagt haben. Ich darf hoffentlich annehmen, daß Herr Bassermann seit dem 13. November des vorigen Jahres bis heute sein Urteil noch nicht geändert hat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Rufe: Na! na!) Und im Oktober des vorigen Jahres war die Unzufriedenheit so groß, daß die „National-Zeitung", wenn die Dinge so weiter gingen, diesem System keinen Pfennig mehr bewilligen wollte. Also das radikalste, was man sich nur denken kann. Im Sommer des vorigen Jahres sagte Herr Paasche auf dem nationalliberalen Parteitag in Schleswig-Holstein — ich wundere mich, daß dieses nationalliberale Gemüt sich zu solchen Aeußerungen aufschwang (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — man solle sich nicht täuschen, trotz aller heißen Bemühungen, ja gerade vielleicht deshalb, befände sich Deutschland in glänzender Isolierung. Er kritisierte sehr scharf die Zustände im Militärwesen und in der Kolonialpolitik und sprach von Cliquenherrschaft und Bevorzugung. Ich freue mich aufrichtig, wenn die Herren von der nationalliberalen Partei so sprechen. Es ist immer wohltuend, Unterstützung gerade von der Seite zu erhalten, von der man es am allerwenigsten erwartet hat. (Große Heiterkeit.) Hoffentlich ist Herr Paasche auch heute noch dieser Meinung, denn an der auswärtigen Stellung Deutschlands hat sich seitdem nichts geändert, hat auch das neueste Geschenk an England, **die Statue des Oraniers,** nichts gebessert. Auch die Stellung Italiens ist dieselbe geblieben. Sehr charakteristisch war die Begeisterung, womit die Aeußerung Locroys in Rom aufgenommen wurde: kein Franzose würde die Dienste vergessen, die Italien seinem Lande in Algeciras geleistet hat. Obwohl Italien noch offiziell im Dreibunde ist, nähern es seine natürlichen Interessen England und Frankreich immer mehr.

So ist denn die allgemeine Situation in Europa:

Es wird weiter gerüstet,

trotz aller Friedenskonferenzen. In diesem Frühjahr soll ja im Haag wieder eine Friedenskonferenz zusammentreten. Haben diese Konferenzen aber irgendwelche Bedeutung? Vor sieben oder acht Jahren wurde im Haag einstimmig eine Resolution angenommen, worin die Vertreter aller Regierungen sich verpflichteten, alles aufzubieten, um den maßlosen Rüstungen und Lasten ein Ende zu machen. Nun, seitdem sind **neue Militär- und Marinevorlagen** von allen Parlamenten bewilligt worden. Jahr für Jahr finden parlamentarische Friedenskongresse statt. Die Herren gehen hin, halten schöne Reden und nachher tritt keiner von diesen Parlamentariern gegen neue Militärvorlagen im eigenen Lande auf. Unser diesjähriger Militäretat sieht ja nur verhältnismäßig kleine Neuorganisationen vor. **Trotzdem können neue Steuern gar nicht ausbleiben.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich kommt eben gar nicht aus. Der Herr Schatzsekretär hat zwar keine neuen Steuern angekündigt. Aber der eigentliche Grund ist nur der: man will nach außen den Eindruck verhüten, daß der mit so großem patriotischen Tamtam gewählte Reichstag seine Tätigkeit damit aufnimmt, daß er neue Steuern bewilligt. Aber, meine Herren, was dieser Session erspart bleibt, muß in der nächsten sicher kommen. Und sollte sogar die Krisis ausbrechen, und damit die Erträge der indirekten Steuern aus den Verbrauchsgegenständen erheblich zurückgehen, dann werden erst recht neue Steuern notwendig sein. Bei der veränderten Stellung, die das Zentrum im Reichstage einnimmt, wird es vielleicht mehr als bisher über die Innehaltung des § 6 des Flottengesetzes wachen, wonach neue Steuern nicht auf die notwendigen Bedarfsartikel der großen Masse gelegt werden dürfen. Wenn das Zentrum fest bleibt in seiner Opposition auch in Steuerfragen, dann werden wir ja das Vergnügen haben, im neuen nationalen Reichstage eine Mehrheit für **direkte Reichssteuern zusammenzubekommen,** eine Mehrheit für die **direkte Einkommen-, Vermögens-** und **Erbschaftssteuer.** Das steht ja auch auf dem **Programm der Freisinnigen.** (Ruf bei den Nationalliberalen: Wir sind auch dafür!) **Bravo! sage ich dann.** (Große Heiterkeit.) Ueber einen reuigen Sünder ist ja immer die größte Freude im Himmel. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Wir sind ja gar nicht solche Menschenfresser. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie mit vernünftigen Reformen kommen, werden Sie immer unsere

Zustimmung finden. Leider geben Sie uns nur so außerordentlich wenig Gelegenheit dazu. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

In seinen Agitationsvorträgen hat der neue Kolonialdirektor, um die Last der Kolonien schmackhaft zu machen, darauf hingewiesen, daß das deutsche Nationalvermögen um 30 000 Millionen in den letzten zwanzig Jahren gestiegen sei. Das ist richtig, und vielleicht bleibt diese Statistik noch hinter der Wirklichkeit zurück. Die besitzenden Klassen Deutschlands haben in den letzten zwanzig Jahren gewaltige Reichtümer aufgehäuft. Deutschlands Reichtum kann sich dem Reichtum Englands jetzt an die Seite stellen. England aber bringt bei 42 Millionen Einwohnern aus der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuer — und erst die Einkommen von 3300 M. an werden besteuert — jährlich die Summe von 1150 Millionen Mark auf. Da kann Deutschland neben den 400 Millionen direkter Steuern, die die Einzelstaaten erheben, doch gut 600 Millionen für das Reich aufbringen. Wie die Vermögen gestiegen sind, das zeigt Essen, wo im Jahre 1895 331 Millionen, jetzt aber 628 Millionen Mark Vermögen versteuert sind. (Rufe: Krupp!) Krupp mag 100 Millionen mehr Vermögen erworben haben, aber er ist es nicht allein, das zeigt schon die Tatsache, daß die Zahl der Zensiten in Essen beträchtlich gewachsen ist.

Jedenfalls steht soviel fest, daß wir heute schon

mindestens 100 Millionen Mark neuer Steuern

mehr brauchen. Die Anforderungen steigen beständig. Aus den Aktenstücken, die der „Bayerische Kurier" veröffentlicht hat, wissen wir ja, mit welchem Eifer die Agitation für die neue Flottenvorlage betrieben wird. Generalmajor Keim hofft, daß Herr v. Tirpitz jetzt endlich keine Angst mehr vor dem Zentrum haben, sondern endlich eine vernünftige Flottenvorlage einbringen wird. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Auch der Reichskanzler scheint ja Angst vor dem Zentrum gehabt zu haben. Ich freue mich nachträglich aus diesen Akten zu ersehen, wie ungeheuerlich nützlich das Zentrum gewirkt hat. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Auch gegen Herrn Bassermann war Herr Keim mißtrauisch. Er hofft aber, daß die Nationalliberalen auch schließlich für eine kräftige Flottenvorlage eintreten würden. Herr Keim ist nach eigenem Geständnis im Reichskanzleramt ein- und ausgegangen und hat den Flottenverein ganz in den Dienst der Wahlagitation gestellt. Dieser angeblich unpolitische Verein hat also eine sehr ausgedehnte politische Tätigkeit entfaltet. Zu dem Fürsten Salm hat der Kaiser ja auch auf dem Hofball gesagt: Die Wahl ist ja vorzüglich ausgefallen, ich freue mich, daß Ihr Flottenverein seine Sache so vortrefflich gemacht hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Oberpräsident der Rheinprovinz Herr v. Schorlemer-Alst hat gewissermaßen offiziell im Flottenverein als Ziel verkündet, die deutsche Flotte müsse den Flotten anderer Länder — also wohl auch der englischen Flotte — ebenbürtig zur Seite treten. Auf dem Alldeutschen Verbandstag hat Graf Reventlow erklärt: Was nicht im Kopf ist, muß in die Beine. Je schwächer unsere auswärtige Politik ist, desto stärker muß unsere Rüstung in Heer und Marine sein. Ein anderer Redner meinte: uns fehlt eine starke Diplomatie, also brauchen wir ein starkes Heer und eine starke Flotte. Und wer war dieser Redner, der ein so ungünstiges Urteil über die diplomatischen Fähigkeiten des Reichskanzlers fällte? Es war der Empfänger des Silvesterbriefes, der General v. Liebert. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Was Herr Dernburg auf seinen Agitationsreisen alles erzählt hat, geht über die Hutschnur. Als Bankdirektor war er ein vernünftiger ruhiger Mann, für Kolonien hatte er garnichts übrig, vielleicht hat er überhaupt garnicht gewußt, daß Deutschland Kolonien besitzt. (Stürmische Heiterkeit.) Als Kolonialdirektor aber begann er, geradezu **Phantasmagorien über die Kolonien zu verbreiten.** Dann scheint er sich aber wieder besonnen zu haben. Vorher hatte er die **weitgehendsten Hoffnungen** über die Aussichten der Kolonien gemacht, in Frankfurt aber sprach er im **tiefen Moll-ton:** Geduld, Geduld! (Heiterkeit.) Nun, wir werden uns freuen, wenn Sie dem deutschen Michel recht wenig Opfer für die Kolonien zumuten.

In der Thronrede wird weiter gesagt, die Sozialpolitik solle wie bisher fortgeführt werden. Nun, wie die Sache steht, habe ich bereits dargelegt. Wir werden die Vorlagen, wenn sie kommen, sachlich prüfen, wenn sie den Arbeitern akzeptabel erscheinen, annehmen, sonst aber wie früher leider ablehnen müssen! Aber es ist doch sehr charakteristisch, daß in demselben Augenblick, wo die Thronrede die Fortführung der Sozialpolitik ankündigt, ein Teil der konservativen Presse ein großes Geschrei darüber erhebt, daß man im Automobiltempo Sozialpolitik betreibe. Als wenn schon je das Deutsche Reich Sozialreform im Automobiltempo gekannt hätte! Nun wir sehen mit großem Vergnügen den sozialpolitischen Verhandlungen des Reichstags entgegen. Glauben Sie ja nicht, daß wir irgendwie ernstlich betrübt sind, daß die Dinge so gekommen sind. (Lachen rechts.) Jetzt können Sie ja Ihre Mittelstandspolitik treiben, wie Sie wollen. Sie haben es ja freilich in all den Jahren schon gekonnt, und doch geht es dem Mittelstande nach Ihrem eigenen Geständnis schlechter wie je. Sie werden mit all Ihren Gesetzen nicht erreichen, daß dem Mittelstande geholfen wird, auch nicht wenn Herr Pauli-Potsdam ins Reichsamt des Innern berufen wird. (Heiterkeit.) Der Mittelstand kann gegen den Großkapitalismus nicht aufkommen (Zuruf rechts: den Sie unterstützen!) Nein, Sie unterstützen ihn. (Zuruf rechts: Börsensteuer!) Fragen Sie nur die Börsenleute, ob nicht auch die Folge der Börsengesetzgebung gewesen ist, daß drei Viertel der Bankiers aufgehört haben, existenzfähig zu sein. — Der heute herrschende Geist der Sozialreform, der auch 1907 kein anderer werden wird, ist charakterisiert durch den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der einstimmig verurteilt worden ist von der gesamten deutschen Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Parteistellung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die intelligentesten Arbeiter die rechtlosesten Heloten!

Ich erinnere den Reichskanzler an den Teil seines Silvesterbriefes, in dem er sagt, der deutsche Arbeiter sei der intelligenteste der Welt. Wenn das Ihre Ueberzeugung ist, ist es Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesen intelligentesten Arbeiter so zu behandeln wie der minderintelligenteste in den anderen Ländern behandelt wird. Wir verlangen für diesen Arbeiter das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an, wir verlangen für ihn dasselbe Maß von Recht und Freiheit, das er in den anderen Ländern der Welt, in der Schweiz, in Belgien, in England genießt. Der Phrasen sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen uns nicht mit lauter schönen Versprechungen hinhalten lassen. Der Kanzler hat uns gestern erzählt, an was alles er denkt, er denkt an das, er denkt an das, er denkt an das, aber Taten wollen wir sehen, und wir wollen hoffen, daß die Taten dem Zustand entsprechen, in welchem seiner Meinung nach der deutsche Arbeiter sich befindet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen eine Sicherung des Koalitionsrechtes gegen polizeiliche Schikanen, wir verlangen die gleiche Behandlung des Arbeiters mit dem Unternehmer, beide sollen mit gleichem Maße gemessen werden. Wir verlangen, daß der Arbeiter, der von seinem staatsbürgerlichen Rechte Gebrauch macht und streikt, Schutz gegen die Arbeitswilligen findet, die ihn in den letzten Jahren mit Mord und Totschlag bedroht haben. (Lauter Lärm und Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Das ist in Köln, in Nürnberg, in Berlin geschehen. Streikende Arbeiter sind getötet worden, ohne daß eine entsprechende Sühne eingetreten ist. (Lärm und Widerspruch bei den Konservativen und Nationalliberalen; lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben Polizei, Staatsanwälte und Gerichtshöfe, ohne daß eingegriffen wird; nur wenn ein streikender Arbeiter sich das geringste zuschulden kommen läßt, dann treffen ihn die allerschärfsten Strafen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß die Klassenjustiz beseitigt wird, wir wollen nicht, daß auf der einen Seite die äußerste Strenge, auf der anderen die äußerste Milde Platz greift. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe im vorigen Jahre hier einen Fall schwerer Urkundenfälschung zur Sprache gebracht, die der Kriminalkommissar Höhne begangen hat. Bis heute ist hierauf noch nicht das geringste erfolgt. In Breslau ist dem Arbeiter Biewald die Hand abgehackt. Der schuldige Polizist ist bis heute noch nicht entdeckt, obwohl in Breslau mit Fingern auf ihn gezeigt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueberall sehen wir ungleiche Behandlung, und dagegen protestieren wir auf das stärkste. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen ferner ein Berggesetz, das einen Bergarbeiterschutz bringt. Diesen Arbeitern, die den schwersten Kampf führen, muß endlich ein Schutz zu teil werden. Wir verlangen für sie eine Organisation, welche die Arbeiterinteressen nach allen Richtungen hin in voller Freiheit und Unabhängigkeit wahren kann. Weiter verlangen wir gleiche politische Rechte ohne Unterschied des Geschlechts und ohne Ansehen der Person. Wir verlangen freie Betätigung der politischen und religiösen Ueberzeugung und schwere Strafe für den, der jemanden wegen seiner politischen und religiösen Ueberzeugung maßregelt. Wir verlangen die freie Betätigung der Ueberzeugung auch für den Beamten. (Zuruf rechts: Auch für den kleinen Geschäftsmann!) Im Namen meiner Partei erkläre ich, daß wir es auf das allerentschiedenste mißbilligen, wenn Leute wegen ihrer politischen Gesinnung boykottiert werden. (Zurufe und Lärm rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn ein solcher Boykott von Seiten meiner Parteigenossen ausgeht, so mißbillige ich das ebenfalls. (Lärm rechts.) Wie aber verfahren Sie? Sie verlangen, daß kein sozialdemokratischer Arbeiter von einer Kommune beschäftigt wird, daß kein sozialdemokratischer Gewerbetreibender von einer Gemeinde irgend ein Stück Arbeit bekommt. Kein Gewerbetreibender, welcher der Sozialdemokratie angehört, erhält vom Bund der Landwirte und seinen Mitgliedern ein Stück Arbeit. In Gera haben Sie einen öffentlichen Aufruf erlassen, in dem Sie verlangen, daß jeder Gewerbetreibende boykottiert wird, der in sozialdemokratischen Blättern annonciert. In Sachsen wurde ein Parteigenosse von mir, der Gemeindeältester werden sollte, gezwungen, aus dem Konsumverein auszutreten, sonst würde er nicht bestätigt werden. Auch ich war ein kleiner Gewerbetreibender und weiß, was für Maßregeln gegen sozialdemokratische Gewerbetreibende in Sachsen Ende der sechziger Jahre verhängt wurden. Als ich zum erstenmal als Sozialdemokrat auftrat, hat mir die sächsische Eisenbahnverwaltung sofort ihre Lieferungen entzogen. Wenn es darauf ankommt, abzuwägen, auf welcher Seite am meisten mit dem Boykott gesündigt wird, so wiegt Ihre Schale zehntausendmal schwerer. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir wollen die höchste Hebung der geistigen und politischen Bildung, auf diesem Gebiet geht keine Partei so weit wie wir. Wir wollen ein Staatswesen, das auf der Höhe der Kultur steht (Lärm rechts und bei den Nationalliberalen), wir wollen, daß Deutschland in der ganzen Welt geachtet da steht. (Lärm und Widerspruch rechts.) Der preußische Junker ist die reaktionärste Klasse der Welt. (Lebh. Beifall bei den Soz., Lärm rechts.) So lange in Deutschland ein Junkertum existiert, so lange das Junkertum in Deutschland einen maßgebenden Faktor bildet, ist an einen ernsthaften Fortschritt überhaupt nicht zu denken. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokratie.) Aber trotzdem muß es vorwärts gehen, vorwärts auf allen Gebieten, trotz alledem, unser die Zukunft! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts, das von erneutem stürmischen Beifall bei den Sozialdemokraten übertönt wird.)

Reichskanzler Fürst Bülow:

Mit Bezug auf eine Anfrage, die der Abg. Bebel im Laufe seiner Ausführungen über irgend welche Wahlbeeinflussungen durch die Regierung während des Wahlkampfes angekündigt hat, will ich schon jetzt aufs entschiedenste und unzweideutigste erklären, daß während der Wahlbewegung aus amtlichen Fonds für Wahlzwecke nicht ein roter Heller ausgegeben worden ist. (Bravo! rechts.) Im übrigen weiß jedes Mitglied dieses hohen Hauses, daß ebenso wie zum Kriegführen auch zu einer Wahlcampagne Geld gehört. Ich habe mich deshalb für die Bildung eines Komitees interessiert, welches für die Minderheitsparteien vom 13. Dezember Geld gesammelt hat. (Hört! hört! b. d. Soz. u. i. Zentrum.) Das zu tun, ist mein gutes Recht, und von diesem meinem guten Rechte habe ich Gebrauch gemacht. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Die gesammelten Gelder sind übrigens nicht durch mich, sondern durch Vertrauensmänner der Parteien verteilt worden. Ich habe Wünsche einzelner Geldgeber entgegengenommen und im einzelnen Falle haben auch Anregungen, die mir zugegangen waren und von mir an die Verteilungsstelle übermittelt wurden, Berücksichtigung gefunden. Im übrigen gehe ich auf die Ausführungen des Abg. Bebel über die Wahlbeeinflussungen heute nicht ein, da ich sie gestern schon im voraus widerlegt habe. (Heiterkeit.) Höchstens kann ich seine Ausführungen dankbar quittieren als Beweis dafür, daß die Regierung bei diesen Wahlen nicht geschlafen hat, sondern auf ihrem Posten war und ihre Schuldigkeit tat. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Nun, meine Herren, hat der Abg. Bebel auch gemeint, daß die Sozialdemokratie eine vorzugsweise, wenn nicht lediglich reformatorische Tätigkeit entfalte. Er hat den Vorwurf weit abgewiesen, als ob die Sozialdemokratie destruktiv sei. Das hat mich gewundert, da im Laufe derselben Rede der Herr Abg. Bebel uns in Aussicht gestellt hatte, daß er heute nur Dinge sagen werde, die er absolut beweisen könne. (Stürmische Heiterkeit. Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Bebel hat jedenfalls schon vergessen, daß er noch vor wenigen Jahren auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Dresden, wo er frei von der Leber sprach, sich den Todfeind der bestehenden Gesellschaftsordnung nannte und nicht eher ruhen und rasten wollte, als bis er diese wirtschaftliche Ordnung zerstört und vernichtet hätte. (Hört! hört! rechts und bei den Liberalen, Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Der Abg. Bebel huldigte dann dem Andenken des verewigten Fürsten Bismarck, indem er sagte, Fürst Bismarck habe der Sozialdemokratie immer objektiv gegenüber gestanden. Ich konstatiere zunächst, daß diese Huldigung des Abg. Bebel für meinen großen Amtsvorgänger etwas spät kommt. (Große Heiterkeit rechts und bei den Liberalen.) Wenn aber der Abg. Bebel mir vorgeworfen hat, ich nähme Partei gegen die Sozialdemokratie, so erwidere ich darauf, daß so lange die Sozialdemokratie die Monarchie bekämpft, welche die Grundlage unserer Verfassung ist, jeder Minister, der seine Schuldigkeit tut, Partei nehmen muß gegen die Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Das hat der Fürst Bismarck getan und das wird jeder seiner Nachfolger tun.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abg. Bebel weiter gemeint, sobald die Rede auf die Sozialdemokratie käme, oder sobald ich sie vor mir sähe, würde ich nervös. Ach du lieber Himmel (große Heiterkeit), ich nehme die sozialdemokratische Gefahr ernst, ich nehme sie sehr ernst, aber nervös macht sie mich gar nicht. Nun hat der Abg. Bebel nach meinem Gefühl in etwas kurzen und verlegenen Wendungen sich beschäftigt mit der schweren Wahlniederlage, welche die Sozialdemokratie erlitten hat. Er hat sich bemüht, diese Niederlage abzuschwächen, er hat sich bemüht, die Niederlage zu beschönigen, die unter seiner Führung die sozialdemokratische Armee erlitten hat. Geschlagene Feldherren pflegen sich ja verschiedenartig zu benehmen. (Heiterkeit.) Entweder sie hüllen sich in Schweigen und das ist wohl das würdigste. (Erneute Heiterkeit.) Oder aber sie bringen sich selbst um wie der alte Cato. (Große Heiterkeit.) Oder aber die Niederlage erhöht noch ihre Redseligkeit. Ich glaube nicht, daß diese in einem gewissen Sinne gereizte Redseligkeit in diesem Fall einen allzu großen Eindruck machen wird über die Partei des Herrn Bebel hinaus oder vielmehr über die nächste persönliche Anhängerschaft des Abg. Bebel hinaus. (Sehr gut! rechts und bei den Liberalen. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Niederlage, die die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen erlitten hat und mit der ich mich noch eingehender beschäftigen werde wie der Abg. Bebel (Heiterkeit), war wohlverdient. (Zustimmung rechts.) Sie war die Strafe für vorhergegangene Großsprechereien. (Heiterkeit.) In Hamburg hatte Abg. Bebel gesagt, bei diesen Wahlen sollten die Liberalen zerrieben werden. Mir scheint, der Liberalismus befindet sich noch ganz wohl. (Sehr richtig! b. d. Nationallib. und Freisinnigen.) In einer Entrevue mit dem Vertreter eines ausländischen Blattes, eines jener deutschfeindlichen Blätter, die bei sich zu Hause die Sozialdemokratie wie die Pest hassen, sie bei uns aber hätscheln und streicheln (Lachen bei den Sozialdemokraten), — in einer Entrevue mit dem Vertreter eines solchen Blattes, der „Daily Mail", erging sich Abg. Singer in kühnen Zukunftshoffnungen. (Heiterkeit.) Alle offiziellen und offiziösen Organe der Sozialdemokratie sprachen von einem großen Erfolge. Aber Hochmut kommt vor den Fall! (Sehr gut! rechts, bei den Natl. und den Freis.) Die Bravorufe, mit denen Sie (zu den Sozialdemokraten) mich begrüßten, als ich hier die Auflösung des Reichstages verkündete, das Händeklatschen, der donnernde Applaus waren verfrüht. Diesmal kam es anders herum. (Heiterkeit.) Die Niederlage war auch wohl verdient, weil sie die Strafe war für eine engherzige Dogmatik. (Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten; laute Rufe rechts: Ruhe! Zurufe bei den Sozialdemokraten: Seien Sie doch ruhig!) für einen kleinlichen, fanatischen Geist, der gegen alle anders Denkenden wütete, und der trotz allem Gerede von der Kulturhöhe an der Schwelle des 20. Jahrhunderts (Lachen rechts.) eine Gesinnungsschnüffelei betrieb, eine geistige Knechtung vorbereitete, wie sie die Welt kaum im Mittelalter gesehen hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glauben Sie ja selbst nicht, was Sie da reden!) Selbst der Parteigenosse Jaurès mußte sich gegen den intoleranten Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie wenden, und Herr von Vollmar nannte den Abg. Bebel den neuen Oliver Cromwell, ein sozialdemokratisches Blatt verglich den Abg. Bebel mit Julius Cäsar. (Stürmische Heiterkeit.) Soll ich Sie an das Gericht in Dresden erinnern, an die Art und Weise, wie die sechs armen Redakteure des „Vorwärts" an die Luft gesetzt worden sind? (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! rechts und bei den Liberalen.) Eine demokratische Partei — und der Abg. Bebel hat eben betont, daß die sozialdemokratische Partei vor allem eine demokratische Partei sei — mit autokratischer Spitze und Führung. Das ist eine Contradictio in adiecto. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch wohl verdient, weil sie die Strafe war für die politische Kampfesweise, wie sie so brutal die Welt noch nie gesehen hat. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich habe in der Kundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der sogenannten Trostepistel (Heiterkeit.) gelesen, künftighin würde der Ton der Sozialdemokratie ein feinerer werden. Ich will es abwarten.

Jedenfalls bisher war es einfach fürchterlich. Ich bin viel herumgekommen im Auslande, ich entsinne mich aber nicht, irgendwo derartige Rüpeleien erlebt zu haben, wie sie, namentlich seit dem Dresdener Parteikongresse, die sozialdemokratische Presse in unserem früher anständigen, vornehmen, von idealistischem Schwunge getragenen öffentlichen Leben einzubürgern sucht. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Das ist eine logische Entwickelung: Aus dem Hasse geboren, mußte die sozialdemokratische Presse beim Sauherdenton anlangen. (Sehr richtig! rechts.) Aber nicht nur die Monarchie und die Armee, nein, das Vaterland, die Nation, alles, was der großen Mehrheit des Volkes heilig und teuer ist, hat sie mit Wut und Ingrimm verfolgt. Dieser Tonart ist die Sozialdemokratie auch in diesem Wahlkampfe treu geblieben. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann es ohne Uebertreibung sagen: Wie ein Indianerstamm auf dem Kriegspfade (Große Heiterkeit rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten) ist sie in diesen Wahlkampf gezogen und hat Unglaubliches geleistet. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Reichsverband!) nicht nur hinsichtlich der Herunterziehung nationaler Empfindungen und Gefühle, sondern auch in der Beschimpfung der Gegner. Aber auch in anderer Beziehung hat bei diesem Wahlkampfe die Sozialdemokratie sich selbst übertroffen. Da Herr Bebel eine ganze Reihe von Zeitungsausschnitten vorgelesen hat, möchte ich einen ganz kurzen Ausschnitt verlesen aus einem bürgerlich-demokratischen Blatte, der „Frankfurter Zeitung". Sie schrieb am 5. Februar: „Die hiesige Sozialdemokratie hat im Wahlkampf von den verwerflichsten Mitteln der Fälschung und Verleumdung ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ihren Fälscherkunststücken setzt sie am heutigen Stichwahltage die Krone auf. Heute vormittag verbreitet sie ein Flugblatt unter der Stichmarke „Stimmenkauf", wonach vor dem Wahllokale des ersten Wahlbezirks einem Tapezierer zehn Mark geboten worden seien, wenn er für Oeser stimmte. Diese freche Lüge wird in das rechte Licht gerückt dadurch, daß dieses Flugblatt bereits gestern abend gedruckt war. (Hört! hört! rechts; Unruhe und wiederholte Rufe: Unwahr! bei den Sozialdemokraten.) Die „Frankfurter Zeitung" schreibt, sie sei auf Grund zuverlässigster Informationen in der Lage, den Nachweis für ihre Behauptung zu erbringen. (Erneute Zurufe! Unwahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie, mich nicht fortwährend zu unterbrechen, ich habe Sie auch nicht unterbrochen, Herr Bebel. Das Flugblatt charakterisiert sich dadurch als eine Schurkerei. Unterzeichnet ist das Fälscherprodukt: „Das sozialdemokratische Wahlkomitee. J. A.: Wilhelm Dittmer." Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber weiter die gerechte Strafe für den so rücksichtslos geführten Klassenkampf, für die Gehässigkeit ihrer Taktik, ihrer Verhetzung, sie war wohl verdient wegen der terroristischen Art und Weise der Sozialdemokratie, ihrer Einschüchterungs- und Unterdrückungspolitik, wegen ihrer despotischen, terroristischen Allüren.

Gegenüber dem, was uns eben Herr Bebel erzählt hat über Exzesse von Arbeitswilligen Streikenden gegenüber, will ich doch erinnern an die Exzesse, die von sozialdemokratischer Seite bei und nach den Wahlen so vielfach verübt worden sind. Ich erinnere nur an die tief bedauerlichen Vorgänge in Bremen, Anhalt, Magdeburg. Diese Exzesse waren getrieben von demselben terroristischen Geist. Ich hoffe, daß die Anhänger der bestehenden Ordnung der Dinge, die „Ordnungslümmel", wie sie die sozialdemokratische Presse geschmackvoll genannt hat (Heiterkeit rechts), solchen Exzessen fest und mutig die Stirne bieten werden. (Bravo! rechts.) Ich erwarte, daß die Behörden ihre Schuldigkeit tun werden (Lebhaftes Bravo rechts), und daß sie die öffentliche Ordnung und die Freiheit der Bürger gegenüber dem sozialdemokratischen Terrorismus mit Energie schützen werden. (Erneutes lebhaftes Bravo rechts.)

Die Niederlage der Sozialdemokratie war weiter wohlverdient, weil sie die Strafe war für die von ihr betriebene Verneinungs- und Nörgelpolitik. Nun hat sich Herr Abg. Bebel jetzt bemüht, hinzuweisen auf eine Reihe von Fällen, aus denen das Gegenteil hervorgehen soll. Er beruft sich aber doch im wesentlichen nur auf Anregungen, die von der Sozialdemokratie ausgegangen sind. Ja, meine Herren, weshalb diese Anregungen? Sie waren doch im wesentlichen dadurch charakterisiert, daß die Sozialdemokratie Forderungen aufstellte, die in diesem Umfange niemand befriedigen kann, daß sie Wünsche erweckte, die völlig zu befriedigen niemand gegeben ist. (Sehr wahr! rechts.) Wenn aber die verbündeten Regierungen aus solchen phantastischen oder perfiden Forderungen einen vernünftigen, gesunden, realisierbaren Kern ausschnitten, so hat die Sozialdemokratie fast immer dagegen gestimmt. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie war ja von Anfang mehr auf die Kritik, auf das Negative als auf das Positive angelegt. Ich erinnere mich, einmal gesagt zu haben: Kritik Ia, positive Leistungen Vb. (Heiterkeit.) Aber dieser kritische Zug hatte sich namentlich bei den Führern der Sozialdemokratie gerade in den letzten Jahren immer mehr herausgebildet und verstärkt. Namentlich seit dem Dresdener Parteitag, seit dem Jungbrunnen des Herrn Bebel. (Heiterkeit rechts.) Seit dem damals erfolgten Untertauchen des Revisionismus durch Herrn Bebel trat das deutlich zutage. Gewiß, es hat eine Zeit gegeben, da

konnten Hoffnungen, ernsthafte Hoffnungen auf den Revisionismus gesetzt werden. Ich selbst bin vielleicht von solchen Hoffnungen nicht ganz frei gewesen. Aber da kam der Tag von Dresden, der große Kotau des Revisionismus, da klappte der Revisionismus zusammen wie ein Taschenmesser, da war es aus mit dem Revisionismus.

Die deutsche Sozialdemokratie hat mutwilligerweise Streiks hervorgerufen, sie hat mit der Idee des Massenstreiks, mit der Idee der Revolution ein frivoles, ruchloses Spiel getrieben, sie ist immer fanatischer, terroristischer, immer kulturwidriger geworden. So lange Sie sich in dieser Beziehung nicht wandeln, ist kein Paktieren, keine Verständigung mit Ihnen möglich.

Und, meine Herren, die Niederlage der Sozialdemokratie ist wohlverdient aus einem Grund, den einer der guten Köpfe der Sozialdemokratie, Herr Schippel, in einem Artikel hervorgehoben hat, der mir vor einigen Tagen vorgelegt worden ist. In diesem Artikel wird die Wahlniederlage namentlich zurückgeführt auf, wie sich Herr Schippel ausdrückt, die Unwahrhaftigkeit in der Agitation der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie habe erklärt, der Zolltarif würde niemals zustande kommen — er ist zustande gekommen, sie habe erklärt, auf der Basis dieses Zolltarifes ließen sich keine Handelsverträge abschließen, wir haben sie abgeschlossen, unser Wohlstand steigt, unsere Industrie blüht. Herr Schippel meint, daß viele Wähler ein solches Geflunker allmählich satt geworden seien.

Und die Niederlage der Sozialdemokratie war endlich wohlverdient wegen der unpatriotischen Haltung, in die sich die deutsche Sozialdemokratie leider, leider mehr und mehr verrannt hat. Nur die deutsche Sozialdemokratie stellt die internationalen Ideale über die nationalen, nur der deutschen Sozialdemokratie fehlt bedauerlicherweise noch immer jeder Sinn für nationale Bedürfnisse und Forderungen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie aller anderen Länder steht mit verschwindenden Ausnahmen in großen nationalen Fragen zu ihrem Volke. Wann hat je ein namhafter ausländischer Sozialdemokrat erklärt, daß das Vaterland nur dann von der Sozialdemokratie verteidigt werden könne, wenn das Parteiprinzip das zulasse. Glauben Sie, daß Jaurès, Millerand, Turati je so etwas sagen würden? Nie und nimmermehr! Aber das war der Sinn mancher Ausführungen, die wir hier von dem Herrn Abg. Bebel in früheren Jahren gehört haben. Das nenne ich eben unpatriotisch und vaterlandslos, wenn man die Partei über das Vaterland stellt, wenn man dem Vaterlande ein Sedan und Jena wünscht, vorausgesetzt, daß die Partei dabei prosperiert. Erst vor wenigen Tagen ist mir ein Artikel des „Vorwärts" vorgelegt worden, in welchem uns insinuirt wurde, daß wir nur deshalb Südwestafrika hielten, um von dort aus englischen Besitz in Südwestafrika zu bedrohen. Diese Insinuation des „Vorwärts" ist nicht eine niederträchtige Verleumdung (Unruhe bei den Sozialdemokraten), sondern heller Unsinn. Niemals haben solche Absichten bestanden, niemals werden sie bestehen. Daß aber derartige Absichten uns angelogen werden, daß man dadurch gegen uns im Auslande Mißtrauen zu erwecken sucht und uns dadurch das Ausland auf den Hals zu hetzen sucht, das nenne ich verwerflich. (Bravo! rechts.) Auf solche Manöver, auf solche Quertreibereien ist es auch zurückzuführen, daß im Auslande hier und da der Sieg der nationalen Parole bei den Wahlen als eine Bedrohung des Friedens aufgefaßt worden ist, während doch in Wirklichkeit die berechtigten Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens und guter Beziehungen zu allen anderen Mächten dadurch gekräftigt und befestigt werden. (Bravo! rechts.) Ich sehe sie zunächst mit dem Herrn Bassermann darin, daß klar zutage getreten ist, daß die Sozialdemokratie nicht, wie das gewisse Bonzen der sozialdemokratischen Lehre behaupteten, mit Naturnotwendigkeit steige, daß sie, was man auch dagegen unternehmen möge, mit elementarer Gewalt alles überschwemmen müsse. Nein, nein und dreimal nein! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich auf sich selbst besinnt, wenn sie ihre Reihen schließt und die zum Schutze der Freiheit und der Kultur nötigen Dämme und Deiche aufführt, dann müssen die trüben Gewässer der Sozialdemokratie weichen, sie gehen zurück nicht nur in den ländlichen Distrikten, sondern auch in den großen Städten. Ich hoffe, daß bei den nächsten Wahlen Karlsruhe Stuttgart, Mainz und Nürnberg das erreichen werden, was Leipzig, Frankfurt (Zuruf: Breslau!), Breslau (Zuruf: Elberfeld), Elberfeld (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) [Zurufe: Königsberg! Erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten], Königsberg, dank dem Bürgersinn, dank der Tapferkeit und Einigkeit der Bürger erreicht haben. Ich hoffe, daß Lübeck und Hamburg dem ruhmvollen Beispiel von Bremen folgen werden. (Lebhaftes Bravo! beim Kartell. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und wenn es überall helle wird, dann wird ja hoffentlich Berlin nicht allein im Dunkel bleiben. (Große Heiterkeit. Bravo! beim Kartell.) Gewiß, nichts würde falscher sein, als wenn wir uns der Illusion hingeben wollten, als wäre die sozialdemokratische Gefahr dauernd und ganz überwunden. (Sehr richtig! rechts.) Das wäre eine verhängnisvolle Illusion. Diese Gefahr ist nur suspendiert, nur gebannt, so lange das Bürgertum einig ist und so lange es auf dem Posten bleibt. (Sehr richtig! rechts.) Wir dürfen es nicht machen wie die alten Deutschen, die, wenn sie gesiegt hatten, nachher auf dem Bärenfell und vor dem Methorn alles vergaßen; dann kamen die Feinde, überfielen sie und besiegten sie schließlich doch. Wir müssen wach bleiben. Ich hoffe vor allem, daß die bürgerlichen Parteien weiter ausbilden und ausbauen werden die Organisationen für den Wahlkampf, die sie sich jetzt endlich geschaffen haben. (Bravo! rechts.)

Und was ich noch ganz besonders betonen will, das ist, daß dieser Kampf nicht dem deutschen Arbeiter galt, sondern er galt der politischen, der revolutionären Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Das werden die verbündeten Regierungen, das werden die bürgerlichen Parteien, das wird dieses hohe Haus dem deutschen Arbeiter beweisen durch die Fortführung jener Sozialpolitik, in der Deutschland bis heute noch allen anderen Ländern vorausgeht. Die deutsche Sozialdemokratie teilt die ganze moderne Gesellschaft ein in zwei große Lager: das Lager der Bourgeoisie und das Lager des Proletariats, zwischen denen eine unüberbrückbare Kluft bestehe, zwischen denen ein unversöhnlicher Klassenkampf unvermeidlich sein soll. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie ja auch! Rufe rechts: Nein!) Ich behaupte zunächst, daß die Annahme, als ob die Gegensätze zwischen reich und arm, zwischen Gebildeten und Ungebildeten sich immer verstärkten, irrig ist. Ich behaupte, daß die Doktrin von der Unüberbrückbarkeit dieser Gegensätze, von der Unversöhnlichkeit zwischen Arbeitern und Kapital, von der Unvermeidlichkeit und Unversöhnlichkeit des Klassenkampfes durch die tatsächliche Entwickelung der Dinge widerlegt wird. Die mittlere Schicht, die sich zwischen den beiden Polen gebildet hat und sie in geistiger wie in materieller Beziehung einander nähert, ist in der Zunahme begriffen. Ich glaube, daß, wenn auch erst nach langen schweren Kämpfen, der Tag kommen wird, ja er wird kommen, — wo Kopf und Hand einträchtig zusammengehen und wo wir auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken werden, wie ein Genesender zurückblickt auf eine schwere Krankheit, oder wie der Erwachende zurückblickt auf einen wüsten Traum. (Stürmisches Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Abg. Frhr. v. Richthofen (k.). (Anfangs bei der großen Unruhe auf der Tribüne nicht verständlich.) So lange die Sozialdemokratie an ihren Grundprinzipien festhält, muß sie von allen bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme bekämpft werden. Wahlbündnisse anderer Parteien mit der Sozialdemokratie werden in meiner Heimat Schlesien überhaupt nicht verstanden. (Beifall rechts.) Die Fortführung der Sozialpolitik wollen auch wir, doch soll sie auch dem Mittelstande zugute kommen. Die Thronrede hat den Dank des Kaisers an die tapferen Kämpfer in Südafrika zum Ausdruck gebracht; ich will ihnen als Vertreter des Volkes den Dank der Nation ausdrücken. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Leider hat der Reichskanzler sich über unsere handelspolitischen Beziehungen zum Auslande nicht ausgelassen.

Von allen großen Parteien des Hauses hoffen wir, daß sie bei den nationalen Aufgaben des Reiches mitarbeiten. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: 1. Beratung eines schleunigen Antrages Albrecht und Genossen (Soz.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Stücklen schwebenden Strafverfahrens. 2. Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 5½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung. Dienstag, den 26. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. **Macco** (natl.) bespricht unter Bezugnahme auf die gestrige Rede des Oberberghauptmanns die Preispolitik des Bergfiskus. Wo der Fiskus allein sei, nehme er stets die höchsten Preise. (Beifall.)

Minister Dr. **Delbrück**: Was die Aufstellung des Etats anbetrifft, so läßt es sich bei dem bisherigen Rechnungsmodus nicht vermeiden, daß die ersten Neuanlagen auf die ordentlichen Ausgaben gerechnet werden. — Der Abgeordnete Macco hat nach den Ursachen der minderen Erträge in den Staatsbetrieben geforscht. Es ist richtig, daß zum Teil der Umstand daran schuld ist, daß die Privatindustrie uns unsere tüchtigsten Beamten wegengagiert. Aber wir können den Gehältern der Privatindustrie nicht folgen; der Staatsbeamte hat viele Annehmlichkeiten und Vorrechte, die nicht mit Geld bezahlt werden können. Wen das nicht hält, den können wir mit Geld nicht halten. Beschiedene Gehaltserhöhungen sind übrigens schon in diesem Etat eingesetzt worden.

Die Bergarbeiterlöhne müssen in den einzelnen Bezirken verschieden sein je nach der Leistung, den ganzen Lebensverhältnissen und der Lohnpolitik der Unternehmer. Wenn wir, wie geschehen, im Saarrevier Lohnschwankungen möglichst vermeiden wollen, dürfen wir die Löhne nicht allzusehr in die Höhe treiben.

Oberberghauptmann **v. Velsen** verbreitet sich über die Ausbildung der Bergreferendare.

Abg. **Brust** (Z.) wünscht, daß der Fiskus auf seinen westfälischen Feldern neue Schachtanlagen schaffe. Die Preispolitik des Fiskus gegenüber den Händlern und Großindustriellen billige er; er bedauere aber, daß den Einkaufsgenossenschaften der Arbeiter und Landwirte die Kohlen nicht billiger abgelassen seien. Erfreulich sei, daß eine Erhöhung der Löhne von der Regierung beabsichtigt werde. Er beklage dagegen, daß der Handelsminister eine so scharfe Stellung gegen den christlichen Gewerkverein der Bergarbeiter genommen habe. Man solle sich doch nicht an einzelnen Aeußerungen aus dem Munde von Arbeitern stoßen. Nötig sei eine Gehaltserhöhung für die mittleren und niederen Beamten, namentlich die Schichtmeister und Faktoren. Die Bureaugehülfen müßten staatlich angestellt werden.

Abg. Dr. **Crüger**-Hagen (frs. Vp.): Der staatliche Betrieb der Bernsteinwerke hat im ganzen ein günstiges Ergebnis gehabt. Es hat sich eine Steigerung der Rentabilität um 92,83 Proz. ergeben. Jetzt geht der Bergsteinbergbau aber wieder zurück. Wie soll sich nun die Produktion in Zukunft gestalten? Wie sind die Absatzverhältnisse jetzt?

Abg. **Krause**-Waldenburg (fk.) regt an, eine Vorlage zu machen, nach der es zulässig sein soll, in Preußen Verzichte auf Ersatz von Bergschäden ins Grundbuch einzutragen

Abg. **Peltasohn** (frs. Vg.) tritt für bergbauliche Erschließung der Provinz Posen ein.

Minister Dr. **Delbrück**: Dem Abgeordneten Brust erwidere ich, daß wir den Genossenschaften schon Großhandelspreise gewähren. Die Löhne hat nicht nur der Staat erhöht, sondern auch die Privatindustrie. Dies haben die Arbeiterausschüsse vermittelt, die sich bewährt haben.

Abg. Dr. **v. Wonna** (fk.): Für die Ausdehnung der Industrie im Osten ist vor allem nötig die Förderung der Kenntnis der Bodenschätze. Staat und Privatindustrie sollten gemeinsam auf die Erschließung dieser Bodenschätze bedacht sein, das würde segensreiche Folgen in der Richtung der inneren Kolonisation haben. (Beifall.)

Abg. **Korfanty** (Pole) führt Klage über die Konkurrenz des Konsumvereins in Zabrze gegenüber den Kaufleuten. Bedauerlich sei die niedrige Einschätzung der Leistungen der oberschlesischen Bergarbeiter durch den Minister. Deren Leistungen seien die gleichen wie in anderen Bezirken, ihr Lohn sei aber geringer. Redner wendet sich gegen Verträge, die die Bergverwaltung mit der Kohlenfirma Cäsar Wollheim in Breslau geschlossen hat. Durch diese Verträge werde die Firma anderen Händlern gegenüber außerordentlich bevorzugt und heimse sehr bedeutende Gewinne ein. Er habe darüber auch im Reichstage gesprochen, und es sei eine Untersuchung vom Staatsanwalt gegen ihn eingeleitet worden. Mit dem Staatsanwalt werde er sich noch im Reichstage auseinandersetzen.

Abg. **Hilbck** (natl.): In der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg." ist denjenigen Arbeitgebern, die nicht mit der Siebenerkommission haben verhandeln wollen, ein Vorwurf gemacht worden. Nachher ist ja allerdings ein entgegengesetzter Artikel veröffentlicht worden, aber es zeigt sich doch da die Zweiseelentheorie: der Handelsminister und der Staatssekretär des Reichsamts des Innern sind eben verschiedene Leute. Durch derartige Artikel wird das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht gefördert. Meine Herrenhausrede gegen die christlichen Gewerkschaften ist vielfach mißverstanden worden. Trotzdem freue ich mich, sie gehalten zu haben, da sie dazu beigetragen hat, das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu verbessern. Dem Abgeordneten Dr. Crüger muß ich zugeben, daß die Produktion des Bernsteins nachgelassen hat. Wir haben jedoch rechnungsmäßig noch so viel Bernstein, daß wir 83 Jahre die Produktion in der bisherigen Weise aufrecht erhalten können. Ueber die Unternehmungen in Mogilno (Provinz Posen) habe ich mich in der Kommission tatsächlich günstiger ausgesprochen, als es nach dem Berichte den Anschein hat. Wir hoffen, dort noch zu einem guten Ziele zu kommen. (Beifall.)

Minister Dr. **Delbrück**: Daß der Abg. Korfanty Verträge des Fiskus mit der Firma Cäsar Wollheim besaß, war mir schon gemeldet, bevor er etwas davon zur Sprache gebracht hatte. Ich habe deshalb schon vorher den Staatsanwalt veranlaßt, nachzuspüren, aus welchem Geheimspind sie entwendet sind.

Oberberghauptmann **v. Velsen**: Cäsar Wollheim ist nur als Kommissionär für den Fiskus aufgetreten und hat dabei 40 Pf. pro Tonne verdient. Das ist gewiß ein bescheidener Gewinn. Es kommt hinzu, daß er auch die Sicherheit stellen mußte, die der Staat verlangt. Im übrigen sind mit ihm nur 3 Verträge geschlossen, bei denen er ein sehr schlechtes Geschäft gemacht hat.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.)

Schluß 4¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Die drei in einer Fraktion vereinigten linksliberalen Parteien des Reichstages wollen Anträge einbringen betreffend die mecklenburgische Verfassungsreform (gemeinsam mit den Nationalliberalen), die Strafprozeßordnung, das Koalitionsrecht, Veteranenbeihülfen, Beamtengehälter, das Vereins- und Versammlungsrecht, Arbeiterausschüsse, das Reichstagswahlrecht (Wahlurnen, Aenderung der Wahlkreiseinteilung, Bestimmungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses usw.), Ausdehnung der Krankenversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, auf Dienstboten, auf Familienangehörige usw., Einsetzung von Einigungskommissionen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Kassenärzten und Krankenkassen, die Verhältnisse der Privatbeamten.

Außerdem haben sie auch noch eine Interpellation betreffend die Schiffahrtsabgaben eingebracht.

Die **Freikonservativen** brachten Anträge ein über die Einführung einer Wehrsteuer, über eine Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, besonders bezüglich der Ausverkäufe, über Beseitigung der Begünstigung der Warenhäuser und Konsumvereine, über gesetzliche Regelung des Submissionswesens, über Handwerkerschutz und den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis, endlich über Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten oder eine vorläufige Gewährung einer entsprechenden Zulage.

Das **Zentrum** hat außer den bereits gemeldeten noch zwei Anträge eingebracht, von denen der eine eine staffelförmige Umsatzsteuer für Mühlen, der andere eine Revision des Reichsbeamtengesetzes, Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses und außerordentliche Gehaltszulagen für mittlere und Unterbeamte, die weniger als 3000 Mark Gehalt beziehen, verlangt.

Aus Industrie und Handel.

Es flaut anscheinend ab. Auch auf dem belgischen Eisenmarkt macht sich eine etwas weniger zuversichtliche Stimmung geltend. Vorläufig muß noch die Ungewißheit über die Verlängerung des Stahlverbandes als Ursache herhalten. Der „Köln. Ztg." wird aus Brüssel u. a. geschrieben:

„Die Lage des belgischen Eisenmarktes ist im Laufe der letzten vier Wochen im großen und ganzen günstig geblieben, wenngleich sich zu Anfang des Monats einige Schwankungen in der bisher recht vertrauensvollen Stimmung gezeigt haben. Der fortgesetzte Preisrückgang auf dem englischen Roheisenmarkt, dessen Festigkeit man allgemein wesentlich höher eingeschätzt hatte, und ungünstige Nachrichten über die Aussichten für die Verlängerung des deutschen Stahlwerksverbandes riefen eine gewisse Unsicherheit auf dem Markt hervor, und eine Anzahl vorsichtiger Firmen zeigte bei Tätigung weiterer Abschlüsse bei den heute in den Kauf zu nehmenden langen Lieferfristen Zurückhaltung. Die Verhandlungen zur Verlängerung des Stahlwerksverbandes werden hier mit größtem Interesse verfolgt, und man rechnet hier größtenteils bestimmt auf die Erneuerung. Im Falle eines ungünstigen Ausganges glaubt man mit einem größeren Rückgang der Notierungen für die meisten Erzeugnisse rechnen zu müssen, sowie auf große Verluste bei allen Parteien, denn ein gewisser Prozentsatz von Käufern dürfte für den Rest der Lieferungen keine Ausführungsaufträge erteilen."

Concordia, Bergbaugesellschaft. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, nach rund 1 Million Mark Abschreibungen eine Dividende von 22 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre in Vorschlag zu bringen.

Ilse, Bergbau-Aktiengesellschaft. Nach dem Geschäftsberichte wurden im letzten Jahre 33 577 628 Hektoliter (im Vorjahre 30 232 804 Hektoliter) Braunkohlen gefördert und 775 258 Tonnen (693 510 Tonnen) Briketts hergestellt. Die Ziegeleien lieferten 7 173 220 (6 877 010) Steine aller Art; verkauft wurden 7 368 525 (6 669 750) Steine. Der Abschluß ergab nach 1 496 981 M. (1 217 644 M.) Abschreibungen einschließlich 164 598 M. (153 902 M.) Vortrag einen Reingewinn von 2 032 851 M. (1 777 604 M.). Er soll wie folgt verwandt werden: Rücklage 300 000 M. (wie im Vorjahre), Unterstützungsbestand 250 000 M. (150 000 M.), Gewinnanteile 231 555 M. (208 006 M.), 18 Proz. (16 Proz.) Dividende = 1 080 000 M. (960 000 M.) und Vortrag 171 296 M.

Im Bericht werden natürlich auch die gestiegenen Löhne hervorgehoben. Wie die obigen Zahlen ausweisen, ist der Reingewinn trotz erhöhter Abschreibung von 58,8 M. auf 60,5 M. pro 1000 Hektoliter gestiegen.

Hibernia. Am Montag wurde vor der Kammer für Handelssachen in Bochum über den Protest des Fiskus gegen die Generalversammlungsbeschlüsse vom 4. Dezember 1906 verhandelt. In jener Versammlung war beschlossen, 10 Millionen Mark 4½prozentiger Vorzugsaktien auszugeben. Ferner war die Verwaltung ermächtigt worden, Offerten von Personen und Instituten abzulehnen, von denen anzunehmen war, daß sie den neuen Aktienbesitz benutzen würden, um den Fortbestand der Gesellschaft zu gefährden. Dadurch wurde dem Fiskus das Bezugsrecht auf die neuen Titres vorenthalten. Der Vertreter der Regierung gab Protest gegen die Beschlüsse zu Protokoll und wurde die Klage auf Ungültigkeitserklärung eingeleitet. Das Gericht hat die Klage abgewiesen. Der Fiskus hat bisher in der ganzen Affäre anderes nichts wie — Pech geerntet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Bellealliance, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

O. B. 1887. Im Kanal (vom Südufer unweit der Torfbänke. — **M. M. 34.** Nein. — **H. K. 4.** Seit 1887. — **H. Th. 76.** Klagen Sie unter Beifügung eines ärztlichen Attestes auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz. — **C. F. 16.** Leider ja. — **Ludwigshafen.** Berlin zählte am 1. Dezember 1905 2 040 222 Einwohner. Die Vororte sind nicht mitgezählt. Die Vororte haben rund 1 Million Einwohner. — **P. P. 85.** Die Aussicht auf Erfolg einer Klage ist in Ihrem Fall eine zweifelhafte. — **D. E. 00.** Vor der zweiten Heirat muß eine gerichtliche Auseinandersetzung mit den minderjährigen Kindern stattfinden. Auch die großjährigen Kinder können Nachlaßregulierung hinter dem Nachlaß ihrer Mutter beim Amtsgericht beantragen. Soweit ersichtlich, befinden Sie sich mit der Annahme im Irrtum, daß das Grundstück nicht dem Vater allein gehöre. — **J. A. 47.** Wird die Mutter für schuldig erklärt, so geht die elterliche Gewalt im vollen Umfange auf den Vater über. Der Mutter bleibt nur das Recht, mit ihren Kindern zu verkehren. Wird der Vater für schuldig erklärt, so geht die Fürsorge für die Person des Kindes auf die Mutter über. Die Befugnisse der Vertretung des Kindes, sowie die Vermögensverwaltung und der elterlichen Nutznießung verbleibt dem Vater. Sind beide Ehegatten für schuldig erklärt, so steht die Sorge für einen Sohn unter sechs Jahren oder für eine Tochter der Mutter, für einen Sohn der über sechs Jahre alt ist, dem Vater zu. Das Vormundschaftsgericht kann aus besonderen Gründen im Interesse des Kindes eine abweichende Anordnung treffen. Dem Vater bleibt das Recht der Vermögensverwaltung, der Nutznießung und der Vertretung des Kindes. — **O. B. 72.** Wer selbständig wird, erhält von den Versicherungsgeldern nichts zurück, kann sich aber weiter versichern. — **H. L. 25.** Die Kündigung ist gesetzlich zulässig. — **Schütze, Charl.** 1. Die Adresse Reichstag genügt. 2. In jeder Buchhandlung, auch in der Vorwärts-Buchhandlung erhältlich. — **B. B. 75.** 1. Spätestens am 14. 2. und 3. Ja. — **G. R. 100.** 1. und 2. Nur Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, haben nach § 2 des preußischen Vereinsgesetzes die Anmeldepflicht. — **B. F. 27.** Das Reichsstrafgesetzbuch können Sie in jeder öffentlichen Bibliothek einsehen. — **B. 100.** 1. Leider nein. 2. Sie könnten lediglich auf Aufhebung des Mietsvertrages und auf Schadenersatz klagen. — **G. H. 10.** Ja, er müßte aber beim Bezirkskommando einkommen. — **E. G. 84.** 1. u. 2. Wenden Sie sich an den Handels- und Transportarbeiter-Verband, Engel-Ufer 15. 3. Das ist möglich. — **A. R. 99.** Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg, weil Ihnen ein Rückforderungsrecht nicht zusteht. **E. W. 73.** Sie befinden sich im Irrtum, können aber Niederschlagung der Steuer bei der Steuerdeputation, Magistrat, beantragen. — **P. R. 100.** Der Herr hat für sechs Wochen Arzt und Apotheke zu bezahlen. Er ist leider zum Abzug, aber nur von dem auf die Krankheitszeit entfallenden Lohn berechtigt. — **A. B. 97.** Ja, es sei denn, daß Sie beweisen können, daß innerhalb der kritischen Zeit auch ein anderer dasselbe getan hat. — **R. 86.** 1. Ein Gesuch um Zurückstellung kann gestellt werden. Nach dem Ergebnis der letzten Untersuchung ist eine Aushebung möglich. 2. Wenden Sie sich an den Verein selbst, Sitz zu Jena. 3. Letztes Mittel — **A. D. 100.** Pflichtteil ist die Hälfte der gesetzlichen Portion. Sie müßten die Verhältnisse, um die es sich handelt, ausführlicher darlegen. —

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Noch ein Skandallüsterner.

Schöne Seelen finden sich. Im selben Augenblick, wo Georg Bernhard in bürgerlichen Blättern die Redaktion des „Vorwärts" mit duftigen Liebenswürdigkeiten zu bombardieren beginnt und sich aus seiner solange schmerzhaft ertragenen politischen Beiläufigkeit zum Retter der Partei emporreckt, der mit kühner Hand die Idole des sozialistischen Klassenkampfes in Trümmer schlägt und dem erlösungsbedürftigen Proletariate neue bessere Wege weist — just in demselben Augenblick erscheint auch Heinrich Braun voll heißen Tatendranges auf der Bühne. Aber Heinrich Braun weiß den Wert der Arbeitsteilung zu würdigen. Während Georg Bernhard in zyklopischem Ungestüm gleich aufs Ganze geht, die ganze Parteitradition umstürzen, die Sozialdemokratie zur Bewilligung des Budgets, des Militäretats und zur gläubigen Anerkennung des sozialen Königtums bekehren will, ist Heinrich Braun so bescheiden, zunächst erst einmal die „Vorwärts"-Redaktion hinwegfegen zu wollen. Dazu scheint ihm gerade jetzt wieder einmal der rechte Zeitpunkt gekommen. Am Vorabend des Mannheimer Parteitages brachte sein Blatt, die „Neue Gesellschaft", den berüchtigten Stampfer-Artikel; jetzt, wenige Tage vor dem Zusammentritt der sozialdemokratischen Preßkonferenz, setzt Heinrich Braun den Sturmbock mit eigener Hand in Schwung durch einen niedlichen Artikel, der den Titel trägt „Der Vorwärts". Die freundliche Tendenz dieses Artikels verrät schon dessen Einleitung:

„Der „Vorwärts", aus kleinen Verhältnissen entstanden und in seinen Anfängen mit einer Fülle von Schwierigkeiten kämpfend, war lange Zeit hindurch nicht imstande, den Erfordernissen eines großen und umfassenden Blattes ersten Ranges, wie er es sein sollte, zu genügen. Die Frage der dazu nötigen finanziellen Mittel kommt aber seit einer Reihe von Jahren nicht mehr in Betracht, und nichts stünde im Wege, ihn so auszugestalten, daß er als das Organ der größten Partei auch die beste und angesehenste Zeitung Deutschlands würde. Dies zu verlangen, obwohl es ein natürlicher und selbstverständlicher Wunsch ist, erscheint heute als phantastische Forderung, weil zu ihr die tatsächliche Beschaffenheit des „Vorwärts" in einem gar zu traurigen Gegensatz steht.

Während der „Vorwärts", wie ein Leuchtturm Richtung und Wege weisend, den geistigen Mittelpunkt der Partei darstellen, und, Einsicht, Schwung und Begeisterung in die Masse des Volkes tragend, überquellen sollte von dem Ideenreichtum des Sozialismus; während er gegenüber der Korruption eines großen Teils der bürgerlichen Presse von den verantwortungsvollen Pflichten des publizistischen Amtes und den sittlichen Idealen des Sozialismus erfüllt sein müßte, wird er von Tag zu Tag mehr ein Widerspiel von alledem. Statt daß die hervorragendsten Politiker ihn leiten, die besten Federn ihn schreiben, befindet sich in seinem Redaktionsstab nicht ein einziger Politiker von Ansehen und auch nicht ein einziger Schriftsteller von Bedeutung. Erregen schon diese Tatsachen mit ihren unvermeidlichen Konsequenzen ernstliche Bedenken, so erwachsen sie zu einer Gefahr für das Ansehen der Partei, wenn die intellektuelle Unzulänglichkeit sich paart mit moralisch nicht zu rechtfertigenden Leistungen. Gerade die letzten Tage boten zu der Fülle früherer Beispiele eine Anzahl neuer, an denen man im Interesse der Partei nicht stumm vorbeigehen darf. Wir halten es für unsere Pflicht zu sprechen, trotz der Gefahr des ebenso abgeschmackten wie stereotypen Vorwurfes, daß wir mit der Erörterung dieser fatalen Tatsachen den Anfang machen. Aber die Ueberzeugung, daß alle Verständigen in der Partei, auch alle verständigen Genossen Berlins in der Kritik mit uns übereinstimmen werden, läßt uns ungerechten Angriffen mit Gleichmut entgegensehen."

Und nun packt Heinrich Braun eine „Anzahl" neuer „fataler Tatsachen" aus.

Zunächst erhebt er fulminante Anklage gegen den „Vorwärts", weil er in einer Notiz über eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion in seiner Nummer vom 20. Februar zwar die Tatsache mitteilte, daß die Fraktion beschlossen hatte, eine Einladung zu der ersten deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinteressen nicht anzunehmen, dabei aber nicht erwähnte, daß der Besuch dieser Konferenz von der Fraktion den einzelnen Abgeordneten freigestellt wurde. Die Unterlassung dieser Mitteilung und die Verquickung der referierenden Angaben über eine Fraktionssitzung mit einer scharfen Polemik gegen die Herren Numm, Pfarrer Beyer und andere christlich-soziale Gimpelfänger wird zu einer Todsünde gestempelt:

„Kann man über eine objektiv zu berichtende Tatsache perfider und unredlicher referieren? Der positive Inhalt des Fraktionsbeschlusses wird unterschlagen, der negative allein mitgeteilt und damit eine Kritik der Beteiligung an der Konferenz verbunden, die nicht nur die Teilnahme als einen Verrat der Arbeiterinteressen darstellt, sondern, da die Mitteilung den Eindruck eines offiziellen, von der Fraktion autorisierten Berichts macht, auch den Anschein erweckt, als werde die Ansicht der Fraktion ausgesprochen. Man kann sich vorstellen, wie sie das unqualifizierbare Verhalten des Berichterstatters in ihrer nächsten Sitzung gebrandmarkt haben mag. Charakteristisch ist es für den „Vorwärts", daß er in der Berichtigung, die er in der Nummer vom 21. Februar bringen mußte, seine die Majorität der Fraktion resp. diejenigen ihrer Mitglieder, die die Arbeiterinnenkonferenz besuchen werden, diskreditierenden Aeußerungen nicht zurücknahm."

In der Tat, welches Verbrechen! Wenn ein Parteigenosse wie Calwer während des Wahlkampfes Artikel veröffentlicht, die den Kampf der Partei gegen den Lebensmittelwucher als übertrieben hinstellen und von der agrarischen Presse natürlich sofort höhnend gegen die im Wahlkampf stehende Partei ausgeschlachtet werden, so rührt das eine so empfindsame Seele wie Heinrich Braun nicht im geringsten. Und wenn sofort nach der Wahl Genossen wie Schippel, Calwer usw. mit herbster Kritik, mit beißendem Spott über die Partei herfallen, wenn sie die Stellungnahme der Partei zur Zollpolitik, zur Kolonialpolitik, zur Weltpolitik usw. unter dem Hohngelächter und Beifallsklatschen des ganzen bürgerlichen Klüngels in Grund und Boden wettern, so erregt das auf der Denkerstirn Heinrich Brauns nicht einmal das leiseste Stirnrunzeln. Aber wenn sich der „Vorwärts" gestattet, redaktionell — und der redaktionelle Charakter der betreffenden Bemerkung war für jeden aufmerksamen Leser klar — vor einer verhängnisvollen Unterstützung einer gewerkschaftsfeindlichen Veranstaltung zu warnen, so verwandelt sich der unerschütterlich über den Wolken Thronende mit einem Male in einen jupiter tonans, der die Donnerkeile seines furchtbaren Strafgerichts auf die arme „Vorwärts"-Redaktion herniedersausen läßt!

Doch weiter: Georg Bernhard läßt mit seiner Einwilligung ein Interview in einem bürgerlichen Blatte veröffentlichen, dessen unerhörter Inhalt allein ihn für jeden Anhänger unseres Parteiprogramms ohne weiteres außerhalb der Partei stellt. Der „Vorwärts" konstatiert die Tatsache. Bernhard schickt dem „Vorwärts" unter dem Vorwande einer Berichtigung eine kindische Schimpfepistel. Der „Vorwärts" lehnt die Aufnahme dieser Berichtigung ab, trotz der Drohung Bernhards, sie im Falle der Ablehnung oder unvollständigen Wiedergabe in einem gegnerischen Blatte zu veröffentlichen. Bernhard führt darauf seine Drohung aus. Und was hat Heinrich Braun zu diesem in der ganzen Parteigeschichte beispiellosen Vorgang zu sagen? Man höre:

„Wenn die Majorität der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in dieser Weise moralisch mißhandelt wird, ist es kein Wunder, daß es einem einzelnen Genossen, wie Georg Bernhard, noch schlechter ergeht. Der „Vorwärts" unterdrückt nicht nur den Bericht über eine von tausend Parteigenossen besuchte Versammlung, in der Bernhard referierte, er verweigert ihm auch, nachdem er ihn wegen seiner Aeußerungen in einem Interview mit Herrn Dr. Martin Cohn insultiert hatte, ohne den Lesern den Wortlaut des Interviews mitzuteilen und ein selbständiges Urteil zu ermöglichen, die Aufnahme einer Berichtigung. Dieses Verfahren ist ein skandalöses und moralisch verwerfliches, und es würde daran nichts geändert, auch wenn Bernhard noch so arg sich verfehlt hätte."

Heinrich Braun ist ferner entrüstet darüber, daß einer der „Vorwärts"-Redakteure, Genosse Ströbel, es gewagt hat, von den Genossen zu fordern, daß sie endlich einmal Mittel und Wege fänden, den „unverantwortlichen Presseäußerungen in den der Partei unverantwortlichen Sensationsblättern" „energisch zu steuern". Heinrich Braun liest aus diesen Worten die Aufforderung heraus, daß gegen Mitarbeiter der „Neuen Gesellschaft" und der „Sozialistischen Monatshefte" mit dem Ausschluß aus der Partei vorgegangen werde. Das ist natürlich nur ein Ausfluß seines bösen Gewissens. Wie recht aber Genosse Ströbel mit seinem Appell an die Genossen hatte, beweist nunmehr Heinrich Braun durch seinen neuesten Artikel.

Heinrich Braun schließt:

„Welcher Geist in der Redaktion des Zentralorgans herrscht, zeigt übrigens auch eine Rede des Redakteurs Ströbel, der in einer Versammlung des 4. Berliner Wahlkreises, über die der „Vorwärts" am 21. Februar berichtet, nach Art des Herrn von Thadden-Trigaff: Preßfreiheit, aber mit dem Galgen daneben! forderte. Der brave Genosse verlangte, daß gegen Mitarbeiter der „Neuen Gesellschaft" und der „Sozialistischen Monatshefte" mit dem Ausschluß aus der Partei vorgegangen werde. Diese Methode des „geistigen Kampfes" wäre bloß komisch, wenn sie den Genossen Ströbel allein charakterisierte. Aber sie ist bezeichnend für das geistige und moralische Niveau des „Vorwärts", der kein Wort der Einwendung gegen sie nötig findet.

Nach alledem muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Parteiinstanzen, insbesondere der Vorstand, es noch länger mit ihrer Verantwortlichkeit glauben vereinigen zu können, den Zustand, in dem das Zentralorgan seit geraumer Zeit sich befindet, zum Schaden der Partei und zur Untergrabung ihres Ansehens fortdauern zu lassen. Der Vorstand hat lange genug zugesehen und sich überzeugt, daß nicht die Neuheit der Aufgabe und die Schwierigkeiten des Anfangs die Schuld tragen, daß die gegenwärtige Redaktion versagt. Die üble Situation würde nicht beseitigt, wenn, was angesichts der für die Gesamtpartei kompromittierenden Leistungen der Redaktion öfter gefordert worden ist, der „Vorwärts" aus einem Zentralorgan in ein Berliner Lokalblatt verwandelt würde. Das bedeutete einen nichtssagenden, lediglich formellen Unterschied. Es gibt nur den einen Weg, den heillosen Zustand zu bessern, daß der Vorstand im Verein mit der Preßkommission sich entschließt, das Zentralorgan zu einem Blatt umzugestalten, das die Sozialdemokratie würdig repräsentiert und in dessen Redaktion und Mitarbeiterkreis die besten politischen Köpfe der Partei und ihre hervorragendsten Schriftsteller sich vereinigen. Soll der bereits angerichtete Schaden nicht gefährliche Dimensionen gewinnen, darf nicht länger gezögert werden. Die vornehmste Aufgabe der bevorstehenden Redakteurkonferenz wäre es, diese Umwandlung des „Vorwärts" mit entscheidendem Nachdruck zu fordern."

Die Genossen werden es verstehen, wenn wir auf jede weitere Verwahrung gegen derartige Liebenswürdigkeiten verzichten. Heinrich Braun, der Held von Dresden und Mannheim, erhofft von der Redakteurkonferenz, was ihm die Parteitage so schnöde versagt haben. Mag er nach seinen früheren Triumphen einen neuen feiern.

Als im September 1899 inmitten der Bernstein-Debatte die Genossin Luxemburg der damaligen „Vorwärts"-Redaktion in einer heftigen Polemik vorwarf, daß das Zentralorgan „in die Hände einer anonymen Gesellschaft ohne Talent, Meinung und Vergangenheit" geraten sei, sprang Liebknecht für die Angegriffenen in die Bresche. Genossin Luxemburg nahm übrigens auch nach einigen Tagen ihre persönlichen Kränkungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Als im Dezember 1904 die „Leipziger Volkszeitung" dem „Vorwärts" vorwarf, das Blatt, das das „starke, prinzipienfeste Rückgrat der Partei" bilden müsse, „schwanke in prinzipiellen Fragen haltlos hin und her, mache dagegen in blöden Sensationen", wandte sich die Redaktion an Parteivorstand und Preßkommission, die gegen diese Angriffe „energische Verwahrung" einlegten.

Diese Angriffe entsprangen der Hitze des Gefechtes; Heinrich Braun dagegen handelt mit kühlster Ueberlegung. Trotzdem denkt die Redaktion nicht daran, die Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts" in dieser Angelegenheit irgendwie zu bemühen. Damals waren die Kritiker des „Vorwärts" ja ernst zu nehmende politische Persönlichkeiten, deren Tadel, ob berechtigt oder unberechtigt, doch schmerzlich empfunden werden mußte. Anders mit Heinrich Braun. Wenn wir seinen Artikel gleichwohl so ausführlich wiedergaben, so nur, um den Parteigenossen wieder einmal zu zeigen, wo die Skandallüsternheit zu suchen ist!

Aus der Partei.

Eine bayerische Parteikonferenz tagte am Sonntag in München. Der Landesvorstand, die Landtagsfraktion, die Gauvorstände und Vertreter der Parteiorgane waren auf Grund des § 10 Abs. 2 des bayerischen Organisationsstatuts anwesend. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

I.

Die Konferenz „weist die Parteigenossen erneut auf die in Schweinfurt in bezug auf die Landtagswahlen gefaßte Resolution hin.

Diese Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Das nach langen Kämpfen errungene Wahlrecht ermöglicht es der Sozialdemokratie in Bayern endlich, die Stimmen ihrer Anhänger genau zu zählen. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit folgender Taktik: Die sozialdemokratische Partei Bayerns tritt mit voller Selbständigkeit, ohne jede Fühlung oder Verbindung mit anderen Parteien, in den Wahlkampf ein. Der Schweinfurter Parteitag erklärt es für selbstverständlich, daß diese Taktik von den Parteigenossen allerwärts unbedingt eingehalten wird und daß jedem Verstoß dagegen mit allen der Partei zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen getreten werden muß. Die neue Wahlsituation erfordert nicht nur die größte Anspannung aller unserer Kräfte, sondern auch die möglichst frühzeitige und gründliche Vorarbeit. Der Schweinfurter Parteitag fordert daher die Organisationen und Parteigenossen Bayerns auf, unverzüglich in die organisatorischen Vorarbeiten für die Wahlen einzutreten."

Die Konferenz hält es für außerordentlich wichtig, das neue Landtagswahlgesetz zu erproben. Sie betont auch erneut, daß sie in der Möglichkeit der prinzipiellen Agitation die Hauptbedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Sozialdemokratie erkennt.

II.

Die Konferenz weist darauf hin, daß der bevorstehende Landtagswahlkampf an das Geschick und die persönliche Leistungsfähigkeit der Kandidaten unserer Partei die höchsten Anforderungen stellen wird.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die sozialdemokratische Fraktion in dem neuen auf sechs Jahre zu wählenden Landtag in weit höherem Maße noch als bisher auf allen Anforderungen gewachsene Arbeitskräfte angewiesen ist.

Die Parteigenossen namentlich der für uns aussichtsreichen Wahlkreise werden demgemäß ersucht, bei der definitiven Aufstellung unserer Kandidaten diese wichtigen Gesichtspunkte nachdrücklich zu berücksichtigen oder, wo die Nominierung nicht unter diesen Gesichtspunkten erfolgt ist, dementsprechende Aenderungen eintreten zu lassen.

*

Der erste Beschluß wurde mit 30 gegen 6, der zweite Beschluß einstimmig gefaßt.

Vom Fortschritt der Presse.

Die „Münchener Post" meldet:

„Als Ergebnis der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im vorigen Frühjahre und eingehender Beratungen der zuständigen Instanzen: Engerer Ausschuß, Preßkommission und Firmenträger ist der einstimmig gefaßte Beschluß anzusehen, die Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. Birk u. Co. in aller Kürze in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umzuwandeln.

Für die steigende Auflage der „Münchener Post" wie den Umfang des Druckereigeschäftes hat sich der vor noch nicht 6 Jahren neu eingerichtete Betrieb als gänzlich unzureichend erwiesen. Eine Erweiterung in den gemieteten Räumen ist aus dem Grunde nicht ausführbar, weil damit der voraussichtlichen und angestrebten Weiterentwickelung des Parteiblattes nicht genügt werden kann. Daher ist inmitten der Altstadt, Altheimereck 19, ein geeignetes Grundstück käuflich erworben worden, auf dem ein allen Anforderungen entsprechendes Betriebsgebäude errichtet werden soll."

Hausagitation am letzten Sonntag hat der „Brandenburger Zeitung" 434 neue Abonnenten gebracht. Die Gesamtzahl ist damit auf 12 994 gestiegen.

Am selben Tage erlangte die „Freie Presse" in Elberfeld und Barmen durch Hausagitation rund 1150 neue Abonnenten. Ihr Abonnentenzuwachs beträgt seit der Reichstagsauflösung rund 5000, davon entfallen rund 4000 auf die Zeit nach der Stichwahl. Trotzdem der Verbreitungsbezirk der „Freien Presse" wesentlich eingeengt wurde durch Abtrennung des Kreises Remscheid und des Wahlkreises Altena-Iserlohn — in letzterem Kreise erscheint die „Volksstimme", ein Kopfblatt der „Freien Presse" — beträgt jetzt der Abonnentenstand der „Freien Presse" 20 250!

Das „Offenbacher Abendblatt" zählt jetzt über 10 000 Abonnenten! Auf die Zahl der Wähler berechnet, die am 25. Januar 1907 im Verbreitungsbezirk dieses Parteiorgans einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben haben, macht das ungefähr 55 Prozent aus. In der Stadt Offenbach sind 70 Prozent der sozialdemokratischen Wähler zu gleicher Zeit Abonnenten ihres Parteiorgans, in den Landorten ist das Verhältnis nicht so günstig. . . .

Die 70 Prozent der Stadt Offenbach können vielen Parteiorten zum Muster und zur Aneiferung dienen.

1500 neue Leser hat der Wahlkampf der „Märkischen Volksstimme" zu Forst gebracht, so daß die Abonnentenzahl jetzt 11 700 beträgt.

Totenliste. In Bamberg starb einer von der alten Garde, der Maurer Andreas Förtsch, der schon in den siebziger Jahren unter sehr schwierigen Verhältnissen bemüht war, dem Sozialismus in der schwarzen Bischofstadt am Main Eingang zu verschaffen. Während des Schandgesetzes hat er trotz aller Verfolgungen und Schikanen die Fahne der Arbeiterbewegung hoch gehalten.

Die amerikanischen Genossen verlieren wieder einen ihrer treuen Kämpfer, einen von der alten Garde. Otto Ungewiß erlag, wie die „New Yorker Volks-Zeitung" mitteilt, in New Haven einem Herzschlage. Ungewiß ist im Jahre 1850 in der Provinz Sachsen geboren und erlernte das Zigarrenmachen. 1868 war er bereits in Berlin und schloß sich hier dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein an; von da ab hat er der sozialistischen Bewegung bis an sein Ende gedient. Das Sozialistengesetz trieb ihn über den Ozean. Er kam im Jahre 1884 nach New York, wo er sich sofort der sozialistischen Arbeiterpartei anschloß. Das Jahr 1892 brachte ihn nach New Haven. Hier fand er die Bewegung noch sehr schwach; seiner rührigen Tätigkeit gelang es, im Jahre 1898 die Stimmenzahl der Partei auf 1100 zu bringen.

Aus Baden schreibt man uns: In Offenburg starb der Genosse Adolf Litterst, Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Stadtverordneten-Kollegiums, im Alter von 58 Jahren an einer Lungenentzündung. L. war seit 20 Jahren ein stilles, aber tätiges Mitglied unserer Parteiorganisation; er gehörte seit 1889 der gewerkschaftlichen Organisation der Tabakarbeiter an, deren Lokalvereinigung er gründete und als Vorsitzender bez. Kassierer verwalten half.

Zur vorläufigen Tagesordnung des kommenden Parteitages der russischen Sozialdemokratie, die wir bereits veröffentlichten, wird uns von russischer Seite geschrieben:

Zweifellos sind es die Punkte 2: Die nächsten politischen Aufgaben, 3: Die Duma und 8: Die Dumafraktion, die die größte Aufmerksamkeit des Parteitages auf sich lenken werden. Die innere Organisation der sozialdemokratischen Dumafraktion, ihre Kompetenz, ihr Verhalten zu den anderen sozialistischen und revolutionären Fraktionen — das sind alles Fragen, die eine sorgfältige Behandlung erheischen. Auch mit der Tätigkeit der Fraktion in der Duma, mit der Ausnutzung der Duma als revolutionäre Tribüne oder zur „organischen Arbeit", mit der Herstellung einer engen Fühlung zwischen der Dumafraktion und den Volksmassen außerhalb der Duma, folglich mit der Organisierung dieser Massen, dem Kampf außerhalb der Duma, der Stellung der Sozialdemokratie zur Forderung eines verantwortlicher Ministeriums — mit alledem wird der Parteitag sich eingehend zu beschäftigen haben. Kurz, es gilt die Taktik der Sozialdemokratie in diesem wichtigen Abschnitt der russischen Revolution festzusetzen, sich über die Mittel und Wege klar zu werden, mit denen das Proletariat in der neuen Situation, die aus seiner Teilnahme an den Wahlen entspringt, den alten Kampf für die Freiheit bis zum endlichen Siege fortführen muß.

Urabstimmung über einen Wahlrechtsstreik und ein außerordentlicher Parteitag in Schweden.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Schwedens hat am Sonnabend zwei Zirkulare an die Arbeiterkommunen versandt, die

im Anschluß an das Manifest vom 1. November 1906 von den Maßregeln handeln, die bei der gegenwärtigen Lage der Wahlrechtsfrage notwendig werden können. Die Arbeiterkommunen werden aufgefordert, eine allgemeine Abstimmung ihrer Mitglieder vorzunehmen über die Frage, ob sie, um den Regierungsvorschlag zur Wahlrechtsreform zu Fall zu bringen und für die Durchführung einer Verfassungsrevision im Sinne des Vorschlages der sozialdemokratischen Fraktion zu wirken, den politischen Massenstreik anwenden wollen. — Das Ergebnis dieser Urabstimmung soll nicht veröffentlicht, sondern dem geschäftsführenden Ausschuß des Parteivorstandes bis spätestens den 20. März bekanntgegeben werden.

Bis zum selben Datum sollen die Arbeiterkommunen ihre Delegierten zu einem außerordentlichen Parteikongreß gewählt haben. Dieser Parteikongreß soll in Stockholm stattfinden. Der Zeitpunkt soll noch festgesetzt werden. Das Ergebnis der Urabstimmung soll dem Kongreß als Material zur Beurteilung der Frage dienen, ob ein Massenstreik zur Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts geboten ist und zweckmäßig erscheint.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein mehr als merkwürdiges Urteil fällte das Schöffengericht in Altenburg. Wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung, die ihm der Redakteur Emil Kunz von der antisemitischen „Altenburger Landeszeitung" übersandt hatte, war gegen den Genossen Dikreiter von der „Altenburger Volkszeitung" Anklage erhoben worden. Die Ablehnung war erfolgt, weil in die Berichtigung ein Satz verflochten war, der mit der Sache nichts zu tun hatte. Die Verhandlung am 25. Februar endete mit der Verurteilung Dikreiters zu einer Geldstrafe von 10 M. und nachträglicher Aufnahme der Berichtigung, jedoch — und das ist nun das Merkwürdige an dem Urteil — unter Weglassung des von dem Angeklagten beanstandeten Satzes. Man bedenke, das Gericht hält den beanstandeten Satz für unberechtigt, verurteilt aber nichtsdestoweniger den Redakteur, der aus diesem Grunde die Berichtigung aufzunehmen sich weigerte. Es gibt dem Redakteur also in der Sache recht und verurteilt ihn trotzdem. Gegen das merkwürdige Urteil, das überdies den § 19 Abs. 2 des Preßgesetzes ganz außer Betracht gelassen hat, ist aus prinzipiellen Gründen Berufung eingelegt worden.

Strafkonto der Presse. 300 Mark Geldstrafe erhielt Genosse Eberle von der Elberfelder „Freien Presse" von der Strafkammer Elberfeld als Berufungsinstanz wegen Beleidigung eines bürgerlichen Zeitungsverlegers. Das Schöffengericht hatte als erste Instanz auf 20 Mark Geldstrafe erkannt. Es handelte sich, wie die „Freie Presse" mitteilt, um eine Polemik, die sie im vergangenen Sommer mit der „Berg.-Märk. Ztg." führte und die sich um die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Konsumvereinen drehte. Im Verlauf dieser Polemik hatte sie dem Verleger vorgeworfen, daß er neben der Fälschung auch noch eine niederträchtige Unterschlagung begangen habe, indem er wichtige Tatsachen, die gegen Artikel der „Berg.-Märk. Ztg." ins Feld geführt wurden, unterschlagen bezw. gefälscht habe. Die Strafkammer teilte diese Auffassung nicht, im Gegensatz zum Schöffengericht. In der Verhandlung bemerkte der Vertreter des Klägers, Herr Bacmeister werde deshalb so schwer angegriffen, weil er sich „große Verdienste um die Bekämpfung der Sozialdemokratie erworben habe".

Soziales.

Unternehmerterrorismus vor Gericht.

Das Schöffengericht Kulmbach verurteilte vor kurzem den Genossen Paul Schlegel als verantwortlichen Redakteur der „Fränkischen Volkstribüne" zu 8 Tagen Gefängnis wegen Beleidigung der Kulmbacher Brauereibarone. Der Klage lag ein Artikel zugrunde, in dem eine scharfe Kritik folgenden Vorgangs enthalten war. Ein Arbeiter, der den Büttnerstreik mitgemacht hatte und einigemale in Versammlungen aufgetreten war, konnte lange keine Arbeit mehr finden, bis ihn endlich ein kleiner Büttnermeister einstellte. Aber schon nach wenigen Tagen teilte ihm der Meister mit, er müsse ihn zu seinem Bedauern entlassen; er sei sehr zufrieden mit ihm gewesen, aber die Vereinigung der Büttnermeister bestehe auf der Entlassung, weil dies von der Vereinigung der Brauereibesitzer verlangt werde. Da die kleinen Büttnermeister Kulmbachs sämtlich von den Brauereien abhängig sind, mußte der Meister des betreffenden Arbeiters dem Machtgebot nachkommen, wenn er nicht risklieren wollte, daß er ebenfalls brotlos wurde. Obwohl nachgewiesen wurde, daß der Arbeiter nur auf Verlangen der Meistervereinigung entlassen wurde und ein Meister als Zeuge erklärte, daß die Vereinigung der Brauereibesitzer der treibende Keil gewesen sei, erachtete das Gericht den Wahrheitsbeweis „ganz und gar nicht erbracht". Es motivierte die Höhe der Strafe auch damit, daß diese bei „dem bekannten Bestreben des Angeklagten, dem es nur darum zu tun sei, die minderbemittelte Klasse gegen die besser situierten Arbeitgeber aufzuhetzen", am Platze sei. Das Landgericht Bayreuth als Berufungsinstanz kam zu einer etwas anderen Auffassung: es hob das Urteil auf und erkannte lediglich wegen formeller Beleidigung durch das Wort „Kapitalsprotzen" auf 50 M. Geldstrafe. Der Wahrheitsbeweis für die behaupteten Vorgänge, die der Präsident selbst als „etwas sonderbar" bezeichnete, gilt also als erbracht. Den klagenden Brauereibesitzern wurde die Hälfte der Kosten aufgebürdet. Wie wird sich die „nationale" Presse zu diesem gerichtlich festgestellten Unternehmerterrorismus äußern? Unter Anwendung der gegen Arbeiter zur Geltung gebrachten Auslegung des Erpressungsbegriffs müßten nunmehr die Leiter der schwarzer Feme unter Anklage gestellt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 26. Februar.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Mignon.
Kgl. Schauspielhaus. Die Quitows.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Kammerspiele. Gespenster. (Anfang 8 Uhr.)
Lessing. Rosmersholm.
Westen. Der Postillion von Lonjumeau. Nachmittags 3 Uhr: Die Zauberflöte.
Lortzing. Die lustigen Weiber von Windsor.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Im bunten Rock.
Schiller-Theater Charlottenburg. Der Kaiserjäger.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Adieu Therese. Sein Alibi.
Komische Oper. Carmen.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Zentral. Nanon.
Neues Schauspielhaus. Torquato Tasso.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. L'Ainée.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppelehe.
Luisen. Die Fledermaus.
Trianon. Frl. Josette — meine Frau.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrnfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.
Apollo. Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.
Kasino. Ledige Leute. Spezialität.
Folies Caprice. Im Café Adelles. Ein Mädchenprozeß.
Passage. Spezialitäten.
Prater-Theater. Philippine Welser.
Figaro. Hochzeitsnacht. Sein Ideal. Katastrophe. Unterm Bett. (Anfang 8½ Uhr.)
Walhalla. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Die Feuergewalten der Erde. Hörsaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh: Die Edelmetalle.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Donnerstag: Sherlock Holmes. Freitag: Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus
Mittwoch, den 27. Februar 1907:
Gastspiel Josef Kainz:
Torquato Tasso.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Herthas Hochzeit.

Neues Theater.
Gastspiel Suzanne Desprès:
L'Ainée.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Rosine. Gastsp. Suzanne Desprès. Freitag: La Robe Rouge. Gastspiel Suzanne Desprès.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 172. Male:
Ein idealer Gatte.
Donnerstag: Die Kralle. Freitag zum 173. Male: Ein idealer Gatte. Sonnabend: Die Kralle.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuergewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr Dr. M. v. Unruh: Die Edelmetalle.

Lortzing-Theater
Belleallianceстr. 7/8.
Abends 7½ Uhr:
Die lustigen Weiber v. Windsor.
Abonnements gültig!
Donnerstag zum erstenmal: Das Glöckchen des Eremiten.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr halbe Preise: Nanon.
Donnerstag: Der Milliardär.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Adieu, Therese. Hierauf: Sein Alibi.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und Pierre Veber.
Robert de Trivelin: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Gastspiel des Theaters des Westens:
Die Fledermaus.
Morgen: Der Hüttenbesitzer.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie in 4 Akten nach der Romanserie Cannon Doyle.
Morgen: Sherlock Holmes. Sonnabend nachm.: Rotkäppchen.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 3. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater
Leute Woche! Leute Woche!
Bernhard Mörbitz
als Paulchen auf der Wanderschaft.
Außerdem die Attraktionen des großen Spezialitäten-Programms.
Sonntag nachm. 3½ Uhr (kleine Preise!): Doppel-Vorstellung mit neuem Programm.

W. Hoacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letzten Male:
Eine Familie
oder: Die feindlichen Brüder.
Lebensb. in 4 Akt. v. Ch. Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Vorstellung.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Aufz. v. Hans Brennert und Hans Ostwald.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.

Zirkus Busch
7½ Uhr. Heute, Mittwoch, den 27. Februar 1907: 7½ Uhr.
Das große Gala-Programm, sowie Rom
Großes Orig.-Manege-Schaustück in 7 Bildern.
Voranzeige! Freitag, den 1. März 1907 und folgende Tage:
Große internationale Ringkampf-Sonderkonkurrenz
um die Siegesprämie von 10 000 Mark.
Dem Sieger ferner als Ehrenpreis ein großer
Gold-Pokal
gestiftet von der Sportredaktion der Zeitschrift:
„Das Deutsche Blatt".
Ehrenprotektorat: Herr Professor Reinhold Begas.
Bisher fest verpflichtet:

Padoubny, Weltmeisterschaftsring., 1905/6 Paris und Petersburg.	Fritz Müller, Süddeutschland.	Paul Albano, Schweiz.
Cazeaux de la Bastide gen. le Terrible, Meisterringer von Bordeaux.	Zipps, Nordamerika.	Aimable jeune, Marseille.
Redjeb Pengal, Erster Champion d. Türkei.	Kara Safi, Adrianopel.	Anglio, Martinique.
Joss. Pedersen, Dänemark, Weltmeisterringer, Paris 1903/4,	Siegfried, Deutschland.	Jos. Smejkal, z. Z. erst. Meisterschaftsringer von Böhmen.
	L. Vranchen (GambierII) Belgien.	Esson, Champion von Schottland.
	Aimable de la Calmettte Champion von Südfrankreich.	Rasuma, Japan.
		Nollet de Collineur, Gascogne.
		Jaroslaw, Polen.

Ferner stehen in Unterhandlung:

Cyganiewicz Zbysko, Weltmeisterschaftsringer von Polen.	Pugatschow (gen. der Riese des Kaukasus).	John Pohl-Abs, Meisterschaftsring. von Deutschland.

Die Kämpfe werden unter strengster Kontrolle der Presse und des Schiedsgerichts ausgefochten, und wird jeder Ringer, welcher sich einer Unreellität schuldig macht, unnachsichtlich disqualifiziert.

WINTERGARTEN
Vorletzte
Vorstellung
des
Februar-Programms.
Vorletztes Auftreten von
Otto Reutter.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan u. a.: Die 3 Harders, Könige der Luft.
Grete Füllgraf,
jüngste Verwandlungskünstlerin.
Vom Witwenball.
Schwank.
Familienkarten, wochentags zum halben Kassenpreis gültig, in Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Liebesschaukel.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, präzise 7½ Uhr:
Grande Soirée équestre.
Elite-Programm und nur noch einige Tage:
Mr. Richard Sawades
einzig dastehende, wunderbar dressierte gemischte
Raubtier-Gruppe.
Außerdem: Die neu engagierten Spezialitäten. Um 9 Uhr: Noch nie dagewesener Erfolg:
St. Hubertus.

Etablissement Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Volksstück mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Kasse des Etablissements.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten 15
Anfang 8 Uhr.

Polologlow-Zigaretten
sind in Geschmack und Qualität unerreicht!
Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Ueberall käuflich! Fabrik „Epirus", Dresden

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Donnerstag, den 28. Februar 1907, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung
für Rummelsburg und Umgegend
im Lokal von Gustav Tempel, Alt-Boxhagen 56.

Tages-Ordnung: 113/20
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Gesunde Kinder sind der Stolz der Mutter. Der Grund zur Gesundheit wird schon im frühen Alter gelegt, wenn man die Kinder mit Kufekes Kindermehl und Kuhmilch ernährt, welches die Nährkraft der verdünnten Milch erhöht, sie durch eine feinflockige Gerinnung im Magen des Kindes leichter verdaulich macht und durch Beschränkung der abnormen Darmgärungen einen Schutz gegen Erkrankungen des Magen-Darmkanals verleiht, ferner die Muskelfleisch- und Knochen-Bildung in günstigster Weise beeinflußt, so daß das Körpergewicht in normaler Weise zunimmt. Mit Kufekes Kindermehl ernährte Kinder sind ruhig, leiden nicht an Blähungen, haben gesunden Schlaf, guten Appetit, geregelte Verdauung und gedeihen in jeder Weise vorzüglich.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anfg. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die stürmisch bejubelte Novität
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten mit den Autoren A. und D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag, den 3. März, nachmittags 3½ Uhr, b. halben Kassenpreisen:
Hausierer Jockell
und
Die letzte Ehre
mit A. und D. Herrnfeld.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Sanssouci Kottbuserstraße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Morgen Donnerstag:
Gr. Elite-Soiree.
(Durchweg neues Progr.)
Sonnt. Bg. 5, Sochent. 8 U.
Jed. Dienst.: Theaterabend

Folies Caprice.
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abend 8 Uhr:
10 000 Gulden Mitgift.
Glänzend neuer Soloteil:
Im Inspektionszimmer.
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim.

Deutsch-Amerikanisches Theater,
8 Uhr: (Oper und Operette).
Gastspiel des Theaters des Westens.
„Cousin Bobby".
Edmund Löwe a. G.
Sonntag 3 Uhr, halbe Preise:
Zar und Zimmermann.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Heute abend 8 Uhr:
Philippine Welser.
Schauspiel in 4 Akten von Redwitz.
Morgen:
Der Veilchenfresser.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit:
Ledige Leute
und das brillante Februarprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Colosseum
Dresdenerstraße 97.
Täglich: Großer
Bockbier-Jubel.
Musik! — Gesang! — Humor!
Allerlei Ueberraschungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 5. März, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

im „Hofjäger-Palais", Hasenheide Nr. 52/53.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Diskussion.
2. Bericht der Kommissionen und Diskussion.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionsmitglieder.
4. Anträge.

Vom Vorstand sind folgende Anträge gestellt:

1. gegen den Genossen Klempner **Robert Schulz**,
2. " " Lithograph **Paul Möhring**

das Ausschlußverfahren auf Grund der §§ 2 und 27 der Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzuleiten. 238/14

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Holzarbeiter!

Donnerstag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Ausgesperrten

in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114.

Donnerstag, den 28. Februar, nachmittags ½3 Uhr:

Versammlung

der **arbeitslosen** Tischler, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis

(Landsberger Viertel.)
Bezirk 179a.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Uhrmacher

Gotthard Miltz

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

242/18 **Der Vorstand.**

Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein guter Mann, unser treusorgender Vater, der Schriftsetzer

Fritz Siewert

infolge Schlaganfalles plötzlich verstorben ist.

Um stilles Beileid bitten

Die trauernde Witwe **Minna Siewert**
nebst Kindern.

Rixdorf, Reuterstr. 45.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. Februar, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 17445

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!

Die Differenzen der unterzeichneten Organisationen mit dem 48/1

Norddeutschen Brauhaus in **Grünau**

sind zur allseitigen Zufriedenheit der Beteiligten **beigelegt.**

Die **Sperre** über das **Norddeutsche Brauhaus ist aufgehoben.** Die Streikenden haben Dienstag früh die Arbeit wieder aufgenommen.

Die dem Direktor des Norddeutschen Brauhauses, Herrn Heinemann, in den Mund gelegten Aeußerungen betr. den „Jubel über den Ausfall der Reichstagswahlen", veröffentlicht in der Freitagsnummer des „Vorwärts" unter „Gewerkschaftliches", sind auf ein Mißverständnis zurückzuführen und werden hiermit **zurückgenommen.** (Siehe „Gewerkschaftliches" in Nummer 48 des „Vorwärts").

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
Ortsverwaltungen Berlin I und II.
Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands.

Goltzstr. 9 Schöneberg, Goltzstr. 9

Gustav Behrens Theater
— früher Schöneberger Wintergarten. —

Eröffnung Sonnabend, 2. März
— mit einem erstklassigen Programm. —

Männergesangverein „Brennabor"

Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Sangesbruder und zweiter Vorsitzender

Hermann Wicht

am 25. Februar verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Februar, nachmittags ½4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Schöneberg, Hauptstraße 46, aus statt.

Der Vorstand.
Walter Gommert, Vorsitzender,
17715b Romintenerstr. 24.

Typographia.

Durch das so plötzliche und unerwartete Hinscheiden unseres braven Sangesbruders und ehemaligen Vorsitzenden des Vereins, Kollegen

Fritz Siewert

hat der Verein einen herben Verlust erlitten. Sein stets reges Interesse für die Bestrebungen des Vereins sichern ihm ein bleibendes Andenken bei den Mitgliedern.

Die Mitglieder werden gebeten, möglichst vollzählig unserem verstorbenen Kameraden das letzte Geleit zu geben. (Beerdigung siehe vorstehend.)

Der Vorstand.

Stukkateure!

Montag, den 4. März 1907, abends 8½ Uhr
in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Zweck und Nutzen einer Verschmelzung mit dem Maurerverbande.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 178/8

Zahlreiche Teilnahme der Verbandskollegen an dieser wichtigen Verhandlung unter Hinzuziehung von Nichtmitgliedern und Gästen erwartet

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure.

Buggenhagen
Moritz-Platz.
Täglich:
Urfidele Stimmung.
Doppel-Konzert.
Schuhplattler.
Umzug des Zirkusdirektors a. d. J. 1840.
Die kluge Pauline.
Ockrummel

Statt jeder besonderen Mitteilung.

Hierdurch teile ich mit, daß mein lieber Mann, unser einziger Sohn und Bruder, Genosse

Dr. August Winter

von seinen langen Leiden erlöst worden ist.

Die Beerdigung findet am 28. d. Mts., 9½ Uhr vormittags in Rixdorf O./S. statt.

Berlin, Schönhauser Allee 32, 26. Februar 1907.

Für die Angehörigen:
Martha Winter,
17655 geb. Hartlem.

Am 23. d. M. verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager unser lieber Gatte, Vater, Schwiegervater und Großvater, der Maschinenarbeiter

Wilhelm Domke.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt. 17595

Die trauernden Hinterbliebenen:
Witwe Auguste Domke.
Max Domke.
Frida Domke geb. Issem.
Willy Domke.

Zentral-Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Bezirk Westen-Schöneberg.

Donnerstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Obst**, Meiningerstraße 8 (großer Saal):

Oeffentliche Bauarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Unsere bevorstehende Lohnbewegung.**
Referent: Genosse **Obst.**
2. Diskussion. 52/16

Recht zahlreichen Besuch erwartet **Der Zweigvereinsvorstand.** J. A.: W. Kribow.

Passage-Theater.

Heute Mittwoch, 27. Februar, zum 22. Male:

Mal was Anderes!

Posse von Leop. Ely.
Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kettner.
Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 24. Februar, starb nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau

Selma Schulz
geb. **Szillmer.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Dies zeigt tief betrübt an
Reinhold Schulz
17725 nebst Tochter.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Tempelhof.

Den Parteigenossen die traurige Nachricht, daß unser altes Mitglied, Schriftsetzer

Gustav Weiß

durch Unglücksfall verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeindekirchhof Tempelhof, Britzer Chaussee statt.

Rege Beteiligung erwünscht
17665 **Der Vorstand.**

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen daran Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Wwe. Antonie Tieke
nebst Kindern. 17635

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Todes-Anzeige.

Am 25. Februar verstarb der Kollege

Hermann Wolff

im Alter von 35 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Ackerstr. 133 aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee, statt.

195/9 **Der Vorstand.**

Eröffnung der Frühjahrs- und Sommer-Saison 1907.

Westmanns Engroshaus

Hauptgeschäft W.,
Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.
Filiale: O.,
Große Frankfurterstr. 115,
an der Andreasstraße.

Damenkonfektion.

Einzelverkauf an Private!

Spezialität:
Schicke Konfektion.

Pariser Original-Modelle, Paletots, Visites, Jacketts etc. Schickste Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Konfirmationskleider in elegantester, aber auch solidester Ausstattung — herrliche Piessen, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig. Durch geringe Spesen, sowie vorzügliche Verbindungen bin ich in der Lage, **bedeutend billiger** als in jedem Modehaus und Detailgeschäft abzugeben.

Selten günstige Gelegenheit!!!

Sämtliche noch vorhandenen Wintermäntel, Abendmäntel, Plüschkonfekt, Boleros, Röcke, Jacketts, Capes, Pelzkonfekt, Blusen u. Kostüme, in allen Größen **vorrätig, werden jetzt, um total zu räumen,** außergewöhnlich billig ausverkauft in 6 Serien

	1	2	3	4	5	6
früher bis	23 M.	42 M.	80 M.	125 M.	180 M.	208 M.
jetzt:	6,50 M.	12,50 M.	28 M.	41 M.	60 M.	70 M.

Große Trauerabteilung für Frauen und Kinder.
◆ Abonnenten erhalten bei Vorzeigung dieses 5 Proz. Rabatt. ◆

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28. **Filiale Berlin.** Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Mittwoch, 27. Februar, abends 8 Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Statutenberatung. 2. Vereinsangelegenheiten.

107/3 **Die Ortsverwaltung.**

Verein Berliner Hausdiener.

Gegründet 1883. **Gegründet 1883.**

Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Arbeitsnachweis: Alte Leipzigerstr. 1, Eingang Raules Hof. Fernsprecher: Amt I Nr. 2632.
Bureau und Kasse: Alte Leipzigerstr. 1a. Fernsprecher: Amt I Nr. 4981. — Sonntags geschlossen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die organisierten Einkassierer und Kassenboten ersuchen die Arbeiterschaft Deutschlands, **bei Abschlüssen von Geschäften und Versicherungen** aller Art sowie bei Zahlungen sich von den mit **brauner** Legitimationskarte versehenen **Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Versicherungskassierern bedienen zu lassen.** Die Karte muß jedes Quartal abgestempelt sein.

Ganz besonders bitten wir auf die **Sonntagskassierer** zu achten.

Wer nicht im Besitze der **braunen** Legitimationskarte ist, gehört unserer Organisation **nicht** an.

Informiert Eure Frauen!

Die Agitationskommission der Einkassierer und Kassenboten.
17485 J. A.: **Friedr. Luckow,** Berlin, Fehrbelliner Straße 3.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Heinrich Landeck

im Alter von 70 Jahren am 25. d. Mts. verstorben ist. 40362

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Hufenstr. 11 aus statt.

Hedwig Rowe geb. Landeck.
Paul Rowe und **Kinder.**

Danksagung.

Für die überaus zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes, des Gastwirtes

Otto Schilling

sage ich allen, insbesondere Herrn Stadtverordneten **C. Odst** für die trostreichen Worte am Grabe, sowie den Gesangvereinen „Frohe Hoffnung" und „Rote Nelke I", ferner den Mitgliedern des Wahlvereins sowie sämtlichen Mitgliedern der Gewerkschaften, welche meinem Manne die letzte Ehre erwiesen, meinen herzlichsten Dank. 40372

Wwe. Elisabeth Schilling.

Danksagung.

Sage allen für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und für die Unterstützung, die derselben während ihrer Krankheit und mir bis zuletzt zuteil geworden ist, meinen aufrichtigen Dank. 4040

M. Boddin nebst Kindern,
Rahnsdorfer Mühle.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 28. Februar 1907, abends 8½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11/12:

Branchenversammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Robert Schmidt** über: **„Was müssen wir vom Unfallversicherungsgesetz wissen"?** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Kommission.

Branche der Maschinenarbeiter.

Mittwoch, 27. Februar, abends 8½ Uhr, in den „Andreassälen", Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

☛ Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. ☚

81/8 **Die Branchenkommission.**

Partei-Speditionen:

Zentrum I: Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Süden und Südwesten: Hermann Werner, Rittenwalderstr. 30.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Bülowstr. 52, Hof.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis, Osten: Robert Wengels, Rüdersdorferstr. 3, am Küstrinerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Reibelstr. 42 (Laden).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiße, Wiesenstraße 41/42.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rajchke, Ackerstr. 36, Eingang Ruppinerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Rügenerstr. 24, vorn part. links.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Alt-Glienicke: Reinhold Schulz, Rudowerstr. 83.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, vorn I.
Wilmersdorf-Halensee: Georg Feese, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Wilhelmstr. 21.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Cunostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Bonakowsky, Hasselwerderstr. 1d.
Johannisthal: Franz Hünold, Bismarckstr. 7.
Adlershof: Erich Steuer, Roonstr. 8, I.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Luckenwalderstraße 4b.
Köpenick: Friedrich Woick, Grünstr. 4.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.
Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
Baumschulenweg: Stock, Ernststr. 2, II.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Provinzstraße 108, II.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstraße 43.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Mühlenstr. 73.
Bernau: Heinrich Brose, Hohesteinstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Alfons Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Kessler, Hohensteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstraße 1.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

☛ **Bitte ausschneiden.** ☚

Unsere **erprobten** und **bewährten**

Spiritus-Glühlicht-

Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen

☛ **zu unseren Listenpreisen** ☚

erhältlich bei 3864L*

W.
Carl Haupt, Tauenzienstr. 14
Georg Küpferling, Augsburgerstraße 22 u. Geisbergstr. 27
P. Raddatz & Co., G. m. b. H., Leipzigerstr. 122/123
Emil Riedel, Potsdamerstr. 52
Albert Rosenhain, Leipzigerstr. 74
R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85

NW.
A. Ahrens & Co., Alt-Moabit 77

SW.
Richard Hauer, Lindenstr. 81
O. P. Neuendorf, Blücherstr. 12
H. Schollwer, Yorkstr. 49

C.
Erich Flosky, Münzstr. 2
Martin Gülzow & Co., Seydelstr. 26
Holtz & Linke, Landsbergerstr. 58

S.
Hermann Arhold, Alexandrinenstr. 110
H. Kabermann, Prinzenstr. 26
Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60

SO.
Wilh. Krusemark, Oranienstr. 205

O.
Erich Flosky, Frankfurter Allee 102

N.
Reinhold Becker, Invalidenst. 164
O. P. Neuendorf, Friedrichstr. 180,

Charlottenburg.
Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59
Eugen Vielitz, Lohmeyerstr. 1

Wilmersdorf.
E. Soltaus, Kaiser-Allee 17.

Centrale für Spiritus-Verwerthung

G. m. b. H.

Ausstellungs- und Verkaufs-Lokal:

Friedrichstr. 96 **BERLIN NW. 7,** gegenüber dem Central-Hotel

Katz Gebrüder

Neu-Eröffnung

unserer Filiale

Große Frankfurterstraße 121

Anfang März.

Spitzen □□□□
Besätze □□□□
Stickereien □□□
Weißwaren □□□

Knöpfe □□□□
Gürtel □□□□□
Schlösser □□□
Garnituren □□□

Schleier □□□□
Bänder □□□□
Schleifen □□□□
Chiffons □□□□

Kurzwaren und Futterstoffe aller Art zu äußerst billigen Preisen.

□

7 Verkaufshäuser:

C., Jerusalemer Straße 18.
W., Potsdamer Straße 41.
W., Tauenzien-Straße 12a.
N., Chaussee-Straße 60.
O., Gr. Frankfurter Straße 121.
Charlottenburg, Berlinerstr. 133.
Moabit, Turm-Straße 20.

Dr. Simmel, Prinzen Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 3/5-
10—2, 5—7 Sonntags 10—12, 2—4.

Amtl. untersucht, unverfälscht 1904er
Weiß- u. Rotwein 60 Pf.
pr. Ltr. u. 62 Pf. pr. Fl. mit Glas. Fässer v. 30 Ltr., Kisten v. 12 Fl. an. Probekiste 6 weiß, 6 rot. Weingut Ed. de Waal & Sohn, Koblenz 88.

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115 I, a. Oranienburgerstr. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Masken-Garderobe
Karl Ernst,
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Strasse 4, I.

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung

Paul Burow's Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstraße 105.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.

Frankfurter Chaussee 5.

Jeden Sonntag im Königssaale:

Großer Ball

unter Leitung des Herrn O. Bürger.

Jeden Mittwoch:

Willy Walde-Sänger.

Gebr. Arnhold. 38202*

Neuerscheinungen.

Charles Fourier.
Sein Leben und seine Theorien von **August Bebel.**
Mit einem Portrait Fouriers und einer Abbildung des Phalanstères.
Dritte Auflage.
Preis 2 M., geb. 2,50 M.

Der Schutz der Deutschen in Frankreich 1870—1871.
Briefwechsel des außerordentlichen Gesandten u. bevollmächtigten Ministers der Vereinigten Staaten in Frankreich E. B. Washburne in Paris vom 17. Juli 1870 bis zum 29. Juni 1871. Ausgewählt, übersetzt und mit einer Einleitung versehen von **Adolf Hepner.**
Preis brosch. 2,40 M., geb. 3 M.

Lohnarbeit und Kapital
von **Karl Marx.**
Neu herausgegeben von **Karl Kautsky.**
Preis 25 Pf.

Arbeiter-Programm
über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes von **Ferdinand Lassalle.**
Mit Vorbemerkungen herausgegeben von **Ed. Bernstein.**
Preis 30 Pf.

Expedition des „Vorwärts"
BERLIN SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

Mit Ihren geringen Ersparnissen können Sie Ihr
Glück machen.
Ordentlichen, nüchternen Schlossern, Monteuren usw. geben wir schon bei geringer Anzahlung
Motorwagen
wodurch sie ein glänzendes Einkommen erzielen, besonders da jetzt die Fahrtaxe um ½ erhöht ist. 175/18*
Berliner Automobilhaus- und Industrie-Gesellschaft m. b. H.,
Berlin W., Uhlandstr. 170.

Restaurations-Grundstück,
seit 23 Jahren in letzter Hand, Saal 600 Personen fassend, Garten, Sommer- und Winterbühne, Nähe Berlins, direkte Bahnverbindung, ist wegen andauernder Krankheit der Frau unter sehr günstigen Bedingungen billig zu verkaufen. Zur Uebernahme sind 15 000 M. erforderlich. Berliner Brauerei hilft. Auskunft erteilt **Franz Schuldt,** Putbuserstr. 25. 17028

Zahnärztliche Klinik
Belleallancestr. 106 I.
Zahnziehen unentgeltl.
Bei künstlich. Zähnen, spez. Kronen- u. Brücken-Plomben 2c. werden nur die Auslagen berechnet. 39282*
Geöffnet 9—6, Sonntags 9—12 Uhr.

Bau- u. Gartenland-Parz.
äußerst günstig nahe Berlin offeriert
Paul Vahlteich,
Berlin NW., **Wiclefstraße 22.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

1. Wahlkreis. Sonntag, den 3. März, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, Versammlung mit Frauen; hieran anschließend geselliges Beisammensein und Tanz. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Achtung, 5. Wahlkreis! Die erste Abteilung hält heute Mittwoch abend 8½ Uhr, einen gemeinsamen Extra-Zahlabend bei Borde, Neue Königstr. 7 (Lunafäle) ab.

Die Mitglieder werden dringend um pünktliches Erscheinen gebeten. Der Abteilungsführer: Wasser.

Reinickendorf-West. Achtung! Flugblattverbreitung. Da umständehalber die Flugblattverbreitung am Sonntag nicht vorgenommen werden konnte, werden sämtliche Funktionäre und Wahlvereinsmitglieder aufgefordert, heute, Mittwochabend, so zeitig wie möglich sich in den Lokalen Franke, Eichbornstr. 18, und Otto, Berlinerstraße, einzufinden, um die Flugblätter in Empfang zu nehmen. Ferner wird auf die am 5. März abends 8 Uhr im Lokale Muster, Berlinerstraße 29, stattfindende Fortsetzung der Generalversammlung hingewiesen. Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen.

Der Vorstand.

Tegel. Genossen! Heute, Mittwoch, abends 8½ Uhr, beim Genossen Götze, Schloßstr. 7/8, Kursus in Nationalökonomie. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Stadthaushaltetat für das Jahr 1907

ist im Entwurf vom Magistrat fertiggestellt worden und wird jetzt den Stadtverordneten mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt. Die Stadtverordnetenversammlung wird am Donnerstag an die Prüfung dieses Entwurfs herangehen und nach einer Generaldebatte ihn zunächst dem Etatausschuß überweisen. Der neue Stadthaushaltetat überrascht dadurch, daß er in Einnahme und Ausgabe mit einer geringeren Summe als der vorhergehende abschließt. Der gesamte Einnahme- und Ausgabebetrag stellt sich für 1907 auf rund 147½ Millionen Mark, das sind 6 Millionen weniger als im Etat für 1906. Hierzu kommen allerdings noch die besonderen Etats der städtischen Werke, die diesmal abschließen in Einnahme und Ausgabe mit 123 Millionen Mark, 17 Millionen mehr als im vorhergehenden Jahre. Stadthaushaltetat und Werketats ergeben für 1907 zusammen 270¾ Millionen Mark, 11 Millionen mehr als für 1906. In dieser Summe stecken indes auch die sehr erheblichen Beträge, die nur durchlaufende Posten sind.

In den Stadthaushaltetat sind für die Verwaltungen, die einen Zuschuß erfordern, diesmal 106½ Millionen an Zuschüssen eingestellt worden, 7½ Millionen mehr als im Vorjahre. Die Bauverwaltung, die diesmal 19⅓ Millionen Zuschuß erfordert, ist an dem gesamten Zuschußplus mit mehr als 4¾ Millionen beteiligt. In den 106½ Millionen sind übrigens auch 3 Millionen, die für Werke zugeschossen werden müssen, für Kanalisation und Hafen. Die Verwaltungen, die einen Ueberschuß abwerfen, müssen diesmal Ueberschüsse im Betrage von 106½ Millionen herauswirtschaften, aus denen die oben erwähnten Zuschüsse gedeckt werden sollen. Die Kämmerei mit knapp ½ Million Ueberschuß und die Gaswerke, Wasserwerke, Vieh- und Schlachthof, Markthallen mit zusammen 9½ Millionen Ueberschuß spielen keine sehr erhebliche Rolle. Mehr fällt diesmal das Kapitel „Verschiedene Einnahmen (Abgaben, Dotationen, Renten usw.)" ins Gewicht; aber auch hier werden knapp 21 Mill. erwartet, woran übrigens der aus dem Stadthaushaltetat für 1905 zu verrechnende Ueberschuß allein mit ziemlich 11½ Millionen beteiligt ist. Haupteinnahmequelle müssen in Berlin leider die Steuern sein, weil die Geschäftsklugheit des Stadtfreisinns dafür gesorgt hat, daß rentable Unternehmungen, wie Straßenbahnen und Elektrizitätswerke, privaten Erwerbsgesellschaften reserviert wurden. Aus den Steuern muß der gesamte übrige Betrag, der noch für Zuschüsse erforderlich ist, herausgeholt werden. Das sind diesmal 75½ Millionen Mark, rund 4 Millionen mehr als im Vorjahre. Erwartet wird aus Steuern eine Bruttoeinnahme von 77¼ Millionen, die sich durch Ausgaben der Steuerverwaltung im Betrage von 1¾ Millionen auf, wie oben angegeben, 75½ Millionen vermindern. An dieser Bruttoeinnahme sind hauptsächlich beteiligt: die Einkommensteuer mit 34¼ Millionen, 2 Millionen mehr als im Vorjahre, die Grundsteuer mit 23½ Millionen, 1 Million mehr, die Gewerbesteuer mit 11¾ Millionen, etwa 1 Million mehr, die Umsatzsteuer mit 5 Millionen, ziemlich wie im Vorjahr. Dazu kommen mit kleineren Beträgen die Hundesteuer, die Betriebssteuer usw. Die Sätze bleiben, wie bisher, für die Einkommensteuer 100 Proz., für Grund- und Gewerbesteuer 150 Proz. Mehr ist nicht nötig, weil vom Magistrat bei der Aufstellung des Etatentwurfs wieder durch „vorsichtige" Bemessung der Ausgaben dafür gesorgt worden ist, daß „alles klappt".

Bei der Prüfung des Entwurfs und der schließlichen Festsetzung des Etats geht die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung von Gesichtspunkten aus, die denen der sozialdemokratischen Fraktion völlig entgegengesetzt sind, um die notwendigen Aufgaben der Kommune zu erfüllen. Die freisinnige Mehrheit kehrt das Verhältnis um. Sie fragt, welche Aufgaben der Kommune als notwendig anerkannt werden dürfen, damit der zuläßige Ausgabebetrag langt. „Zuläßig" erscheint aber dem Stadtfreisinn nur der Ausgabebetrag, bei dem es möglich bleibt, die Einkommensteuer, die Grundsteuer usw. nach den bisherigen Sätzen zu erheben. Da der Entwurf auch des neuen Etats diese Bedingung erfüllt, so leistet auch er wieder alles, was die freisinnigen Geldsackvertreter von ihm verlangen. Nachdem sie es so lange versäumt haben, der Stadtgemeinde neue Einnahmequellen zu erschließen, dürfen sie es natürlich nicht wagen, die Bürgerschaft noch mehr mit Steuern zu belasten und z. B. mal über die 100 Proz. Einkommensteuer hinauszugehen. Sie wissen, daß das nötig wäre, aber auch das wissen sie, daß sie als die Schuldigen dann den Unmut der Bürgerschaft zu fürchten hätten. Darum lassen sie lieber alles beim alten, d. h. bei der lieben, alten Gewohnheit, in der Erfüllung kommunaler Kulturaufgaben „sich nach der Decke zu strecken" und für Schulwesen, Gesundheitswesen, Armenwesen usw. immer nur so viel als notwendig anzuerkennen, daß „die Decke langt".

In den städtischen Säuglingsfürsorgestellen Nr. IV, Luisenufer 50, und Nr. V, Pankstr. 7, beginnen am Freitag, den 1. März, 6 Uhr abends, wieder unentgeltliche Kurse der Säuglingspflege für Frauen und Mädchen. Die Dauer des Kurses beträgt bei wöchentlich zwei Stunden drei Wochen. Vorherige mündliche oder schriftliche Anmeldung von 1—4 in den Instituten erbeten.

Grunewald und Magistrat. Ueber die Stellung, die der Magistrat hinsichtlich der Erhaltung der die Reichshauptstadt umgebenden Wald- und Heideländereien, insbesondere auch des Grunewaldes einzunehmen beabsichtigt, soll sich Herr Bürgermeister Dr. Reicke folgendermaßen ausgelassen haben: Die Erhaltung bezw. der Erwerb der, Berlin umgebenden Wälder ist für uns nicht nur, um der Bevölkerung auch weiterhin ausgiebige Erholungsmöglichkeiten zu schaffen, sondern auch vor allem deshalb notwendig, um eine Einkreisung und Isolierung der Stadt durch Privatbesitz usw. zu verhüten. Er sei der Ueberzeugung, daß die Schaffung eines die Reichshauptstadt vollständig umgebenden Wald- und Wiesengürtels mit allen Kräften angestrebt werden müsse. Ausführbar sei ein solcher Plan natürlich nur mit Hülfe der in Betracht kommenden Nachbargemeinden Berlins; und deshalb habe der Magistrat die Absicht, sich mit diesen Gemeinden zu einem großen Zweckverband zusammenzuschließen. Der Forstfiskus — das könne wohl als sicher gelten — werde diese Pläne entsprechend fördern. So sei z. B. zu hoffen, daß der Fiskus den Grunewald der Stadt verpachten werde. Außer den Terrains, die jetzt schon im Besitze der Stadt Berlin bezw. des Fiskus und den erwähnten Gemeinden seien, würde der Verband noch größere Komplexe von Privatländereien hinzu erwerben müssen, um den Gürtel um Berlin zu schließen. An die Bildung des Verbandes werde erst zu Beginn des Sommers herangetreten werden können, da örtliche Besichtigungen unumgänglich notwendig seien. Hinsichtlich des projektierten Grunewaldseekanals äußerte sich Herr Bürgermeister Dr. Reicke dahin, daß die Befürchtungen, die sich an dieses Projekt knüpften, im großen und ganzen wohl grundlos seien. Bei der Größe des Grunewalds käme es kaum in Frage, wenn an den Ufern des Kanals wirklich einige Villen gebaut würden. Selbstverständlich dürften die Bauterrains nicht tiefer in den Wald einschneiden.

Die Auffassung des Herrn Bürgermeisters über das „Wohlwollen des Fiskus" können wir nicht teilen; sie scheint uns eine sehr naive zu sein.

Neues Fremdenpostamt in Berlin. Ein prächtiges Fremdenpostamt wird heute Mittwoch früh in Berlin eröffnet. Das Postamt Berlin NW. 7 wird in der Nacht vom 26. zum 27. Februar aus dem Hause Dorotheenstraße 22 in das reichseigene Dienstgebäude Dorotheenstraße 23/24 verlegt werden. Im Mittelpunkt des Fremdenverkehrs der Reichshauptstadt gelegen wird es wohl von jedem Fremden einmal gelegentlich aufgesucht werden. In seiner farbenfrohen ruhigen Architektur dient der Neubau zur besonderen Zierde jener Gegend eines veralteten und unechten Schmucks. Die ganzen Baulichkeiten gruppieren sich um zwei Höfe. Der vordere derselben, rings umbaut, dient in seiner ganzen Ausdehnung zu einer geräumigen Schalterhalle mit reichlichem Oberlicht. Dem Bedürfnis eines lebhaften Kleinverkehrs entsprechend, sind drei Seiten der Halle mit Schaltern besetzt. Nicht weniger als 18 stehen dem Publikum zur Verfügung. In der Mitte bildet der Stand einer Markenverkäuferin mit 12 Schreibplätzen eine würdige Zierde des Raumes. Der Aufbau ist in modernen Formen ausgeführt. Jeder Platz ist vom andern durch eine Scheidewand getrennt. Die Inschriften über die Bestimmung der einzelnen Schalter sind nicht mehr aus Papier, sondern aus Milchglas mit schwarzen Buchstaben hergestellt. Die ganze Ausstattung zeigt überhaupt modernen Geschmack. Ein besonderer Eingang dient zur Auflieferung der Pakete. An die geräumige Packkammer schließt sich hinten der zweite Hof an. Eine Ausfahrt ermöglicht den Verkehr der Postwagen ohne Behinderung des Publikums. Um den Schalterhof ist die Abfertigung, Rohrpost, Diensträume für die Aufsicht usw. angeordnet. Zwei Treppen hoch befinden sich ausgedehnte Diensträume für das Sortier- und Briefträgergeschäft, meist von zwei Seiten reichlich mit Licht versehen. Die oberen Stockwerke sind zu Dienstwohnungen ausgebaut. Die Fassade zeigt im allgemeinen die Formen der deutschen Renaissance. Die Gliederung ist in der Hauptsache durch Tore, Risalite und Giebel bewirkt, nur wenig durch gelegentlichen Schmuck mit Hilfe von Putten, Emblemen usw. Eine besondere Freude wird den Freunden der heutigen Architektur das ungewöhnlich steile Ziegeldach bereiten.

Im Berliner Lehrerverein sprach am letzten Freitag der bekannte Strafrechtslehrer, Herr Professor Fr. von Liszt, über die strafrechtliche Verfolgung Jugendlicher, wie er erklärte, nicht, um etwas besonders Neues vorzutragen, sondern um die Notwendigkeit des Zusammengehens von Kriminalisten und Pädagogen in dieser Frage zu dokumentieren. Leider sei bei den gesetzgebenden Körperschaften das erforderliche Verständnis für diese Angelegenheit nicht vorhanden. Das beweisen die Protokolle der Kommission, welche sich im Reichsjustizamt mit Vorschlägen zur Reform des Strafprozesses befaßt. Nur hier und da sei auch diese Materie behandelt und Vorschläge gemacht worden, die Verbesserungen in der Minderheit, in der Mehrzahl aber Verschlechterungen bedeuteten. Als Grundforderung, die er als recht bescheiden bezeichnete, stellte der Herr Vortragende die Heraufsetzung der Strafmündigkeit vom vollendeten 12. auf das vollendete 14. Lebensjahr fest. „Schulkinder gehören nicht vor den Strafrichter; Schulkinder gehören nicht ins Gefängnis!" „Das Hineinzerren" von Kindern in den Strafprozeß und in das Gefängnis schließe Gefahren in sich nicht nur für den Delinquenten selbst, sondern auch für seine Mitschüler, in deren Mitte er nach verbüßter Strafe wieder zurückkehrt. In mehreren Kantonen der Schweiz seinen moderne Gesichtspunkte bereits in die Praxis übergeführt worden. Man hat dort das Schulstrafrecht ausgebaut, das u. a. die Verhängung unter Aufsicht von Lehrern zu verbüßender Körperstrafen in sich schließt. Das Moment der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht, das den Jugendlichen schützen soll, sei zu einer rein äußerlichen Formel geworden und müsse aus dem Gesetze ausgeschieden werden. Diese „Einsicht" des Jugendlichen könne schon aus Zeitmangel nicht festgestellt werden. In der gegenwärtigen Praxis des Strafprozesses seien Jugendliche und Erwachsene einander im ganzen und großen gleichgestellt. Zu geradezu Unhaltbarem führe es, daß der Jugendliche als selbständiges Prozeßobjekt bezw. -subjekt auftrete, während im Zivilprozeß, d. h. wo es sich um Geldstrafen oder geringe Gefängnisstrafen handelt, sein gesetzlicher Vertreter in Aktion treten muß. Im Strafverfahren dagegen, wo auf Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren erkannt werden, erfolgen alle Zustellungen an den 18jährigen Jungen, dem es von Rechts wegen anheimgegeben ist, zu seinen Gunsten in das Verfahren einzugreifen: Anträge auf Einstellung der Voruntersuchung oder Beweisanträge zu stellen, sonstige Rechtsmittel anzuwenden, auf sie zu verzichten, gesetzliche Fristen innezuhalten usw. Eine Gefahr für Jugendliche bildet auch die Untersuchungshaft, die in Wegfall kommen müsse.

Herr Professor von Liszt fordert, daß bezüglich der Jugendlichen der Charakter des Verfahrens als Strafverfahren in den Hintergrund treten müsse, da in den meisten Fällen eine Verurteilung nicht erfolgen dürfe. Während jetzt der Beschluß auf Eröffnung des Hauptverfahrens auf Grund der Akten erfolgt, müßten Vorverfahren und Eröffnungsbeschluß Sache des Vormundschaftsrichters sein. Dieser habe in Gemeinschaft von Beisitzern (Pädagogen, Mediziner) unter Berücksichtigung der individuellen, insbesondere gesundheitlichen, häuslichen Verhältnisse, Gutachten der Schule usw. darüber zu entscheiden, ob eine Verwarnung, das Schulstrafrecht oder Fürsorgeerziehung Platz zu greifen habe. Geistig Minderwertige oder Kranke seien besonderen Anstalten zu überweisen. Nur wenn nichts mehr zu bessern oder zu verderben ist, könne die Eröffnung des Hauptverfahrens erfolgen, das vor dem ordentlichen Richter unter Anwendung aller Kautelen des modernen Strafprozesses geführt werden müsse. Auch bezüglich des Strafvollzuges sei mit der bisherigen Praxis zu brechen. Ueberall müsse dem der modernen Pädagogik entstammenden Gedanken der Anpassung und Ausscheidung Geltung verschafft werden. Die in Amerika bestehenden sogenannten Kindergerichtshöfe hält der Herr Vortragende für unsere Verhältnisse nicht für empfehlenswert.

Im Anschluß an den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag wurde in der Debatte die Befürchtung laut, der Ausbau des Schulstrafrechts sei geeignet, die Reibungsflächen zwischen Schule und Haus noch zu vergrößern; ferner wurde die Führung eines Schüler-Personalbogens empfohlen, der Eintragungen des Schularztes und der Lehrer über geistige Entwickelung, gesundheitliche, häusliche Verhältnisse usw. enthalten müsse. Professor von Liszt bezeichnet einen solchen Personalbogen als höchst zweckmäßig und schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen segensreich.

Die städtischen Behörden der Reichshauptstadt sind anscheinend anderer Meinung. Schon vor 4 Jahren hat der Lehrerverein wegen Einführung dieses Personalbogens petitioniert und Formularentwürfe beigefügt; die Antwort steht leider noch aus. Nachträgliche Bemühungen, das Schicksal der Petition, sowie den Verbleib des Materials zu erforschen, sollen resultatlos verlaufen sein.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 28. Februar 1907, nachmittags 5 Uhr. Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend schnellere Beseitigung der Schneemassen bei größeren Schneefällen. — Vorlagen betreffend: den Ankauf des Grundstücks Melchiorstr. 20, zum Zwecke der Erweiterung der Werkstatt der städtischen Wasserwerke, — die Enteignung eines Teiles des Inselspeichergrundstücks, — den freihändigen Erwerb des Grundstücks Gartenstr. 92, — die Errichtung von Baulichkeiten auf den städtischen Rieselgütern, — die in den Etat für 1907 aufzunehmenden neuen oder abgeänderten Gehaltsskalen, — die Auswahl der Neu- und Umpflasterungen für das Rechnungsjahr 1907, — die Verlängerung eines Rohrstranges durch das Gelände im Nordosten des Weichbildes zur Verbesserung der Wasserversorgung der nördlichen Hochstadt, — die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahr 1907, — und die Festsetzung der Etats: des städtischen Viehmarktes, des städtischen Schlachthofes, sowie der städtischen Fleischbeschau auf dem Schlachthofe für das Etatsjahr 1907. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend die Verwendung eines Teiles des städtischen Geländes an der Pank- und Wiesenstraße für Gemeindeschulzwecke — und die bei dem Untersuchungsamte der Stadt Berlin für Nahrungsmittel, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände zunächst einzurichtenden Stellen. — Vorlagen betreffend die Festsetzung des Stadthaushaltsetats für das Etatsjahr 1907, — die Bewilligung von 10 000 Mark Unterstützung für die auf der Grube Reden-Saarbrücken verunglückten Bergarbeiter und deren Witwen und Waisen, — die Errichtung eines Vierfamilienhauses bei der Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten, — die Neuwahl eines Stadtsyndici, — die Ueberweisung zweier Grundstücke an die Verwaltung der städtischen Straßenreinigung zur Errichtung von Fahrzeugdepots, — den Umbau von 278 Sprengwagen der Straßenreinigung, — den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Gemeinde Blankenburg über die Gasversorgung dieser Gemeinde durch die städtischen Gaswerke und die Einbeziehung der Blankenburger Gemarkung in das städtische Gasrohrnetz, — die Festsetzung der Etats: der städtischen Gasanstalten und der öffentlichen Petroleumbeleuchtung, der Wasserwerke, der Markthallen, der Kanalisationswerke und Rieselfelder sowie für die Verwaltung des zur Anlegung eines Nordwesthafens angekauften Geländes für das Etatsjahr 1907.

Dem Zuge der Zeit. Laut Beschluß der Badeanstaltsbesitzer von Berlin und den Vororten sollen die Preise für medizinische Bäder vom 1. März 1907 an erhöht werden.

Eine Versammlung von Wäscherei- und Plättereibesitzern in Dräsels Festsälen beschloß gleichfalls eine neue Preisregelung für das Waschen.

Eine Explosion auf dem Hofe des Bürgerlichen Brauhauses in der Neuen Königstraße gab gestern Veranlassung zu übertriebenen Gerüchten. Der Böttcher T. war dortselbst mit dem Auspichen eines Fasses beschäftigt, wobei sich die in dem Gebinde angesammelten Gase entzündeten und explodierten. Eine gewaltige Stichflamme loderte empor und brachte dem T. leichte Verletzungen bei. Durch den starken Luftdruck wurden fast die sämtlichen Fenster der Brauereigebäude und des vor denselben belegenen Wohnhauses zertrümmert, weiterer Schaden jedoch nicht herbeigeführt. T. wurde nach der Unfallstation in der Reibelstraße gebracht und erhielt dort einen Notverband.

Ein „edler" Menschenfreund. In Nr. 19 der Wochenschrift „Fürs Haus" vom 10. Februar 1907 war ein Inserat erschienen, wonach ein vermögender Herr junge Leute zu einer Osterferien-Reise nach Italien kostenfrei mitnehmen wollte. Meldungen waren zu richten unter „ Rom" postlagernd Berlin W. 10. Die hierauf sich zahlreich Meldenden erhielten einen Brief, unterzeichnet Max Berndt, in welchem gesagt wurde, daß doch ein Zuschuß von 20 Mk. bis Rom und von 30 Mk. bis Neapel geleistet werden müsse und daß dieses Geld in einem gewöhnlichen Briefe nach Dorotheenstraße 6 geschickt werden sollte. Daselbst befindet sich aber das Orientalische Seminar und jeder, der dort hinkommt, kann die dort ausliegenden eingegangenen Briefe mustern und eventuell mit sich nehmen. Der angebliche Max Berndt wurde gestern in der Person eines jungen Studierenden der Rechte ermittelt und nach erfolgter Vernehmung seinem Vater übergeben.

Graf Pückler verhaftet. Graf Pückler aus Klein-Tschirne wurde gestern nachmittag in einem hiesigen Hotel, in dem er wohnte, durch einen Kriminalbeamten verhaftet und nach dem Gefängnis in Tegel transportiert. Das Urteil der Berliner Strafkammer, durch das Graf Pückler vor mehreren Monaten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist in der vorigen Woche rechtskräftig geworden. Da der Graf sich nicht selbst zum Strafantritt gemeldet hatte, erfolgte seine Verhaftung und zwangsweise Ueberführung in das Gefängnis.

Eifersucht ist das Motiv, das einem blutigen Drama zugrunde liegt, das sich am Montag in der Rügenerstraße 3 abspielte. Der Arbeiter B. fiel über seinen bei ihm wohnenden Bruder her und richtete ihn in der schlimmsten Weise zu. Ohnmächtig brach der Mißhandelte zusammen und mußte nach Anlegung von Notverbänden auf der Unfallstation in der Badstraße nach einem Krankenhaus gebracht werden.

Zeugen gesucht. Am Sonntag, den 22. Dezember, Nachmittag zwischen 3—4 Uhr, fiel ein älterer Mann aus dem Stadtbahnzuge auf dem Schlesischen Bahnhof. Zeugen, welche den Vorfall gesehen haben, werden höflichst gebeten, ihre Adresse abzugeben Stralsunderstraße 26 bei Blonski.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr kam in der Putlitzstr. 17 in einer Gastwirtschaft Feuer aus. Als der 15. Zug dort ankam, stand die Ladeneinrichtung in Flammen. Um diese zu löschen, mußte die Feuerwehr kräftig Wasser geben. Durch Umfallen einer Petroleumlampe entstand in einer Wohnung am Arkonaplatz 1 Feuer, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Ferner hatte der 7. Zug in der Warschauerstr. 70 zu tun, wo die Dachverschalung, Späne in einem Exhaustor und anderes brannten. Durch längeres Wassergeben gelang es, den Brand an weiterer Ausdehnung zu verhindern. In der Dresdenerstr. 46 hatte der 5. Zug zu tun. Dort brannten Schmieröl, Staub und ein Wellenlager, und in der Fichtestraße 30 Stroh usw. Ein kleiner Wohnungsbrand rief die Wehr

nach der Chorinerstr. 59. Nach der Grenzstr. 18 wurde die Feuerwehr zweimal unbefugterweise alarmiert, weil dort ein Pferd in eine Grube gestürzt war. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Schivelbeinerstr. 3 und von anderen Stellen ein.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr, 4. Abteilung für Lichtenberg und Umgegend bei Pickenhagen, Scharnweberstraße 60. Vortrag: Gefahrdrohende Krankheitszustände. Vortragender Herr Dr. Hirschfeldt. Daran anschließend praktische Uebungen. Es wird erwartet, daß alle Mitglieder erscheinen. Gäste willkommen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. — Heute Abend Monatssitzung der dienstuenden Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wurden am Montag die Verkehrsdebatten fortgesetzt und weitere Klagen über die traurigen Verhältnisse vorgebracht. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die vielen Reden und Klagen der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft gegenüber jetzt gar keinen Zweck habe; wenn man eine Verbesserung wolle, so müsse die Stadt selbst die Hand ans Werk legen, wie dies schon seit Jahren von den sozialdemokratischen Stadtverordneten verlangt worden ist. Der Oberbürgermeister erklärte bei dieser Gelegenheit, daß in wenigen Tagen die Vorarbeiten zur Errichtung der städtischen Untergrundbahn beendet seien und der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage zugehen werde. Auch betreffs Errichtung von Automobilomnibus-Linien stehe der Magistrat in Unterhandlung mit Privatgesellschaften und anderen Gemeinden. Ebenso habe sich der Magistrat damit beschäftigt, eigene Automobilomnibusse anzuschaffen und neue Linien einzurichten. Angenommen wurden sodann einstimmig zwei Anträge. In dem ersten wird der Magistrat aufgefordert, energisch auf die Abstellung der in der vorliegenden Petition geschilderten Mißstände hinzuwirken. Der zweite, von den Liberalen gestellte Antrag, richtet das Ersuchen an den Magistrat, an den zuständigen Stellen auf eine Verbesserung der gesamten Verkehrsverhältnisse hinzuwirken; für den Fall, daß den berechtigten Forderungen der Stadt nicht in vollem Umfange Rechnung getragen wird, wird der Magistrat aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage für die Errichtung von Verkehrsbetrieben in städtischer Regie auszuarbeiten.

Bei der Petition der Schöneberger Oberlehrer um Anrechnung ihres Militärjahres auf das Besoldungsdienstalter benutzte der Stadtv. Hepner die Gelegenheit, um den Mißmut der Hausbesitzer gegen die Gehälter der städtischen Beamten zum Ausdruck zu bringen. Er erklärte, daß jeder Groschen, der in dieser Beziehung bewilligt werde, eine neue Belastung für die Hausbesitzer bedeute. Der Versammlung rechnete Redner vor, daß die Hausbesitzer es seien, die fast die gesamten Steuern aufzubringen haben. Werde mit den Bewilligungen noch fortgefahren, so bringe man das Fundament der Stadt, das die Hausbesitzer bildeten, zum Erschüttern. Die Stadtvv. Rheinbacher und Dr. Voßberg (Lib.) traten diesen Ausführungen entgegen. Der Hausbesitzer zahlt zwar die Steuern, aber er bringt sie nicht auf. Das Einkommen der Hausbesitzer stelle sich doch nicht als ein Gewinn aus einer geleisteten Arbeit dar, sondern komme doch einer Rente gleich. Stadtv. Obst (Soz.) bewundert den Mut, mit dem der Stadtv. Hepner sich gegen die Gehälter der städtischen Beamten wendet. Gerade die Hausbesitzer, die jetzt über eine zu große Belastung klagen, haben in der Stadtverordnetenversammlung verhindert, der Stadt neue Einnahmequellen zu verschaffen. Es wäre Pflicht dieser Herren gewesen, nach Mitteln und Wegen zur Erschließung neuer Einnahmequellen zu suchen. — Die Petition der Oberlehrer selbst wird gegen wenige Stimmen angenommen, weil einem Teil der Oberlehrer bereits das Militärjahr in dem Dienstalter angerechnet ist.

Ueber eine Petition des Lehrervereins um Abstandnahme von der Errichtung einer Mädchenmittelschule in Schöneberg wird zur Tagesordnung übergegangen, da zurzeit ein Bedürfnis für Errichtung einer derartigen Schule nicht vorliegt

Ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen wurde über eine weitere Petition des Lehrervereins, wonach die Aufhebung der Bestimmung verlangt wird, die das Wohnen der Lehrer außerhalb Schönebergs von einer besonderen Genehmigung abhängig macht. Es ist damit den Wünschen der Hausbesitzer Rechnung getragen, die am liebsten noch weiter gingen und keinem Beamten das Wohnen außerhalb Schönebergs gestatten würden.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, worin der Magistrat ersucht wird, Mittel in den Etat einzustellen, um den städtischen Körperschaften Freikarten auf allen den Linien der Straßenbahn zu gewähren, die die Gemarkung Schöneberg befahren, wird nach kurzer Begründung einem Ausschuß von 7 Mitgliedern überwiesen.

Das Ortsstatut betr. Errichtung einer städtischen Freibank wird gemäß den Abänderungsanträgen des Ausschusses angenommen.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte noch die Einführung des neugewählten Stadtverordneten Dr. Jakoby. Die weiteren Beratungen des Etats mußten wegen der vorgerückten Zeit bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

Heute abend findet im Obstschen Lokale, Meiningerstr. 8, eine Zusammenkunft zwecks Gründung eines Arbeiter-Turnvereins für Schöneberg statt. Turnerfreunde aus Arbeiterkreisen werden ersucht, zu erscheinen.

Charlottenburg.

Freie Volksbühne, Charlottenburg. Die Generalversammlung findet heute abend 8 Uhr im Volkshause statt. Die Tagesordnung ist durch Inserat und durch die Vereinsschrift bereits bekannt gegeben. Wegen der zu erwartenden regen Diskussion ist kein Vortrag angesetzt. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Ein Schlafstellenschwindler treibt seit einiger Zeit am hiesigen Orte sein Wesen und brandschatzt kleine Leute, die aufs Vermieten angewiesen sind. Er nennt sich Karl Teschner aus Insterburg und will Eisenbahnassistent sein. Zunächst sucht er sich Vertrauen zu erwerben, indem er die ersten Tage prompt bezahlt, aber nur, um dieses Vertrauen dann in der schmählichsten Weise zu mißbrauchen. Aus seiner letzten Wohnung verschwand er, nachdem er erst seine Wirtin, dann seine Schlafkollegen anborgte und dann in einem unbewachten Augenblick einen schwarzen Anzug und 10 M. aus dem Koffer seines Kollegen mitgehen hieß.

Rixdorf.

Ihren Wochenlohn in Höhe von 10,95 M. verloren hat am Montag eine Arbeiterfrau in der Bergstraße; das Geld war in Papier eingewickelt. Der Finder wird gebeten, es gegen Belohnung in Rixdorf, Bendastr. 21 bei Schanz abzugeben.

Friedrichshagen.

Der Gemeindehaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1907 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 584 350 M. (im Vorjahr 528 500 M.) Die Positionen der Einnahmen setzen sich zusammen: aus den Vorjahren 16 800 M., gewerbliche Unternehmungen 51 870 M., Kanalisation 62 200 M., Kurparkverwaltung 2221 M., Baupolizeiverwaltung 1800 M., aus Kapitalien 220 M., aus Grundstücken 5290 M., Straßen und Wege 106 M., Feuerlöschwesen 240 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 5268 M., Volksschulverwaltung 9340 M., höhere Schulen 32 835,01 M., Gesundheitspolizei 4325 M., Armenverwaltung 572 M., indirekte Steuern 89 400 M., direkte Steuern 304 270 M., insgemein 92,99 M. Die Positionen der Ausgaben bestehen in: aus Vorjahren 1000 M., gewerbliche Unternehmungen 40 452 M., Kanalisation 62 200 M., Kurparkverwaltung und Verschönerung des Ortes 8113 M., Baupolizeiverwaltung 4465,90 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindeschulden 17 970,18 M., Grundstücke 3800 M., Straßen und Wege sowie Straßenbeleuchtung 39 145,95 M., Feuerlöschwesen 1910 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 77 976,75 M., Volksschulverwaltung 124 911,07 M., höhere Schulen 72 100 M., Gesundheitspolizei 13 765 M., Armenverwaltung 27 219,80 M., indirekte Steuern 55 M., direkte Steuern 41 500 M., insgemein 2765,35 M.

Erkner.

Der Automobilomnibusverkehr bricht sich immer weiter Bahn. In nächster Zeit wird auch Erkner eine Autoomnibuslinie besitzen. Der Verkehr wird auf der Strecke Erkner—Neu-Zittau—Gosen eingerichtet werden. Später wird noch eine Anschlußlinie über Müggelheim nach Köpenick hergestellt.

Reinickendorf.

Ein rätselhafter Todesfall beschäftigt zurzeit die hiesige Kriminalpolizei. Am Donnerstag voriger Woche wurde der 36jährige Arbeiter Kalweit in der Residenzstraße in sinnlos betrunkenem Zustande aufgefunden und nach dem Grundstück Nr. 101 gebracht, wo er auf ein Strohlager gebettet wurde. Da der Mann nach nahezu zwölf Stunden die Besinnung nicht wieder erlangt hatte, wurde von Bewohnern des Hauses der Sanitätsrat Dr. Berliner hinzugerufen, der die Ueberführung des Kalweit nach einem Krankenhause anordnete. Der Arbeiter verstarb jedoch schon auf dem Transport dorthin und seine Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Wie die Obduktion ergeben hat, ist Kalweit an schweren inneren Verletzungen gestorben, die ihm vermutlich gewalttätig beigebracht worden sind. Ob er überfahren, gemißhandelt worden ist, oder sich die schweren Verletzungen durch einen Fall zugezogen hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Pankow.

Beim Rangieren schwer verunglückt ist in der gestrigen Nacht der 21jährige Bahnarbeiter Waringnowitsch aus der Floraſtr. 62. W. war auf dem hiesigen Güterbahnhof beim Rangieren von Eisenbahnwaggons tätig gewesen und wurde dabei von einem Güterwagen erfaßt und niedergerissen. Die Räder gingen ihm über den rechten Arm hinweg und trennten ihn vollständig vom Rumpf.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevertretung machte der Gemeindevorsteher die Mitteilung, daß das Leitungswasser vom Regierungsrat Proskauer untersucht und als einwandfrei erklärt wurde. Punkt 1 der Tagesordnung betraf den Vertragsabschluß mit der Großen Berliner Straßenbahn. Der Vertrag war schon einmal in einer Sitzung beraten, damals hatten aber einige Gemeindevertreter erhebliche Bedenken gegen denselben. Die damals beschlossene verstärkte Kommission hat nun eine Reihe von Abänderungen vorgeschlagen. Danach sollte eine Straßenbahnlinie durch die Kopenhagenerstraße geführt beziehungsweise abgezweigt werden, wenn der Verkehr ein stärkerer ist; sonst aber sollte die am Bahnhof Schönholz endigende Straßenbahnlinie durch die Germanenstraße dahin führen. Dies hat die Straßenbahngesellschaft abgelehnt. Auch die geplante Linie durch die Blankenburgerstraße und die zu regulierende Straße 19 nach der Schloß-Allee wurde abgelehnt, so daß die Straßenbahn nur bis Straße 19 führt. Die Verlängerung der am Schönholzer Bahnhof endigenden Linie sollte in acht Jahren durch die Bismarckstraße nach hier durchgeführt werden, jetzt ist die Frist auf fünf Jahre herabgesetzt worden. Der Betrieb der Straßenbahnlinie nach der Blankenburgerstraße soll nach Feststellung des Fahrplans erfolgen und wird die Genehmigung zum Ausbau der Linie gleich nach Abschluß des Vertrages nachgesucht werden. Die Wünsche auf Einstellung von Einsatzwagen sind nicht erfüllt worden. Für dieses minimale Entgegenkommen will die Straßenbahngesellschaft die Konzession auf die Dauer von 90 Jahren. Nach längerer Debatte wurde der Vertrag mit großer Majorität angenommen. Die Nieder-Schönhausener Gemeindevertretung ist somit die erste, die einer 90jährigen Konzession ihre Zustimmung gegeben hat. Unsere Gemeinde ist auf Menschenalter hinaus der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft preisgegeben.

Gerichts-Zeitung.

Die „geheimnisvollen Milchuntersuchungen",

die vor zwei Jahren so großes Aufsehen erregten, weil die „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit" mit ihnen in Verbindung gebracht wurde, sind in der Beleidigungsklage Engel-Bongert nun doch nicht vollständig aufgeklärt worden. Im Milchkrieg hatten die Milchhändler gegen diese Gesellschaft das ungünstige Ergebnis jener Untersuchungen veröffentlicht, weil sie vermuteten, daß die Gesellschaft mit ihrer damaligen Warnung vor der aus Dänemark importierten Milch den „märkischen Milchbauern" zu Hülfe kommen wollte. Sie wollten ihrerseits zeigen, daß auch in den Molkereien, die von der Gesellschaft empfohlen wurden, nicht alles so stimmte, wie der Uneingeweihte es annahm, und daß die Gesellschaft in der Erfüllung ihrer selbstgestellten Aufgabe, der Bevölkerung bei der Beschaffung einwandfreier Milch mit Rat zur Seite zu stehen, wenig gewissenhaft verfahren sei. Zwischen den beiden Schriftführern, Herrn Dr. Engel und Herrn Obertierarzt Bongert, entstand dann ein Streit darüber, was für Untersuchungen da überhaupt gemeint sein könnten, von wem sie vorgenommen sein könnten und wer darum gewußt habe. Es handelte sich, wie bald herauskam, um Untersuchungen, die die Meierei Bolle durch den damals auch in ihren Diensten stehenden Herrn Bongert hatte vornehmen lassen, um Untersuchungen von Milch, die aus den Kuhställen hiesiger Molkereien entnommen war. Die Meierei Bolle liebt es nämlich, auch die Milch ihrer werten Konkurrenz zu kontrollieren und die Ergebnisse fein säuberlich zu buchen. Aus allen Angaben, die von zuständiger Seite an die Oeffentlichkeit gelangten, schien zweifellos hervorzugehen, daß die betreffenden Kuhställe zu denen gehörten, die von der Gesellschaft kontrolliert und empfohlen wurden. Engel hatte anfangs öffentlich erklärt, er wisse nichts von jenen Untersuchungsergebnissen. Als aber von dem im Vorstand der Gesellschaft sitzenden Prof. Ostertag, der inzwischen über Bongerts Untersuchungen durch diesen selber aufgeklärt worden war, Engel den Sachverhalt erfahren hatte, ließ Engel sich dazu herbei, öffentlich zu erklären, es stimme alles und die Untersuchungen seien ihm bekannt.

In der Preßfehde, die Engel und Bongert aus diesem Anlaß gegen einander führten, sagten sie einer dem anderen einige Unliebenswürdigkeiten, wie sie bei solcher Gelegenheit wohl mal aus der Feder eines allzu forschen Draufgängers entschlüpfen. Bongert klagte dann gegen Engel, und Engel erhob gegen Bongert Widerklage. Vor dem Schöffengericht wurden beide freigesprochen, weil es als erwiesen angesehen wurde, daß beide die objektiv allerdings beleidigenden Aeußerungen in Wahrnehmung berechtigter Interessen getan hätten und ihnen die Absicht zu beleidigen gefehlt habe. Jeder legte gegen die Freisprechung des Gegners Berufung ein und so hatte die 8. Strafkammer des Landgerichts I noch einmal über die Sache zu verhandeln. Wir wollen vorwegnehmen, daß die Berufungsinstanz sich den Ausführungen des Vorderrichters angeschlossen und mit derselben Begründung das erstinstanzliche Urteil bestätigt hat. An der Mitteilung dieses Ausganges könnten wir uns genügen lassen, wenn die Beleidigungsklage Engel-Bongert nicht mehr wäre als ein Krakeel zweier Hitzköpfe. Sie beansprucht aber ein gewisses Interesse schon durch die besonderen Umstände, aus denen sie hervorgegangen ist. Im übrigen hat die Verhandlung vor der Berufungsinstanz das überraschende Ergebnis gebracht, daß zwar jene geheimnisvollen Untersuchungen tatsächlich im Auftrage der Meierei Bolle durch ihren Herrn Bongert ausgeführt worden waren, daß aber die damals untersuchte Milch nicht aus Molkereien herrührte, die von der Gesellschaft empfohlen wurden. Die Untersuchungen wurden nämlich zu einer Zeit ausgeführt, wo die Gesellschaft noch gar nicht bestand. Wie es möglich war, daß Herrn Bongert das nicht sofort einfiel, erscheint nach dieser Gerichtsverhandlung noch rätselhafter als die andere Tatsache, daß Herr Engel unter seinem Namen veröffentlichen ließ, er kenne die Untersuchungsergebnisse. Engel ist in diese zweideutige Stellung hineingeraten dank der Willigkeit, mit der er in seinen zur Veröffentlichung bestimmten Erklärungen sich von Prof. Ostertag allerlei hineinkorrigieren ließ. Die Gerichtsverhandlung hat in manchem Punkt die erwartete Aufklärung nicht gebracht, aber das Eine ist durch sie allerdings aufgeklärt worden, daß Engel das Opfer eines Irrtums geworden ist, in den er nicht durch seine Schuld verstrickt worden war. Der Kampf, den er um seine Ehre als Mann und als Gelehrter führen mußte, erklärt hinreichend die Hartnäckigkeit, mit der er jeden Einigungsversuch, zu dem sein Gegner jederzeit bereit war, immer wieder zurückwies.

Schwer begreiflich ist, wie schon gesagt, die Gedächtnisschwäche des Herrn Bongert. Aber auch die Rolle ist nicht ganz klar, die Herr Prof. Ostertag, der vor Gericht als Zeuge auftreten mußte und erst nach seiner Aussage vereidigt wurde, in dieser Affäre gespielt hat. Unaufgeklärt bleibt ferner, wer die Ergebnisse der von Bongert für Bolle ausgeführten Untersuchungen den Milchhändlern in die Hände gespielt und wer die Umdatierung vorgenommen hat. Daß der ganze Skandal überhaupt möglich war, beweist uns, welche wunderlichen Zustände in der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit" geherrscht haben müssen.

Hebt eigenhändiges Erschießen den Versicherungsvertrag stets auf?

Der Sohn eines Bäckermeisters T. zu Berlin war bei einer Prämie von jährlich 27 M. mit der „Viktoria" zu Berlin am 3. Februar 1904 eine Lebensversicherung über 10 000 M. eingegangen. Bereits drei Monate später brachte sich T. infolge unvorsichtigen Hantierens mit einem Revolver einen Schuß ins Herz bei. Er hatte seinen Freund gebeten, ihm seinen sechsschüssigen Revolver zu leihen, da er sich des Abends, wenn er sein Verhältnis nach Hause bringe, vor den Strolchen fürchte. Dieser gab ihm den Revolver, nachdem er ihn nach seiner Aussage vorher mindestens sechsmal abgeknipst hatte. Auch T. hatte den Revolver dann mehreremale abgeknipst, bis plötzlich ein Schuß krachte und die Kugel dem T. in horizontaler Richtung durch den Körper ging.

Das Landgericht Berlin verneinte den Selbstmord, erkannte aber auf Abweisung der Klage, weil T. den Revolver gleich zuerst in unmittelbarer Nähe seines Körpers auf sich gerichtet hatte. Auf die Berufung der klagenden Erben des T. erkannte das Kammergericht zu Berlin abändernd auf Auszahlung der Versicherungssumme. Das Kammergericht stellt betreffend des unvorsichtigen Hantierens mit dem Revolver fest, daß es möglich war, diese Schußwaffe abzudrücken, trotzdem sie noch geladen war, da bei dem drehenden Patronenlager der Schuß erst dann fiel, wenn die betreffende Patrone entzündet wurde. Durch diese Konstruktion der Waffe sei es aber auch möglich gewesen, einige Patronen für beliebige Zeit abzudrehen. Die Patrone selbst sei nach dem Laden nicht zu sehen gewesen. T., der mit der Konstruktion des Revolvers aber nicht vertraut war und diesen zum erstenmale von seinem als Soldat geschulten Freunde in die Hand bekam mit der Bemerkung, daß der Revolver nicht geladen sei, habe somit nicht grobfahrlässig gehandelt, wenn er den Revolver, nachdem er ihn noch einigemale abgedrückt hatte, auch gegen sich richtete, aber keine Obacht darauf gab, daß die Mündung des Revolvers von seinem Körper abgewandt war. Er konnte mit Gewißheit darauf rechnen, daß der Revolver nicht geladen war, nachdem ihm sein Freund dies versichert und den Revolver sechsmal abgedrückt hatte. Wenn sich trotzdem ein Irrtum ergab, so habe das an der Konstruktion des Zentralrevolvers gelegen. Von dieser Konstruktion aber wußte der Sachunkundige T. nun nichts. Es sei deshalb die die Versicherung ausschließende grobe Fahrlässigkeit des T. zu verneinen. Anders wäre der Fall zu beurteilen, wenn T. selbst oder sein Freund unter T.'s Beisein die Patrone in den Revolver gelegt haben würde. In dieser Beziehung habe jedoch nichts festgestellt werden können.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom 7. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Raffinierte Zuhälterei

beschäftigte gestern in einer längeren Sitzung die 8. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der 26jährige „Arbeiter" Karl Pahl vorgeführt, der sich wegen schwerer Kuppelei, Bedrohung und Körperverletzung verantworten mußte. Der Angeklagte zählt zu jenen modernen Sklavenhaltern, die in der schändlichsten Weise aus dem niedrigsten Laster noch eine gute Einnahmequelle zu machen verstehen. Vor drei Jahren heiratete der Angeklagte eine einfache Fabrikarbeiterin, mit der er anfänglich auch ganz glücklich lebte. Bald aber arbeitete der Angeklagte überhaupt nicht mehr, sondern überließ es seiner Frau, für alles aufzukommen. Als ihr dies durch ehrliche und anständige Arbeit nicht mehr gelang, zwang der Angeschuldigte sie mit Gewalt, auf die Straße zu gehen und hier sich einen neuen Erwerb zu schaffen. Er selbst beobachtete dann vom Fenster seiner Wohnung aus die nächtlichen Spaziergänge seiner Ehefrau. Schließlich wurden Nachbarn auf dieses schändliche Treiben aufmerksam und machten der Kriminalpolizei Mitteilung. Nachdem Pahl verhaftet worden war, stellte es sich heraus, daß er auch noch versucht hatte, eine 17jährige Arbeiterin unter Drohungen und Schlägen dem Laster in die Arme zu treiben. — Vor Gericht stellte der Angeklagte jede Schuld in Abrede und versuchte gar sich als den betrogenen Ehemann hinzustellen. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf das empörende und von niedriger und gemeiner Gesinnung zeugende Tun des Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und 3 Jahren Ehrverlust.

„Haarerzeugungsmittel."

Einen originellen Schwindel mit einem „unfehlbaren" Haarerzeugungsmittel hat der Barbiergehülfe Friedrich Lies in Szene gesetzt, welcher sich gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II wegen wiederholten Betruges und Urkundenfälschung verantworten mußte. Der bereits vorbestrafte Angeklagte, welcher aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt wurde, erhielt im August v. J. durch den Zentralstellennachweis für Barbiere und Friseure eine Stellung als Barbiergehülfe bei dem Barbier Hamann in Clausdorf im Kreise Teltow. Der junge Mann erwies sich in seinem Fache sehr tüchtig. Insbesondere huldigte er, wie alle „Verschönerungsräte", dem Schillerschen Ausspruche: „Wenn gute Reden sie begleiten, dann fließt die Arbeit munter fort", und während er seine Kunden wirklich einseifte, verstand er es, diese noch in anderer Weise „einzuseifen". Mit großer Beredsamkeit brachte er das Unterhaltungsthema während seiner Arbeit auch auf den Haarausfall und schließlich machte er die Entdeckung, daß jener Kunde, den er gerade „bearbeitete", tatsächlich auch schon alle Anzeichen eines beginnenden Haarschwundes zeige. Er schwatzte dem Betreffenden ein angeblich „unfehlbar wirksames Haarerzeugungsmittel des berühmten Dr. Thomas in Berlin" für den Preis von 3 M. pro Flasche auf. Mehrere der Clausdorfer Bürger ließen sich in einer Anwandlung von „Glatzenfurcht" auch verleiten und kauften einige Flaschen des „Haarerzeugungsmittels". Da natürlich jede Wirkung, außer einem unangenehmen Brennen auf der Kopfhaut, ausblieb, so erkannten die biederen Clausdorfer endlich, daß sie von dem Angeklagten gründlich eingeseift worden waren. Das Universalmittel wurde dem Gerichtschemiker Dr. Jeserich übersandt. Dieser bekundete vor Gericht als Sachverständiger, daß das Mittel nur aus Wasser mit einem ganz geringen Zusatz von Spiritus und Seife bestand und der Wert pro Flasche etwa 20 Pf. betrug. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, da es sich doch um einen ziemlich raffinierten Schwindel handele. Die Strafkammer erkannte auf 4 Monate Gefängnis.

Mangelnder Schutz der persönlichen Freiheit.

Am Dienstag spielte sich vor dem Dresdener Schöffengericht eine Diebstahlsaffäre ab, die wegen des Verfahrens der Polizei gegenüber der Verdächtigten das öffentliche Interesse gegen den tatsächlichen Mangel des Schutzes der persönlichen Freiheit wachzurufen geeignet ist. Ein Frl. **Sally Händel** aus Treuen i. V., die sich in Dresden ohne Beschäftigung besuchsweise aufhält, konsultierte Mitte Dezember einen Zahnarzt. Sie blieb während einer Viertelstunde allein im Vorzimmer, während sich im Konsultationszimmer des Arztes die Regierungsassessor-Ehefrau v. Brescius befand. Diese hatte auf einem Tische ein Handtäschchen, das u. a. auch ihr Portemonnaie enthielt, liegen lassen. Als Frau v. Brescius den Arzt verlassen hatte, besorgte sie in einem Geschäfte einen Einkauf und nachdem sie ein zweites Geschäft aufgesucht hatte, bemerkte sie im Portemonnaie einen Verlust von 40 M. in Gold. Beim ersten Einkauf konnte sie denselben noch nicht entdecken, da sie in Silber bezahlt hatte. Das Gold steckte in einem separaten Fache. Zu Hause überzeugte sich Frau v. Brescius noch einmal, daß ihr die Summe wirklich abhanden gekommen sei und kehrte, da der Diebstahl nach ihrer Ansicht nur im Vorzimmer des Arztes vorgekommen sein konnte, nochmals dahin zurück. Hier erfuhr sie die Adresse von Fr. Händel und erstattete Anzeige. **Am anderen Morgen wurde das Fräulein zur Polizei geholt.** Dort sollen nach ihrer Behauptung eigentümliche Dinge vor sich gegangen sein. **Man habe sie wie eine Prostituierte behandelt, ihren Personalangaben keineswegs Glauben geschenkt, behauptet, sie „gehe auf Strich" und schließlich mit einer Prostituierten in einer Zelle untergebracht. Ihren Unschuldsbeteuerungen habe man, da ihr Portemonnaie noch 39,90 M. enthielt, keinen Glauben geschenkt, sondern ihr direkt gesagt, sie habe den Diebstahl verübt und sei von einer Frau vom gegenüberliegenden Fenster beobachtet worden. Wenn sie nicht gestehe, komme sie auf ein Vierteljahr in Untersuchungshaft.** Unter dem Druck der Verhältnisse gestand das Fräulein den Diebstahl ein, nur um aus der Haft entlassen zu werden. Ein Kriminalgendarm brachte sie darauf nach Hause. Während der Gerichtsverhandlung hielt die Angeklagte ihre Behauptungen betreffs der polizeilichen Behandlung aufrecht. Zwei als Zeugen geladene Kriminalgendarmen (Ehrlich und Eysner) stellten alles in Abrede; **auf Vorhalt des Verteidigers gab E. aber zu, daß der Ausdruck „auf den Strich gehen" wohl gefallen wäre, aber nicht von seiner Seite.** Betreffs der Androhung der Untersuchungshaft habe er nur gemeint, daß man sie bis zur Herbeischaffung der Belastungszeugen in Haft behalten wolle. Die Angeklagte habe sich übrigens in einem Zustande hochgradiger Erregung befunden. Der Onkel der Angeklagten gab an, daß das Mädchen einige Tage vor der Verhaftung 100 M. von ihrer Mutter erhalten und einige Einkäufe besorgt habe. Er selbst hat 3 Tage vor dem angeblichen Diebstahl noch 60 M. bei ihr gesehen. **Das Gericht sprach die Angeklagte frei.** Das Geld könne ebenso gut der Frau v. B. auf andere Weise abhanden gekommen und das Geständnis der Angeklagten aus Angst erfolgt sein. Es sei auch unerklärlich, im Falle die Angeklagte Diebstahl begangen habe, wo in den paar Tagen die ziemlich große Summe Geld hingekommen sei, die sie nachweislich in Besitz hatte.

Dringend erforderlich ist eine Reform insbesondere des Ermittelungsverfahrens und der auf Schutz gegen Eingriffe in die persönliche Freiheit abzielenden Vorschriften.

Vermischtes.

Die Strandung der „Imperatrix". Ueber die Art der Verunglückung der 40 Opfer bei der Strandung des Lloyddampfers „Imperatrix" wird angenommen, daß die Verunglückten in dem Dunkel der Nacht, durch die Nähe des Landes verleitet, sich eigenmächtig zu retten versuchten und dabei den Tod in den Wellen fanden.

Nach Caneaer Blättern erklärten die Ueberlebenden der „Imperatrix", daß der Dampfer während des fürchterlichen Sturmes plötzlich einen derartigen Stoß erhielt, daß die Passagiere das Gleichgewicht verloren. Gleichzeitig wurde ein dumpfes Krachen und das brausende Eindringen des Wassers in den Dampfer gehört. Infolge des Versagens des elektrischen Lichts wurde die Verwirrung noch erhöht. Unter jammervollem Geschrei eilten alle nach dem Vorderteil des Schiffes. Finsternis und Sturm benahmen aber jede Aussicht, das Land erreichen zu können. Trotz der Bemühungen des Kommandanten und der Offiziere, sie abzuhalten, bestieg eine Anzahl von Leuten ein Boot, das aber sofort von den Wellen verschlungen wurde. Die Ueberlebenden rühmten einstimmig die Haltung des Kommandanten und der Offiziere, die keinen Augenblick die Geistesgegenwart verloren.

Zum Untergang der Berlin. Wie aus Hoek van Holland berichtet wird, sind bis jetzt 70 Leichen geborgen, von denen eine große Anzahl noch nicht identifiziert werden konnte. Ein aus Warschau in Hoek eingetroffener Russe ist auf der Suche nach seinem Bruder und seiner Schwägerin, die auf der Hochzeitsreise begriffen, mit dem Dampfer „Berlin" nach dem Kontinent zurückkehrten. Der Russe befindet sich in so aufgeregtem Zustande, daß man für seinen Geisteszustand fürchtet.

Eine Million gestohlen. Aus Nizza wird gemeldet: Der Diamantenmakler Schiff schrieb in den Räumen eines hiesigen Finanzinstituts eine Depesche; seine Tasche, welche Diamanten im Werte von einer Million enthielt, hatte er neben sich auf den Boden gestellt. Als er die Depesche beendet hatte, war die Tasche verschwunden. Von dem Dieb fehlt jede Spur.

Unter Trümmern begraben. In der Ortschaft Farges wurde nach einer Meldung aus Bourges, durch Zusammensturz eines Hauses die aus fünf Köpfen bestehende Familie Rousseau getötet.

Auf freien Fuß gesetzt. Der französische Industrielle Japy, welcher von der Mülhauser Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung seines Chauffeurs anläßlich einer Automobilfahrt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet worden war, wurde gegen eine Kaution von 50 000 Mk. auf freien Fuß gesetzt. Die Kaution brachten elsässische Freunde des Verurteilten auf.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 56—61, IVa 48—54, dän. Bullen 60—65, holl. 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 110—125, Ia 82—90, IIa 72—80, IIIa 52—68, holländ. 52—58, dän. 60—68. Hammelfleisch Ia 67—76, IIa 50—65. Schweinefleisch 50—58. Rehwild, m. Abschuhhalt., p. Pfd. 0,00, Rothirsch Ia 0,00, Rehwild Ia 0,00. Damhirsch 0,40—0,60, Wildschweine 0,40—0,60, Frischlinge 0,50—0,65. Kaninchen per Stück 0,60—0,85. Wildenten per Stück 1,50, Hühner, alte per Stück 1,30—2,75, do. IIa 0,80—1,25, do. junge per Stück 0,90—1,40. Tauben per Stück 0,00, junge kleine 0,00, italienische 1,15. Enten per Stück 1,75—2,80, dito Hamburger junge per Stück 3,25. Gänse, Hamburger per Pfund 1,20, Eis- 0,48—0,58. Hechte per 100 Pfund 85—95, groß 0,00, mittel 92—95. Zander 0,00, do. mittel 0,00, do. klein 0,00. Schleie, unsortiert 100, do. groß 0,00, do. klein IIa 0,00. Aale, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00. Plötzen, klein 0,00, do. groß 0,00, do. 47—58. Karpfen, unsort. 55—60, do. 40—50er 59—63, do. 70—90er 58—61. Biete 58. Aland 0,00. Bunte Fische 0,00. Barse, malt 0,00, do. 72—85. Karauschen 0,00. Gießfische 0,00. Wels 0,00. Quappen 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 25—30. Sprotten, Kieler, Wall 1,00, Danziger, Kiste 0,00. Flundern, Kieler, Stiege Ia 3—4, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 4—6, halbe Kiste 1,50—2. Bücklinge, per Wall Kieler 3,50—5,00, Stralsunder 0,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 5—9. Schellfische Kiste 5—6, do. ½ Kiste 3,00. Kabliau, p. 100 Pfd. 30—35. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 93, 1905er 90, 1906er 75—80. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 44—45, full. 38—40, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, ruff., Faß 1,50—1,00. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Eier, Land-, per Schock 3,50—5,00. Butter per 100 Pfd. Ia 114—116, IIa 110—114, IIIa 107, abfallende 95—100. Saure Gurken Schock 4,10—4,50. Pfeffergurken 4,00—4,50. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50—2,75, Dabersche 2,50—2,75, Rosen- 0,00, weiße 2,25—2,50, Salatkartoffeln 6,00—7,00. Spinat per 100 Pfund 25—30. Karotten per 100 Pfund 10—12. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—8,00, do. pommersche 9,00—10,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 4,00—4,50, do. kleine 3,00—3,50. do. hiesige (Perl-) 0,00. Charlotten 0,00. Peterstille, grün, Schockbund 1,50—2,00. Kohlrabi per Schock 0,00. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Mohrrüben per 100 Pfund 3,50—4,50. Tellower Rüben per 100 Pfd. 8—10. Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00. Rote Rüben 2,50—3,00. Blumenkohl ital. per Korb 2,50—2,75. Kohlrüben per Schock 2—2,50. Wirsingkohl per 100 Pfd. 3,25—6,00. Rotkohl per 100 Pfd. 3,25—6,00. Weißkohl 100 Pfd. 2,25—3,50. Rosenkohl per 100 Pfd. 25—35. Grünkohl per 100 Pfd. 5,00—7,00. Rhabarber, 100 Bd. 7,00—12,00. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, böhm. 10—20, ital. 30—35. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 7—30, Gravensteiner 0,00. Tiroler in Fässern 0,00, Kiste 32—60, Amerik. 20—32. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—9,00, 360 Stück 7,00—9,00, 200 Stück 9—13. Apfelsinen, Jaffa, per Kiste 0,00, Murcia 200er Kiste 8—10, do. 300er 9—10, Valencia 420er Kiste 15—24,00, do. 714er 18—23,50, Messina, 168er, 11,50—12, do. 200er 10,00—12,00, do. 300er 10—12, Blut- 100er 7,50—9, do. 150er 7,50—9,50, do. 80er 9—10. Ital. in Körben per 100 Pfd. 0,00. Mandarinen, Kiste 0,75—2,00, do. in Körben per 100 Pfd. 31—32.

Witterungsübersicht vom 26. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.
Swinemünde	764	WSW	4	Dunst	1	Haparanda	725	WSW	2	bedeckt	−1
Hamburg	767	WSW	4	Nebel	2	Petersburg	754	SW	1	Schnee	−4
Berlin	768	W	3	bedeckt	0	Scilly	772	ONO	1	bedeckt	6
Frankf. a. M.	772	W	1	bedeckt	0	Aberdeen	766	SW	2	halb bd.	4
München	774	SW	2	wolkig	−4	Paris	773	NO	2	bedeckt	4
Wien	773	NNW	1	wolkenl.	−2						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. Februar 1907.

Etwas wärmer, vorherrschend wolkig mit Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Enormer Preisherabsetzung

und Umgestaltung wegen bleiben die Verkaufsräume am

60382

27. und 28. Februar geschlossen.

Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloß

vis a vis dem National-Denkmal.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Mauerhof. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhof. 1†

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 22445*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 255/2*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21678*

Pfandleihhaus Weidenweg 19. Schleuniger Räumungsverkauf, Winterpaletots, Winteranzüge, Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Restverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Nähmaschinen, staunenerregende Spottpreise. Verbindungen allerwärts. 11/2*

Absinkerpumpe, 8,00—100,00, Ersatzteile billigst, Lehrdrehbohrer, Pumpenwolff, Ackerstraße 81. †100*

Möbelsuchende kaufen trotz Tischlerstreik und Aussperrung zu unerreicht billigen Preisen die schönsten Einrichtungen. Eigene Werkstätten. Besichtigung lohnend. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. 22558*

Brautleute, Logiswirte kaufen Federbetten, Bettwäsche, Bettinlette, Gardinen, Leibwäsche, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Wanduhren spottbillig Pfandleihe Küstrinerplatz 7.

Restauration, Zahlstellen, Vereine, Fabrik, wegen Krankheit verkäuflich. Auskunft Seifert, Kopenhagenerstraße 46. †68*

Eckrestaurant sofort zu verkaufen bei Laske, Mixdorf, Kopfstraße 85. *

Pfandleihe! Hermannplatz sechs. Extragroßer Bettenverkauf, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettstücke, Bettwäsche, Möbelstücke. Spottbilliger Uhrenverkauf, Schmucksachen, Gardinenverkauf, Steppdecken, Garderoben, verfallener Pfänderverkauf. 17405*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Fretschwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 17388*

Dringend. Wegen Aufgabe einer großen Wohnung sind sämtliche Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen mit Matratzen, Federbetten, Herrenschreibtisch, Teppich, Bilder, Paneelbrett, Sofas, Ruhebett verkäuflich Prinzenstraße 94, vorn I. 16/1*

Betten, Stand 20 Mark, Nußbettstellen mit Federmatratzen 38,00, Kleiderspind 28,00, Ruhebett 25,00, Säulentrumeau, geschliffen 34,00, Sofatisch 15,00, Teppich 8,00, Verschiedenes. Dresdenerstraße 38, vorn II, links. 16/2*

Fahrräder, neue, gebrauchte, billig, Produktiv-Einkaufsgenossenschaft, Oderbergerstraße 30, Laden. *

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig, 16,00, Winterpaletots billigst, Gubenerstraße Pfandleihe. †40*

Kohlengeschäft mit Fuhrwerk sofort zu verkaufen Briesenstraße 16. *

Zigarren-Versandhaus „Norden", Thorstraße 16. Telephonamt III. 7812. Billigste Quelle für Gastwirte, Kantinen, Handelsleute. Zigaretten alle Marken, Kautabak äußerst billig.

Gaskocherhaus! Geschlossene Zweilochgaskocher! Gasbügelapparate 15,00. Gasplättesen! 3,00. Gaslampen! 1½ Schaufensterlicht billig. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 22396*

Gestickte Erbstüllstores 4,35. Echt Spachtelstores 6,25. Sezessions-Tüllstores 1,65. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 22068

Reichgestickte Portieren, Filztuch 4,85, Wollköper 3,85, Plüsch 6,85, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 22071

Geschäftseinrichtung, für jede Branche passend, preiswert zu verkaufen. Teilzahlung gestattet. Ökonom, Steglitz, Schloßstraße 95. 17566

Metallbetten, zwei hochelegante, 100,00, großer Säulentrumeau 45,00. Ritterstraße 112, II. 16/10

Herrenfahrrad, Damenfahrrad 25,00, Schädel, Schmidtstraße 37.

Kanarienhähne, Weibchen (rein Seifert), sowie Hackeinrichtung (Einzelhecke), Gesangspinde verkauft krankheitshalber Grengel, Lauftzerstraße 26, 3. Aufgang. 17575

Empfehle mein Zigarren- und Zigarettengeschäft. Marggraff, Fennstraße 20. 17515

Gutgehende Waschanstalt verkäuflich Löwestraße 14. 17525

Wegen Räumung großer Wohnung verkauft Dame sämtliche neuen Möbel. Köpenickerstraße 126a, I.

Waldparzelle bei Sadowa, tausend Mark, kleine Anzahlung. Kettermann, Blumenstraße 9.

Verfallene silberne Herrenuhren 4,00, goldene Damenuhren 6,00 Mark, Ketten, Schmuck spottbillig Pfandleihe Gubenerstraße 3. †45*

Zigarrengeschäft wegen Schlaganfall sofort sehr billig mit großer Stube, für zwei einzelne Leute oder eine Person passend, zu verkaufen An der Fischerbrücke 2. 17735*

Zigarrengeschäft mit schöner Wohnung, zwei Stuben und Küche, zu verkaufen Insterburgerstraße 1.

Taubenbörse Gartenstraße 8 1a-Stämme. †94

Verkauf von Möbeln und Wirtschafts-Gegenständen aus einem Nachlaß. Gerichtstraße 10 beim Wirt.

Arbeiterlokal, 18 Jahre bestehend, gutes Geschäft, krankheitshalber reell billig verkäuflich. Auskunft Restaurant Marienburgerstraße 27. 17755

Kürschnerwerkstatt-Einrichtung, fast neu, mit Trockenofen, wegen Todesfalles zu verkaufen. Hoppe, Stallschreiberstraße 27/28 I. 17760*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nutz, Mulackstraße 14. 17675*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Bozhagenerstraße 82 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Mixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Verschiedenes.

Suche in Charlottenburg für zwei Kinder liebevolle, gewissenhafte Pflege. Uschkorat, Wielandstraße 49. †126*

Volkssänger-Gesellschaft Schmelzer, Stettinerstraße 57. †100*

Patentanwalt Wessel, Eitschinerstraße 94a. 9275*

Pfandscheine kauft Pfandleihe Prinzenstraße 63 12/2*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 64, I. *

Mixdorf, Bruses Festsäle, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †117*

Buchbinderei Sieber, Lippehnerstraße 24. 7355*

Kleiderspind, Wäschespind, Schlafsofa, Kommode kauft Verwalter Pallasadenstraße 95. 16/8*

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. 18728

Arbeiter, lernt stenographieren. Neuer Kursus in der deutschen Volksstenographie beginnt am 28. Februar, abends ½9 Uhr, im Restaurant Liehr, Grenadierstraße 35. Unterricht unentgeltlich, Lehrmittel 2 Mark. Unterrichtsdauer 10 Stunden. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Deutsche Arbeiter-Stenographenbund, Mitgliedschaft Berlin. †106*

Waschanstalt Elise Lescheck, Köpenick, Gartenstraße 15, vier Handtücher 0,10. Abholung Freitag und Sonnabend. 22812

Parteigenosse sucht 800 Mark gegen Sicherheit und Zinsen. Postamt 87, E. F. 40. †81

Die Beleidigung gegen Herrn Damenfächer nehme ich zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. Rosli Golde, Weißensee, Heinersdorferweg 33a. 17615

Vereinszimmer, großes, zu vergeben Lindenstraße 35 bei Sachse.

Vermietungen.

Wohnungen.

Stube, Küche, Korridor für 22 Mark Seestraße 68H. Näheres beim Wirt. 16196*

Ostenarderstraße 36, 38. Sofort Wohnungen von 18 Mark ab. *

Wartheſtraße 63, 64. Sofort Läden, Wohnungen billigſt. 1487b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, ungeniert, Herr oder Dame, Körnerstraße 12.

Freundliches ungeniertes Vorderzimmer preiswert Brangelstr. 9, IV.

Möbliertes Vorderzimmer, 15 M., vermietet Frau Runge, Lychenerstraße 20, vorn II, geradezu. †68

Schön möbliertes Zimmer mit Balkon, 15 Mark. Alt, Antonstr. 16, vorn II. †87

Möbliertes Zimmer für 2 Herren, billig, separat, Warschauerstraße 80 bei Ronsdorff. 1758b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, separat. Köbler, Köpenickerstraße 22. 1732b

Möblierte Schlafstelle vermietet Witwe Kunze, Manteuffelstraße 39, vorn I. †29

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren. Frau Kühn, Langestraße 47, vorn III. †45

Möblierte Schlafstelle Lausitzerstraße 31, vorn III links. †29

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Klemitt, Elisabeth-Ufer 30, rechter Seitenflügel I. †75

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren Fürstenstraße 15, vorn I bei Mielke. †75

Schlafstelle vermietet Klee, Wittstockerstraße 7, Quergebäude III. †81

Schlafstelle, Herrn, bei Pilz, Mariannenstraße 23 IV. 1755b

Schlafstelle, Herrn, Demminerstraße 10, parterre. Witwe Gretzling.

Brandenburgstraße 30/31, IV. links, schmuckes Stübchen als Schlafstelle vermietbar. 1753b

Schlafstelle Wallstr. 35 vorn III.

Mietsgesuche.

Gesucht einfach möbliertes Zimmer, allein, bis 16 Mark, zum 1. März im Südosten. Offerten bis Donnerstag erbeten M. O. Postamt 83. †29

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Waschfrau sucht noch Stellen. Jung, Weimarerstraße 32. †126

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Reliefgraveure, tüchtige, für Weißprägung sofort gesucht. Kreibich, Haack u. Co., Ritterstraße 75. 1707b

Lehrling für Graveurhandwerk gesucht. Kreibich, Haack u. Co., Ritterstraße 75. 1708b*

Bügler verlangt Bock, Reichenbergerstraße 54, III. †28

Kräftiger Arbeiter, 19, sucht Stellung. Baumann, Müllerstraße 163.

Geübte Abzieher und Hobler für Zinkplatten sucht H. Lohmann, Rixdorf, Mainzerstraße 24. 1774b

Lehrling verlangt gegen Kostgeld Silberwarenfabrik von Reichhardt, Ritterstraße 73. 1750b*

Schlosserlehrling verlangt Rippe, Steinmetzstraße 24. 1769b

Verkäuferinnen, tüchtig und gewandt, für die Abteilungen Kurzwaren und Damenkonfektion zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2282R

Zeitungsfrauen sofort verlangt. Mier, Chausseestraße 98a. 1760b

Zeitungsfrauen mit Hülfe, höchster Lohn, verlangt sofort für Oranienburger- und Rosenthalertor „Berliner Hausfrau", Lindenstraße 26. 1768b

Krawatten-, Binden-Arbeiterinnen verlangen Michelsohn-Comp., Alte Jakobstraße 106. 1754b

Vergolderin verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. †28

Blusen-Stepperin und Lehrmädchen verlangt Will, Müllerstraße 134.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Touren Alte Jakobstraße und Wilhelmstraße am Bellealliance-Platz. Meldungen Schützenstraße 24/25. 16/3*

Botenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1 (Ecke Friedrichstraße). 16/5*

Botenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Potsdamerstraße 33 (Eingang Lützowstraße). 16/4*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Charlottenburg, Kantstraße 84. 16/6*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Für **Pan-Zigaretten** mit u. ohne Geld, flach. **Arbeiter verlangt.** Flotte 6 M., sehr flotte 9 M. Tagesverdienst. 1653b
„Pera", Friedrichstr. 105a.

Partei-Sekretär

für den Wahlkreis

Hagen-Schwelm

per 1. Mai gesucht.

(Gehalt 2000 M.) 287/7*

Offerten bis zum 15. März an den Vorsitzenden **Konr. Ludwig, Hagen i. W.,** Böhmerstr. 35.

6 Detacheure

sofort gesucht.

Gebr. Altenbergs Färberei, †138* Weißensee.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Verein der Einsetzer Berlins.

Achtung! Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 78/5

Bauten der Firma Sawatzki:
Supke, Württembergischestraße 37 Ecke Lietzenburgerstraße. Landshuterstr. 18.
Sprengelstr. 19, 20, 21, Beamtenhäuser.

Bauten der Firma Jäger, Charlottenburg:
Charlottenburg, Straße 26, Parz. 25. Jablonskistr. 25.
Lankwitz, Sanatorium.

Bau der Firma Jarotzki:
Jagdschloß Glienicke.

Bauten der Firma Plagemann:
Fürstenhof, Potsdamer Platz.
Witting, Kielerstraße.
Färber, Zehlendorf Goethestraße.

Bau der Firma Traxel:
Schallhorn u. Röhl, Tempelhof, Germania- und Gottlieb Dunkelstraßen-Ecke.
Adalbertstr. 20.

Bauten der Firma Iden:
Wollankstraße in Pankow neben dem Posadowskyhaus, Baumeister Köppen.
Elisabethkirchstraße, vis-a-vis der Streliterstraße.

Bauten der Firma Dombrowsky:
Tempelhof, Germania- u. Gottlieb-Dunkelstraßen-Ecke, Bauherr Tausch u. Berghäuser.

Bauten der Firma Ziehe:
Charlottenburg, Tauroggenerstr. 46.
Rixdorf, Harzerstr. 3.
Tegelerstr. 7.

Bau der Firma Marquardt:
Rixdorf, Weiße- und Allerstr.-Ecke.

Bau der Firma Emmeluth, Rixdorf:
Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter, Charitéstr. 3.
Charlottenburg, Hildebrandtstr. 16.
Wannsee, Friedrich Karlstraße, Bau Schwabach.
Wannsee, Bismarckstraße 8, Bau Benjamin.

Bauten der Firma Schmidt, Frankfurter Allee:
Ostenarderstr. 5, Dowe.
Lichtenberg, Magdalenenstr. 42, Fischer.

Bauten der Firma Erdmann:
Ministerialdirekt. Neuhaus, Dahlem, Parkstraße.
Mathesius, Nikolassee, an der Rehwiese.
Jagdschloß Glienicke.
Fürstenhof, Potsdamer Platz.

Bauten der Firma Langermann:
Wilmersdorf, Pariser- und Wittenbergstraßen-Ecke, Bau Hesse.
Charlottenburg, Bismarck- und Weimarstraßen-Ecke, Bau Hübner.

Bauten der Firma Grün & Hetwig:
Städtische Anstalt in Buch.
Barbarossaplatz, Hochschule.
Oldenburgerstraße, Klosterbau.
Lankenerstraße 3—8.
Hoppegarten, Heilstätte.
Sybelstraße, Ecke Dahlmannstraße.
Bellermannstraße 92.

Bauten der Firma Gebr. Faul:
Mohrenstraße 44/45.
Jägerstraße 63, Berlin.
Potsdamerstr. 15.
Neuendorf, Monumentenstr. 27.
Pariserstr. 21/22, Wilmersdorf.
Gebr. Fickert, Chausseestraße, Marienborf.
Offizierkasino, General Papestraße, Schöneberg.
Anstalt Berlitz (Fenster), Pavillon 4b.
Radge, Holzhandlung, Rummelsburg, am Wilhelmsberg.

Bauten der Firma Grunert & Seemann:
Schönhauser Allee 97.
Dänenstraße, Ecke Schönstießerstraße.
Invalidenstr. 33.
Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 32.
„ Treskowstr. 14.

Bauten der Firma Pewesin:
Wilmersdorf, Brandenburgischestr. 12.
„ Straße 26, Neumann.
Tegeler Weg 101/102.

Bauten der Firma Prill, Fürbringerstraße.
Henrizi, Charlottenburg, Suarezstraße 13.

Bauten der Firma Walz:
Moatz, Lietzenburger- und Pfalzburgerstraßen-Ecke.
Bau Taunusstr. 29, Friedenau.

Bauten der Firma Sperling & Kapelke:
Britz, Werder- u. Ringlusstr.-Ecke.
Sybelstr. 56 und 57.
Neue Wilhelmstr. 10.

Bau der Firma Spohna:
Weichselstraße 56/57, Rixdorf.

Bauten der Firma Schirmer:
Breker, Nikolassee, Reiswiese.
Schirmer, Zehlendorf, Neuestraße.
Schirmer, Grunewald, Parkstraße.
Schirmer, Zehlendorf, Spandauerstraße.
Bastian, Zehlendorf, Riemeisterstraße.
Halensee, Wangenheimstraße.
Teutonenstr. 22, am Nikolassee.

Bauten der Firma Wagenknecht:
Spreda, Gürtelstraße 17.
Fitze, Rixdorf, Richardstraße und Bartelsdorferstraße (Ecke).
Grothe, Mariendorf, Dorfstraße (Ecke).

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung:
Hardt u. Lesser, von der Heydtstraße 12.
Ritterstraße 11, Fabrikgebäude.

Bauten der Firma Repke, Charlottenburg:
Lorenz, Sybelstraße 47.
Selbt, Bismarckstraße, Ecke Rückerstraße.
Lankwitz, Sanatorium.
Schröder, Charlottenburg, Spielhagenstraße, Ecke Wilmersdorferstraße.

Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Zelder u. Plathen, Lichtenberg, Dorfstraße 9.
Mix u. Genest, General Papestraße.
Rahnisch, am kleinen Wannsee.
Charlottenburg-Westend, Soorstraße.
Villa Baum, Villenkolonie Grunewald.

Bauten der Firma Schubert
Mix u. Genest, General Papestraße, Holland, Rixdorf, Elbestraße 37.
Holland, Wilmersdorf, Holsteinischestraße.

Bauten der Firma Kussin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203.
Grünfeld, Sächsischestraße 4.
Bandmann, Landshuterstraße.
Hochschule, Barbarossaplatz.

Bauten der Firma Walter, Reinickendorf:
Gemeindeschule, Reinickendorf.
Sprengel- und Samoastraße-Ecke.
Hausotter- und Residenzstraße-Ecke.

Bauten der Firma Karl Hammer, Gitschinerstraße 63:
Tropske, Wannsee, Alsenstr. 33.
Hammer, Eichwalde.
Hammer, Lankwitz.

Bauten der Firma Glatzer, Blücherstraße 35:
Zehlendorf, Adalbertstr. 28.
„ Waldemarstr. 41.

Bau der Firma Schüler:
Wilmersdorf, Landshuter- u. Berlinerstr.-Ecke, Bau Bielke.

Bauten der Firma Maaß:
Tegelerstr. 6, Bau Körling.
Grosse, Marienfelde, Kirchstraße.

Bauten der Firma Henke, Mariendorf:
Mette, Mariendorf, Dorfstraße.
Erdmann, Mariendorf, Chausseestr.
Tempelhof, Fensterbauten, Schönburgstraße.

Bauten der Firma Wolf:
Fürstenhof, Potsdamer Platz.
Halensee, Hertastr. 18.
Buch, Heilstätte.

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne:
Rast, Schöneberg, Barbarossa-Ecke Landshuterstraße.
Paulsen, Charlottenburg, Schlüterstraße.
Damenheim, Aschaffenburgerstraße.
Lehmann, Tiefbaugesellschaft, Dahlmann- und Gervinusstr.-Ecke.
Buchholz, Steglitz, Albrecht- und Brüderstr.-Ecke.

Bau der Firma Rösner:
Weichselstraße 37.

Bau der Firma Jost, Glogauerstraße:
Lindenstraße, Erweiterungsbau der Viktoria.

Bauten der Firma Dittmar, Pankow:
Wollankstr. 117.
Schönholzerstr. 1.
Kaiser Friedrichstr. 63, Schule.

Bauten der Firma Hegelmann:
Bommel, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 219—220.
Schaum, Wilmersdorf, Kaiser Allee, Ecke Wilhelmsaue.
Schulz, Jungfernheide, Mindenerstraße.
Böttcher, Reinickendorf, Justusstraße.
Böttcher, Borhagenerstr. 17.

Bauten der Firma Braun:
Müller, Rixdorf, Walter- und Justusstraßen-Ecke.
Müller, Rixdorf, Cranoldplatz, Fensterbau.

Bauten der Firma Gründberg, Markgrafendamm:
Springer, Schöneberg, Luther- u. Freisingerstraßen-Ecke.
Rixdorf, Herrfurthplatz 8.

Bauten der Firma Stellmacik
Wilmersdorf, Düsseldorferstraße, an der Bayrischen Straße.
Charlottenburg, Neue Kantstraße, Ecke Dernburgstraße.
Pankow, Spandauerstraße, Ecke Kreuzstraße.

Bauten der Firma Schulenburg, Charlottenburg:
Franksen, Wangenheimstr.-Ecke.
Ueberholz, Kurfürstendamm.

Bauten der Firma Altstädt, Lippehnerstr. 23:
See- u. Malplaquettstraßen-Ecke.
Huselandstr. 8.

Bauten der Firma Oehlschlägel:
Laue, Charlottenburg, Uhlandstraße, Ecke Steinplatz.
Höpfer u. Schwarzkopf, Schmargendorf, Auhlastr. 20/21.

Bauten der Firma Röder & Comp.:
Schmalz, Malmöerstraße, Ecke Straße 2b.
Tauroggenerstr. 2.

Bauten der Firma C. Prüchtel, Lausitzerstr. 10:
Dahlem, Botanischer Garten.
Charité-Krankenhaus.
Virchow-Krankenhaus, Seestraße.
Packhof, Alt-Moabit.

Bauten der Firma Thal, Lehrterstr. 44:
Fichtenberg, Steglitz, Friedrichstr. 6.
Müllerstr. 52.

Bauten der Firma Helnemann:
Sophie Charlottenstraße, Ecke Knobelsdorffstraße.
Brehm, Gleimstraße.
Krüger, Dernburgstraße.
Lange, Rixdorf, Boddinstraße.
Lange, Steglitz, Forststraße.
Rixdorf, Lahnstraße.

Bauten der Firma Metz, Urbanstraße:
Tempelhof, Eylauerstraße.
Steglitz, Stubenrauchstraße.
Pankow, Mendelstr. 18.
Tegel, Spandauer-, Ecke Bergstraße.

Bau der Firma Herrgesell & Hübner, Wilhelmshavenerstraße:
Charlottenburg, Werner Siemensstr.
Mommsenstr. 27.

Bauten der Weißenseer Holzbearbeitungsfabrik G. m. b. H.:
Lohse, Wilmersdorf-Friedenau, Ringbahnstr. 245.
Busse u. Jensow, Schöneberg, Münchenerstr. 16.
Knoblauch, Brix, Jahnstr. 82.
Löwe, Sickingenstr. 54.
Kronenstr. 33.
Bandmann, Heilbronnerstr. 22.
Weißensee, Friscstr. 3.

Bauten der Firma Pätz, Reichenbergerstr. 114:
Fischer u. Colberg, Rixdorf, Berg- u. Walterstraßen-Ecke.
Förster, Rixdorf, Treptower- und Harzerstraßen-Ecke.
Weise, NW., Elberfelderstr. 4/5.

Bauten der Firma Osten, Rixdorf:
Magnus, Schönhauser Allee 134a.

Bau der Firma Bauschke:
Charlottenburg, Schillerstr. 11.

Bauten der Firma Herrmann, Skalitzerstraße:
Ausbau in Tegel, Veltstr. 16.
Gasanstalt, Prenzlauer Allee, Direktionsgebäude und Gußröhrenlager.

Bauten der Firma Strotthoff:
Herold, Charlottenburg, Giesebrechtstraße 17.
Reinickendorferstr. 95.
Gutzeit, Ufer- und Martin Opitzstraßen-Ecke.

Bauten der Firma Noack, Hennigsdorferstraße:
Giller, Nord-Ufer, zwischen Lynarstraße und Ringbahn.
Reinickendorferstr. 49.

Bauten der Firma L. Lassen:
Demme, Urbanstr. 94.
Schmädicke, Elberfelder- und Dortmunderstraßen-Ecke.
Blankenfeld, Müllerstr. 152.
Lassen u. Bresinsky, Borhagen.

Bau der Firma Pohl & Sohn:
Schossow, Charlottenburg, Sybelstraße 7—8.

Bau der Firma Näthe, Stettinerstraße 27:
Ecke u. Schwarz, Schwedenstr. 5.
Zill u. Jakob, Rixdorf, Donaustr. 114.

Bau der Firma Schneider, Griebenowstraße:
Bellermannstr. 84.
Adalbertstr. 9.

Bauten der Firma Roloff:
Mohrenhof, Friedrich-, Ecke Mohrenstraße.
Schivelbeinerstr. 7.
Binsstr. 17.

Bau der Firma Hoffmann, Wollinerstr. 27a:
Gleimstr. 46/47.

Firma Knöfel, Lichterfelde, Manteuffelstr. 7:
Steglitz, Herderstr. 7.

Bau der Firma Schwarze, Rixdorf, Rogatstr. 25:
Rixdorf, Emserstr. 32—34.

Bau der Firma Wagenknecht, Petersburgerstraße:
Friedrichsberg, Pfarrstr. 4.

Bau der Firma Heidenberg, Prinzenallee 20:
Thiele, Wilmersdorf, Nassauischestraße 5.

Bau der Firma Scharwis:
Stöckel, Friedenau, Cranachstraße.

Bau der Firma Holstein:
Schule, Lichtenberg, Scharnweberstraße 22.

Bau der Firma Ruder, Schönhausen:
Pankow, Schmidtstr. 6.

Bau der Firma Reuter, Steinmetzstr. 24:
Haumann, Münchener-, Ecke Rosenheimerstraße.

Bau der Firma Rachfall, Kastanien-Allee 10:
Schönhauser Allee, Ecke Bornholmerstraße.
Leibnizstr. 46.

Bau der Firma Weise, Moabit:
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 1.

Werkstatt und Bauten der Firma Altendorf, Charlottenburg.

Bau der Firma Seeger, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 38:
Treskowstr. 67.

Bau der Firma Altsch, Barnimstr. 22:
Christburgerstr. 41.

Bau der Firma Schrammer in Rixdorf.
Hedemann, Inn- a. Donaustraßen-Ecke.

Bau der Firma Krause in Rixdorf:
Rudolf u. Lempke, Mariendorf, Feldstr. 65.

Bauten der Firma Gustrau, Rixdorf:
Stier, Ober-Schöneweide, Edisonstraße 40.

Bauten der Firma Gebr. Ruge, Cadinerstraße:
Rumald, Rominterstr., a. d. Kirche.
Mühlhaase, Treptow, Kiefholzstr.-Ecke Bouchéstraße.
Cotenisstr. 5.
Zech, Huttenstraße.

Bau der Firma Harms:
Pettenkoferstr. 28.

Treppengeländerbranche.

Bauten der Firma Schmidt & Co., Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieglindestr.-Ecke.
Schöneberg, Pragerstr. 15.
Brüll u. Schmidt, Charlottenburg, Dernburgstraße.
Quaß, Charlottenburg, Sybelstraße 56/57.
Brode, Charlottenburg, Dahlmannstraße.
Fritz, Charlottenburg, Niebuhrstr. 77.
Herbst, Schöneberg, Bambergerstr.
Peiser, Schöneberg, Münchenerstr. 14.
Bosse, Pariserstr. 38.

Bau der Firma Handt, Grimmstraße:
Keller, Jägerstr. 63.
Maaß, Lietzenburgerstraße, Ecke Pfalzburgerstraße.
Beischer, Kurfürstendamm 144.
Hausherr, Steglitz, Hubertusstraße, Ecke Schloßstraße.
Steglitz, Rhonstr. 12, Ausbau.
Kutter, Zehlendorf, Scharfestr. 4.
Scheuren, Zehlendorf, Milinowskistraße.
Haase, Zehlendorf, Riemeisterstraße.
Bastian u. Kabelitz, Zehlendorf, Riemeisterstraße.
Postbau, Niederschönhausen, Treskowstraße 67.

Bauten der Firma Pusch, Pfarrstraße 35:
Buggenhagen, Lichtenberg, Pfarrstraße 5.
Burr, Simon Dachstraße.
Karlshorst, Prinz Oskarstraße.
Urbanstr. 3.
Rummelsburg, Wilhelmstr. 3/4.
Hösel u. Seifert, Karlshorst.
Wolf, Nieder-Schöneweide.
Schwindt, Charlottenburg, Gervinusstr. 3.
Grothe, Mariendorf, Dorfstr.-Ecke.

Bauten der Firma F. Peschel & Söhne:
Bertram, Schöneberg, Martin Lutherstraße 27.
Seiler, Schöneberg, Eylauerstr. 3.
Baugesellschaft „Warthe", Rixdorf, Hermannstr. 32.

Bauten der Firma Geißler, Dieffenbachstraße:
Grotzahn, Schönhauser-Allee 129.
Hesse, Pariserstraße.
Supke, Schlüterstraße, Ecke Lietzenburgerstraße.
Neuendorf, Monumentenstr. 27.
Menge, Wilmersdorf, Schwäbischestraße.
Burgall u. Martin, Falckensteinstraße 49.
Kottbuserdamm 87.
Friedenau, Stubenrauchstr. 12.
Villenkolonie Nikolassee, Sudetenstraße, Körner.
Desgl., Sudetenstraße, Rokowsky.
Eckert u. Denneberg, Bödickerstr. 8.
Peiser, Schöneberg, Münchenerstr. 14.

Bauten der Firma Törmer & Scharlau:
Gr. Frankfurterstr. 126.
Schmidt, Pasteurstr. 35.
Rixdorf, Weichselstr. 48/49.
Burnau, Charlottenburg, Mommsenstraße 42/43.
Lehmann, Charlottenburg, Mommsenstraße 44.
Wilmersdorf, Kaiser-Allee 202.

Bauten der Firma G. Bruns, Boppstraße:
Bishderstr. 71/72, Geike.
Schonenschestr. 3—4, Geike.
Weißensee, Friscstr. 3.
Grünau, Jägerstr. 16, Paetz.
Lankwitz, Kurfürsten- und Frobenstraßen-Ecke, Köhler.

Bauten der Firma Völker, Tempelhof.
Grätz, Bornholmerstraße, Ecke Schönhauser Allee.
Hübner, Charlottenburg, Bismarck-, Ecke Weimarerstraße.
Villa Berner, Klein Glienicke bei Potsdam.
Paulsen, Schlüterstr. 33/34.
Lehmann, Dahlmannstraße, Ecke Gervinusstraße.

Bau der Firma Stahl, Kurfürstenstraße 37:
Ueberholz, Kurfürstendamm 170.

Bauten der Firma Lindgren, Rixdorf:
Katzmann, Brückenstr. 2.
Wühler, Rixdorf, Bergstr. 112.
„ Bipperstr. 25.
Müller, „ Walter- und Justusstraßen-Ecke.
Löwe, Gewehrfabrik, Wittenau.
Altes Kriminalgericht, Moabit.

Bauten der Firma Marzahn, Bergmannstraße:
Lorenz Repke, Sybelstr. 47.
Karl Schmidt, Helmstädterstr. 2.
„ Prinzessinnenstr. 12.
„ Wilhelmstr. 45/46.
Gewerkschaftshaus d. Metallarbeiter, Charitéstraße 3.
Fröhlich u. Ludwig, Grolmanstr., Ecke Bismarckstraße.

Bauten der Firma Jensen & Wodrich:
Samoastr. 2, 3, 20, Bau Müller.
Prinz Regentenstr. 116, Bau Last.

Bauten der Firma Grieser, Steglitz, Heesestraße:
Lamprecht, Steglitz, Schönebergerstraße 10—11.
Simnig, Pankow, Schulzestraße.
Swoboda, Steglitz, Grunewaldstr. 28.
Willardt, Steglitz, Zimmermannstr. 12.
Krüger, Lichterfelde, Chausseestraße Ecke Sieglitzerstraße.

Bauten der Firma Heinrich, Steglitz, Plantagenstr. 19:
Simnig, Steglitz, Martinstr. 5.
Simnig, Steglitz, Albrechtstr. 107.
Suchland, Steglitz, Südendestraße.
Willardt, Steglitz, Zimmermannstraße 12/13.
Klischer u. Altring, Friedenau, Wilhelmstr. 2/3.

Bau der Firma Meinhardt, Dennewitzstraße:
Schönebergerstr. 27.

Bau der Firma Vogt, Köpenickerstr. 54:
Charlottenburg, Kaiser Friedrich-Ecke Scharnstraße.

Bauten der Firma Engel, Uferstr. 5.
Saalmann, Schwedenstraße.
Maatz, Dortmunderstraße.
Lehmann, Voigtstraße.

Bauten der Firma Finkendei, Groß-Lichterfelde.
Zernicke, Steglitz, Berlinickestr. 5.
Hausherr, Groß-Lichterfelde, Ringstraße, Ecke Dührerstraße.

Bau der Firma Brandenburg, Wilhelmstr. 124:
Bonifaciusgemeinde, Yorkstr. 87/89.
Schilling, Köpenickerstr. 27.
Löffler, Kreuzerstr. 8a u. 9.
Henrizi, Charlottenburg, Suarezstraße 13.

Bauten der Firma Vogt & Söhne, Stendalerstr. 6:
Echternacher, Driesenerstraße, Ecke Stolpischestraße.
Bau- und Sparverein Westend.
Bommel, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 219/220.
Hartmann, Cornelq, Friedenau, Stubenrauchstraße.
Thiele, Wilmersdorf, Nassauischestraße.
Herms, Pankow, Schmidtstraße.

Bauten der Firma Lütjen & Bruns, Greifswalderstraße:
Bakenkus, Charlottenstr. 7.
Hubracht, Dahlmann- Ecke Sybelstraße.
Köppen, Pankow, Wollankstr. 97.

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

Für **Vergolder:**
J. C. Pfaff, Zeughofstraße.

Für **Kammacher und Zelluloid-Arbeiter:**
Firma Gründberg,
Weißensee, Langhansstr. 58.

Für **Bodenleger:**
Lux, Neue Kant- und Dernburgstraßen-Ecke.
Bau Kottbuserdamm 84.
Bau Kottbuserdamm 9.

Zuzug ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Bülowstr. 52.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 8.
Gustav Vogel, Koppenstr. 63.

Nordosten:
L. Zucht, Kreutzerstr. 42.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Marx, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Wittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Zeikel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstr. 108.

Achtung! Bauarbeiter!

Die Bauten der Firma **Vereinigte Bautischler** aus Rietz bei Treuenbrietzen:
Bau Albrecht, Barbarossastraße (Schöneberg),
Bau Völker, Jablonskistraße 12/13.
Sentinger, Hochstraße,
Prehn, Lisztstraße,
„ Bornholmerstraße,
Prenzlauer Allee, Ecke Chodowieckistraße,
sind für Tischler und Einsetzer gesperrt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
80/5 **Der Gauvorstand.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.